

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

In Kampfbereitschaft!

Gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr sind die Entscheidungen auf allen vier Verbandstagen der baugewerblichen Arbeiter gefallen. Den Vortritt der angenommenen Resolutionen finden die Leser in den Berichten. Wie diese Berichte zeigen, haben die Anträge der Unternehmer auf der ganzen Linie einstimmige Zurückweisung erfahren.

Auf der Generalversammlung des Unternehmerbundes zu Dresden, wo zum Schrecken so manchen Teilnehmers alles auseinanderstrebte, tröstete ein Unternehmer sich und die Seinen mit der Versicherung, daß es mit der Einigkeit im anderen Lager auch nicht weit her sei. Vielleicht hat er einige gefunden, die ihm glaubten. Aber alle solche Illusionen sind durch die Ereignisse der letzten zwei Tage zur Freude aller derer, die in dieser Sache mit der Arbeiterschaft sympathisieren, grausam zerstört worden. Hoch über den auseinandergehenden Ansichten und Meinungen innerhalb der einzelnen Organisationen in Fragen der Weltanschauung oder der Organisationsform stand allen Teilnehmern an den Tagungen der baugewerblichen Arbeiterverbände die geschlossene Einmütigkeit in diesem Kampfe gegen Unternehmerübermut und Unverschämtheit. „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ rief Bömelburg mit herrlicher Zuversicht der begeisterten Menge der Delegierten des Maurer- und Bauhilfsarbeiterverbandes zu, und jubelnder Beifall afflamierte dies Gebührende. Wahrlich, wenn die Unternehmer wirklich töricht genug gewesen sein sollten, sich Hoffnungen auf eine Zersplitterung der Arbeiter zu machen, so müssen sie diese Hoffnungen nun wohl begraben. In diesem Kampfe stehen Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, stehen „sozialdemokratische“ und „christliche“ Gewerkschafter einmütig in opferfreudiger Abwehr zusammen.

Aber sie stehen auch gerüstet. Alle vier Tagungen beschlossen mit prächtiger Einmütigkeit, die Karenzzeit für die Unterstützung der Ausgesperrten auf zwei Wochen zu verlängern. Ebenso einmütig beschlossen sie eine Reduzierung der Einheitsätze für die Unterstützungen, eine Erhöhung der Leistungen der Arbeitenden während der Bewegung und besondere Leistungen der Beamten, die von diesen selbst gefordert waren. So steht die Bauarbeiterschaft in kürzester Rüstung bereit, den Ansturm der vom Nachtschlaf geblendeten Unternehmer zu empfangen. Wie sieht es aber bei diesen aus? Die beiden größten Arbeitsgebiete gehen ihre eigenen Wege. Vielleicht findet ihr Beispiel Nachahmung. In den hauptsächlichsten Streitpunkten sind sie ebenfalls nicht einig. Der Landesverband der württembergischen Unternehmer erklärt in einem vertraulichen und darum auch den Arbeitern bekannt gewordenen Rundschreiben, daß für sein Gebiet die Frage der Affordarbeit und der Arbeitsnachweis keine Schwierigkeiten bereiten könnten, für beides können sich die Schwaben nicht begeistern. In Nürnberg haben sich die Unternehmer über die Beschlüsse ihrer Generalversammlung hinweggesetzt, indem sie entgegen dem getroffenen und von beiden Parteien genehmigten Vereinbarungen schon am 4. April die Maurer und Bauarbeiter aussperrten. So strebt bei den Unternehmern alles auseinander. Verwunderlich ist das nicht, denn jeder Unternehmer mit halbwegs normaler Ueberlegung muß doch allmählich erkennen, daß die vom Bund gewünschten Zrauben doch allzu hoch hängen.

Beides, die Geschlossenheit in den Reihen der Arbeiter und die Verfahrenheit im eigenen Lager sollte dem Arbeitgeberbund Veranlassung sein, sich seine Stellungnahme noch einmal gründlich zu überlegen. Jetzt gibt es nur noch einen Weg zum Frieden: der Arbeitgeberbund muß auf die beantragten Forderungen des Vertragsmusters verzichten, er muß seinen Unterverbänden die Fesseln des Verbots der Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden abnehmen. Diese Verkürzung der Arbeitszeit ist reif, überreif für Städte wie Köln, Frankfurt a. M., München und andere. In diesen gewaltig angewachsenen Stadtgebieten haben die Bauarbeiter keine zehntündige Arbeitszeit, sie sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl 14 und 15 Stunden täglich von ihrer Familie fort. Und er muß weiter den unglaublichen Standpunkt aufgeben, Lohnerhöhungen nicht zu gewähren. Alle Kenner der einschlägigen Verhältnisse sind sich darin einig, daß eine Verteuerung der Lebensmittel eingetreten ist, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht kennen gelernt haben. Was da die junkerliche Wirtschaftspolitik nicht getan hat, ist aufs Konto der neuen Steuern zu setzen. Und gleichwohl dekretiert der Arbeitgeberbund: eine allgemeine Lohnerhöhung gibt's nicht! Wie kann man mit solchen Grundsätzen Verträge schließen wollen?

Dieser Standpunkt kommt in allen beschlossenen Resolutionen zum Ausdruck, die, obgleich nicht uniform im Wortlaut, doch in diesen Forderungen äpfeln. Seinen klaren und unzweideutigen Ausdruck fand er in der Erklärung, die Bömelburg an die Adresse der vermittelungslustigen Personen richtete:

„Sollten jene Menschenfreunde“, sagte Bömelburg, „Verhandlungen anzubahnen versuchen, so werden wir ihnen erklären, daß wir als echte Tarifreue bereit sind, daran teilzunehmen, daß wir aber nicht eher an eine Erfolgsmöglichkeit glauben können, bis die Unternehmer diese Forderungen haben lassen. Jede Verhandlung über die Vergewalti-

gungsanträge der Unternehmer ist zwecklos, wir machen keine mehr mit; denn Komödie ist nun genug gespielt worden.“

Jede Arbeit für die Erhaltung des Friedens muß darum zunächst in der Beeinflussung der Unternehmer bestehen. Ob eine solche Erfolg hat, ist allerdings nicht zu sagen. Die Unternehmer haben sich durch ihre wiederholten Beschlüsse so sehr im Dickschichtschlamm der Scharfmacherei verloren, daß sie den Weg zu einer ehrlichen Verständigung mit den Arbeitern nur schwer wieder finden können. Und sie sind ihn doch so oft gewandelt und nicht zu ihrem Schaden. Sehen die Unternehmer denn nicht ein, daß es ein nutzloser Kräfteaufwand wäre, zu versuchen, den Arbeitern solche Verträge aufzuzwingen, wie es jetzt geschehen soll? Die deutschen Bauarbeiter sind doch nicht von gestern. Sie haben alte und festgefügte Organisationen, die auf eine lange und erprobte Tätigkeit zurückblicken können. Die Unternehmer können im Ernst doch nicht glauben, daß ihnen ihr Vorhaben gelingen könnte oder daß sie gar auf diesem Wege in eine Zeit näheren Friedens kämen. Das ist doch völlig ausgeschlossen. Was sie erreichen könnten, wäre die Zertrümmerung des heutigen Tarifvertragswesens im Baugewerbe; aber ist das ein Ziel, das die Unternehmer locken, sie gar veranlassen könnte, die Schäden eines Riesenkampfes auf sich zu nehmen? Das ist es doch wohl nicht, und nach den eigenen Erklärungen der Vertreter des Arbeitgeberbundes darf es das auch nicht sein; denn die bejagen doch ebenfalls, daß den Unternehmern als Ziel ein tariflich gesicherter Frieden vorzuschwebte.

Nimmt der Arbeitgeberbund nicht noch in letzter Stunde Verstand an, entschließt er sich nicht zur Zurückziehung seiner Vergewaltigungsanträge, so führt er einen Kampf herauf, für den es ihm sehr schwer fallen wird, die Verantwortung auf sich zu nehmen. Der in vollem Umfange andbrechende Kampf müßte die zaghafte Aufwärtsbewegung unseres Wirtschaftslebens zum Stillstand bringen. Nicht nur das gesamte Bauwesen, sondern auch die Ziegeleien, die Zementfabriken, der Güterverkehr, die Traggerwerke, die Beleuchtungsindustrie und viele andere Erwerbszweige würden bald ganz empfindlich getroffen werden. Hat der Arbeitgeberbund wirklich gar kein Empfinden für das Unmaß des Unheils, das er durch seinen reaktionären Starrsinn heraufbeschwört? Er verrechnet sich, wenn er hofft, in wenigen Wochen mit den Bauarbeitern fertig zu sein. Seine Sekretäre haben ausgerechnet, daß der Kampf nach vier bis fünf Wochen durch die Erschöpfung der Gewerkschaftskassen beendet sein würde. Rechnet der Bund wirklich so, dann wird ihm eine schwere Enttäuschung zuteil werden. Die Beschlüsse der vier Verbandstage werden ihm doch zeigen, mit wem er es zu tun hat. Welche Verblendung ist es, einen solchen Kampf mit dem Maßstab eines Reden-exempels zu messen! Was der Bauarbeiterschaft zugemutet wird, ist die Preisgabe der fundamentalsten Grundsätze aller gewerkschaftlichen Tätigkeit; die Bauarbeiter kämpfen für ihr Menschenrecht, für ihre Organisationschre! Und dann: sie sind die Preisrichter der ganzen deutschen Arbeiterschaft und diese weiß ganz genau, was die Glocke geschlagen hätte, wenn man den Bauarbeitern solche Fesseln anlegen könnte. Wir wünschen, die unterdrückungslustigen Unternehmer hätten gehört und gesehen, wie auf dem gemeinsamen Verbandstage der Maurer und Bauarbeiter die Abstimmung über die Resolution und die besonderen Bestimmungen für den bevorstehenden Kampf vor sich ging. Sie würden mit uns der Meinung sein: eine solche Arbeiterschaft läßt sich nicht knebeln.

Doch mag der Arbeitgeberbund nun entscheiden. Will er den Kampf, so muß er eben geführt werden, dann ist er auch notwendig. Aber das ist heute jedem klar: dieser Kampf kann nie und nimmer anders als mit dem Zusammenbruch der Scharfmacherei enden. Drum möge er kommen: er wird ein reinigendes Gewitter sein!

Herr v. Jagow als Gemütsmensch.

Die Demokratische Vereinigung beabsichtigte am nächsten Sonntag im Humboldthain eine große öffentliche Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Der Magistrat von Berlin stellte bereitwillig den Platz zur Verfügung; aber Herr v. Jagow, Berlins genialer Polizeipräsident, fand auf das Genehmigungsgebet zunächst keine Antwort. Wie die „Berliner Volkszeitung“ gestern berichtete, erklärte er, er müsse erst Messungen anstellen lassen über den zur Verfügung stehenden betretbaren Raum, um sich zu vergewissern, ob für den zu erwartenden Andrang genügend Platz vorhanden sei.

Tatsächlich hat Herr v. Jagow solche Messungen vornehmen lassen, und er ist nach längeren polizeilichen Erwägungen zu der weisen Erkenntnis gekommen, daß der Rasenplatz im Humboldthain für die zu erwartende Massendemonstration zu klein sei — folglich das Gesuch abgelehnt werden mußte. Dem Vorstande des Demokratischen Verbandes ist nämlich folgendes süßliche Schreiben zugegangen:

Berlin O. 25, Alexanderstraße 8/B.

Der Polizeipräsident.

Zagebuch Nr. 754, VII G.

Zum Antrag vom 8. d. M.

Der Rasenplatz im Humboldthain hat einen

Flächeninhalt von 1 ha 77 ar 45 qm = 17744 qm.

Nach Ihrer mündlichen Angabe rechnen Sie auf einen Versuch von 50 000 bis 60 000 Menschen.

Wenn nicht für jeden Versammlungsteilnehmer etwa $\frac{1}{2}$ Quadratmeter zur Verfügung stehen, so ist Gefahr und dadurch Gefahr für die öffentliche Sicherheit — Reichsvereinsgesetz § 7 Absatz 2 — zu befürchten.

Es kommt hinzu, daß die Zugangs- und Abgangsverhältnisse zum Versammlungsort ungünstig liegen; auch daß die Wege des Humboldthains fast durchweg mit ziemlich hohem Fußgängergeratter versehen sind. Ueber dieses können bei etwa entsetzender Panik Menschen fallen und dadurch in die Gefahr des Verletzens werden geraten.

Bei Gedränge würden auch Beschädigungen der in der Nähe des Versammlungsortes gelegenen wertvollen gärtnerischen Anlagen des Humboldthains unausbleiblich sein.

Ich muß unter diesen Umständen die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel auf dem Rasenplatz des Humboldthains am 10. d. Mts. verjagen.

An den Vorstand des Demokratischen Verbandes Groß-Berlin, z. B. des Herrn Ludwig Schmel, hier, NO. 42.

Herr v. Jagow ist, wie man sieht, ein sehr gewissenhafter Mann, der um das Wohl der Berliner Wahlrechtsdemonstranten viel besorgt ist, als man nach den wilden Attacken seiner Untergebenen auf friedliche Spaziergänger bisher annehmen zu dürfen glaubte. Er ist ein Gemütsmensch, der, wenn auch sein Scharfsinn etwas in der Entwicklung zurückgeblieben ist, doch dafür als Ersatz ein sehr empfindsames Herz besitzt, so daß es ihn tief schmerzt, wenn sich im Humboldthain die Wahlrechtsdemonstranten drängen und schieben lassen müssen. Freilich, selbst wenn man diese humane Fürsorglichkeit des Herrn v. Jagow geziemend anerkennt, bleibt es unverständlich, daß die Polizeigeometer so lange Zeit zur Berechnung gebraucht haben, denn die Größenverhältnisse des Humboldthains sind genau bekannt. Wir meinen deshalb auch schon in unserer Ueberschätzung des Herrn v. Jagow, daß er, um die Demonstranten vor der Einatmung schlechter Luft zu bewahren, zugleich ausrechnen lasse, ob der Luftstrom den hygienischen Anforderungen entspräche. Aber so weit reicht, wie wir sehen, die gütige Vorsorge und Gründlichkeit des Berliner Polizeipräsidenten doch nicht.

Leider ist trotz der Länge der Zeit, die die Flächenberechnung des Rasenplatzes im Humboldthain erfordert hat, die Lösung nicht richtig. Denn erstens kommt nicht nur der Rasenplatz allein für die Versammlung in Betracht, sondern auch die angrenzenden Wege und Alleen des 87 Hektar großen Parks, und zweitens ist die Schätzung, daß sich 50—60 000 Menschen dort einfinden würden, reichlich hoch gegriffen, wie denn auch der Vorstand des Demokratischen Verbandes bestreitet, den Versuch so hoch eingeschätzt zu haben.

Wie Herr von Jagow zu dieser Ziffer kommt, ist deshalb etwas verwunderlich; denn selbst an der großen Demonstration des 6. März im Tiergarten haben sich doch nach offizieller polizeilicher Angabe höchstens 30 000 Menschen beteiligt; eine Zahl, die schließlich sogar auf 7500 zusammenschmolz. Entweder muß also Herr v. Jagow selbst die Angaben der hochwohlwollenden Polizei für ungläubig halten, oder er muß annehmen, daß sich die Masse der Wahlrechtsdemonstranten infolge der niederträchtigen Praktiken seiner Partei und der vorgekommenen Polizeibrutalitäten enorm erhöht hat. Und selbst, wenn sich 50 000—60 000 Menschen im Humboldthain einfinden, ist damit noch nicht gesagt, daß die „öffentliche Sicherheit“ gefährdet würde; hat doch bereits am 13. Februar in diesem Park eine sozialdemokratische Wahlrechtskundgebung stattgefunden, an der damals weit über 50 000 Personen teilnahmen, ohne daß irgendwelche Ordnungsstörungen vorgekommen sind.

Zeigt sich aber das Polizeipräsidium in der Rechnung mit unbekanntem Größen schlecht bewandert, so noch mehr in der Auslegung des § 7 des Reichsvereinsgesetzes. Was heißt denn: „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“? Geht, der Platz erweise sich in der Tat als etwas zu klein: es entstände zeitweilig ein gewisses Gedränge, einige Personen würden auf die Hülfnerungen getreten und es fielen sogar — obgleich das mehr als unwahrscheinlich ist — einige Kurzstichtige über die „Fußgängergeritter“; würde dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet? Keineswegs! Höchstensfalls würde dadurch eine Unordnung hervorgerufen. Eine Unordnung ist aber noch keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit! Tatsächlich hieß es denn auch in der Regierungsvorlage des Reichsvereinsgesetzes ausdrücklich, daß die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel dann verweigert werden dürfe, wenn eine Gefahr für die „öffentliche Ordnung“ oder für die „öffentliche Sicherheit“ zu befürchten sei: eine Zusammenstellung, die ganz sinnlos ist, wenn „öffentliche Ordnung“ und „öffentliche Sicherheit“ daselbe wären. Weil aber die den Regierungsentwurf beratende Kommission nicht wollte, daß schon wegen Befürchtung einer Störung der „öffentlichen Ordnung“ die Genehmigung zur Versammlungsabhaltung verweigert werden dürfe, sprach sie die Wörter „öffentliche Ordnung“, und das Reichstagsplenum akzeptierte (auch Herr von Bethmann Hollweg erklärte sich damit einverstanden) diese Aenderung.

Es ist also ganz zweifellos, Herr von Jagow legt in völliger Unkenntnis der Beratung des Reichsbereichs, des Gesetzes den § 7 ganz unrichtig aus. Hoffentlich wendet sich der Vorstand des Demokratischen Verbandes an das Oberverwaltungsgericht. Will dieses nicht die klare Auffassung des Reichstags und der Regierung demontieren, muß sie Herrn von Jagows Interpretation als verfehlt bezeichnen — und solcher Rollenfaller kann dem weichen Gemüt des Berliner Polizeipräsidenten nicht schaden.

Der Kampf gegen das Oberhaus.

Das englische Unterhaus hat Montag nachts mit 357 gegen 251 Stimmen den Antrag des Ministerpräsidenten Asquith angenommen und sich als Komitee zur Beratung der Resolutionen konstituiert. Die Resolutionen erklären, daß das Unterhaus allein das Recht hat, in finanziellen Fragen eine Entscheidung zu treffen. Was eine finanzielle Frage, also ein Bestandteil des Budgets sei, das solle in Zukunft der Sprecher entscheiden. Außerdem soll dem Oberhaus das absolute Veto genommen werden. Wenn das Unterhaus einem Gesetz dreimal seine Zustimmung gegeben, so tritt es in Kraft, auch wenn das Oberhaus seine Annahme verweigert. Nur muß die erste Beratung des Gesetzes im Unterhaus mindestens zwei Jahre vor Schluß der Legislaturperiode begonnen haben. Die Legislaturperiode selbst soll in Zukunft nicht mehr sieben, sondern fünf Jahre dauern.

Die Komiteebertatung der Resolutionen wird etwa bis Mitte April währen. Am 18. April soll die Beratung des letzten Budgets beginnen und bis Ende des Monats abgeschlossen werden. Das Oberhaus wird die Vetoresolutionen erst nach Pfingsten in Beratung ziehen und sie sicherlich verwerfen. Damit wird die chronische Krise wieder akut werden und neuerlich der Appell an das Land erfolgen. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich im Juni erfolgen.

Trug schon die Debatte über die Selbstreform im Oberhaus einen unwirklichen, akademischen Charakter, so war das nicht minder der Fall bei dem Redekampfe im Unterhaus. Die Argumente waren dieselben, die man vor vier Monaten gehört hat, nur daß das Volk jetzt den liberalen Bebauungen mit größerer Steifigkeit gegenübersteht. Die Einleitungsrede des Premierministers war stiftisch, wie immer, musterhaftig und gut durchdacht, ein Genuss für den Kritiker, der an solcher geistigen Gymnastik Gefallen findet. Sie war wie die wunderbare Technik eines Vademecums aus einer tonlosen Klaviatur: Die mächtigen Akkorde schlugen. Die Taster bewegten sich, aber das siegesfrohe Kampflied, das sie im Herzen des Volkes anschlagen sollten, blieb aus.

Die englischen Liberalen haben, um mit Shakespears zu reden, die Haut verpackt. Sie wollen eine Revolution vom Armstuhle aus machen, eine Revolution ohne Revolutionäre. Sie glauben, daß sie mit ihren lauten Trompeten die Mauern von Jericho umblasen können. Einige Linksliberale denken allerdings noch daran, eine wirkliche Volksbewegung ins Leben zu rufen, um den großen Reden im Parlament einen realen Inhalt zu geben, sie finden aber bei der großen Mehrheit ihrer Parteigenossen, deren ganzes Sinnen und Trachten auf die Vorbereitungen zu einer neuen Parlamentswahl gerichtet ist, taube Ohren. Die Liberalen fürchten sich vor einer mächtigen Volksbewegung; das ist des Pudels Kern. Sie haben Angst, daß sie die Geister, die sie heraufbeschwören würden, nicht mehr los werden, daß sie nach dem konstitutionellen A auch das sozialpolitische B sagen müssen. Sie setzen ihre Hoffnung auf Neuwahlen, die doch nicht viel an dem Kräfteverhältnis ändern können. Hätte die Regierung Mut, so brauchte sie nicht zur Auflösung zu schreiten, es würde sich die Majorität von 120 Mann als genügend starke Waffe erweisen, um den Widerstand der Lords gegen die Forderungen der Demokratie zu brechen. Sie brauchte nur dem Führer der Irlander die Sicherheit geben, daß er nicht mit leeren Händen vor seine Landsleute treten werde; sie brauchte nur, anstatt Vorbereitungen für Neuwahlen zu treffen, ihre Lloyd George und Churchill ins Land zu schicken, um die Bestrebungen der Demokratie, die jetzt Gefahr laufen, durch das ultrarespektable Gebaren der Regierungsmänner erstickt zu werden, wach und lebendig zu halten, und die Kronwürde sich wohl hüten, dem von einer mächtigen Volksbewegung unterstützten Premierminister die Ausübung ihrer Prärogative, von dem jetzt alles abhängt, abzuschlagen.

Man kann keine Omelette machen, ohne Eier zu zerbrechen. Das sollten die englischen Liberalen von ihren Vorfahren gelernt haben. Das Studium des Präzedenzfalls vom Jahre 1832 sollte ihnen den Wegweiser in einer Lage abgeben, in der sie anscheinend kopflos und auf das gute Glück vertrauensvoll in die Zukunft starrten. Die politische Lage Englands zur Zeit der Reformbill ist in diesen Punkten mit der bestehenden identisch. Die Reformbill des Jahres 1832 wurde in den Commons bei der zweiten Lesung mit nur einer Stimme Majorität angenommen. Es folgte eine allgemeine Parlamentswahl, aus der die Freunde der Reformbill als Sieger hervorgingen. Die Bill wurde das zweite Mal mit einer Mehrheit von 136 Stimmen angenommen. Ein paar Tage später verstarben sie, die Lords mit einer Majorität von 41 Stimmen. Das Parlament vertagte sich bis zum 6. November. Dann brachte Lord John Russell die Vorlage wieder ein. Sie wurde wiederum mit einer Mehrheit von 162 Stimmen angenommen. Im Januar des folgenden Jahres gaben ihr die Lords den Todesstoß. Hier gewinnt die politische Lage eine große Ähnlichkeit mit der jetzigen; denn auch damals standen die Minister vor der Alternative, entweder abzudanken oder die Erlaubnis des Königs zu erlangen, eine genügende Anzahl Lords zu ernennen, um die Reformbill im Oberhause durchzubringen.

Wilhelm IV. wollte von dieser Maßregel aber nichts hören. Das Ministerium dankte ab. Der Herzog von Wellington wurde darauf mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt, brachte es aber nicht zustande, und so war denn der König genötigt, den Earl Grey wieder zuzuberufen. Dann folgte die historische Szene zwischen dem König und dem Premierminister, der vom Lordkanzler Brougham begleitet war. Der König erlaubte, daß das Ministerium soviel Beers ernenne, als nötig sei, um die Reformbill durch das Oberhaus zu bugelieren. Dann fragte er die noch zögernden Minister: „Wünschen Sie sonst noch etwas?“ — „Sire,“ sagte darauf Lord Brougham, „ich habe noch ein Ansuchen vorzubringen.“ — „Was,“ rief Wilhelm aus, „habe ich denn noch nicht genug zugestanden?“ — „Ja,“ erwiderte der Kanzler, dem wohl das Goethe'sche Wort einfallen mochte, „ich wünsche keine neuen Zugeständnisse

von Ihrer Majestät, sondern ersuche nur, uns das Versprechen, das Sie uns gemacht, schriftlich zu geben.“ Der König zögerte einen Augenblick; dann nahm er ein kleines Stück Papier und schrieb die folgende Erklärung, die er Lord Brougham übergab. Sie lautete: „Der König gibt dem Earl Grey und seinem Kanzler Lord Brougham die Erlaubnis, eine solche Anzahl Beers zu ernennen, als genügt, um die Annahme der Reformbill zu sichern; in erster Hinsicht sollen bei der Ernennung die ältesten Söhne der Beers in Betracht kommen.“ — Wilhelm R. Bekanntlich brauchte die Ernennung der Beers gar nicht stattzufinden; die bloße Androhung der Radikalur genügte, um den Lords das Rückgrat zu brechen.

Was steht der Wiederholung dieser Ereignisse im Wege? Das englische Volk ist heute demokratischer gesinnt, politisch gebildeter und fähiger als seine Vorfahren vom Jahre 1832 und wartet nur auf die ehestige und zielbewusste Führung, um die Oligarchie, die in diesem entscheidenden Moment der Geschichte Englands wieder sich ihr Haupt erhebt, zu Boden zu strecken. Wird sich der englische Liberalismus noch aufrufen können, um die Fehler der letzten Wochen wieder gut zu machen und seine Reden im Parlament in Taten umzuwandeln? Dazu ist kaum noch Hoffnung vorhanden. Augenblicklich hat er den Blick auf die Neuwahlen gerichtet, als wenn ihm die Helsen könnten, als wenn die Politik der Parlamentsauflösung Gladstone und Rosebery geholfen hätte. Die liberale Partei ist wie Hans im Glück, der ja auch seine harten Laster für etwas hergab, deren Wert sehr problematisch war, bis er am Ende wie ein armer Vettler da stand.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. April 1910

Wer fälscht?

Die „Königliche Volks-Zeitung“ hat die Stimm, dem „Vorwärts“ eine Fälschung vorzuwerfen. Der „Vorwärts“ habe sich zu Unrecht auf ein Zitat der „Kön. Volks-Ztg.“ berufen, aus dem er die Geneigtheit des Zentrums, in der Frage der Steuerdrittelung den Freikonserwativen und Nationalliberalen Konzessionen zu machen, abgeleitet habe. Das sei dem „Vorwärts“ nur dadurch möglich gewesen, daß er von dem Zitat aus der „Kön. Volks-Ztg.“ nur die Stelle wiedergegeben habe, in der die Bereitwilligkeit des Zentrums ausgesprochen werde, den Nationalliberalen „noch etwas entgegenzukommen“. Diesem Passus aber habe sich unmittelbar eine Stelle angeschlossen, in der die nationalliberale Forderung der Drittelung in den Gemeinden für unannehmbar erklärt werde.

Die „Kön. Volks-Zeitung“ sollte bei ihren Beschuldigungen gegen den „Vorwärts“ etwas weniger Eifer und etwas mehr Gemessenhaftigkeit an den Tag legen! Für den „Vorwärts“ lag nicht die geringste Veranlassung vor, auch diese letztere Stelle zu zitieren, weil es ihm in dem fraglichen Artikel ja gar nicht eingefallen war, dem Zentrum die Absicht zu unterstellen, event. in eine Drittelung nach Gemeinden zu willigen! Daß das Zentrum die nationalliberale Forderung „in ihrem vollen Umfange“ erfüllte, hatte der „Vorwärts“ vielmehr ausdrücklich für „ausgeschlossen“ erklärt!

Was der „Vorwärts“ für nicht unmöglich erklärte, war lediglich ein Eingehen des Zentrums auf die neuerlichen Vermittlungsvorschläge des hieheren Wahlrechtsmatters Freiherrn v. Jedlich, die auf eine Vergrößerung der Drittelungsbegirke auf 10–20 000 Einwohner hinauszielen! Und gegen diese Vermutung beweist auch der von dem „Vorwärts“ nicht zitierte Satz der „Kön. Volks-Ztg.“ nicht das geringste!

Die „Kön. Volks-Ztg.“ ist allerdings so unvorsichtig, auch das folgende zu erklären:

„Aus der Begründung aber, mit der wir die Drittelung in den Gemeinden verwarfen, hätte der „Vorwärts“ entnehmen können und annehmen müssen, daß wir jeden anderen Vorschlag, der dasselbe bezweckt wie die Drittelung durch die ganze Gemeinde, mithin eine sichere plutokratische Wirkung haben würde, unbedingt ablehnen werden.“

Wenn die „Kön. Volks-Ztg.“ etwa behaupten wollte, daß das die Auffassung des Zentrums sei, so würde sie das begehren, was sie zu Unrecht dem „Vorwärts“ vorwirft: eine Fälschung! Denn wie wir gestern bereits nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ mittelten konnten, war ja das Zentrum tatsächlich bereit, auf Konzessionen in der Drittelungsfrage einzugehen, wie sie Herr v. Jedlich vorschlägt! Nicht an dem prinzipiellen Widerstand des Zentrums scheiterte nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ das Kompromiß, sondern an den weitergehenden Forderungen der Nationalliberalen! Daß die Mitteilungen der „Rhein.-Westf. Ztg.“ aber der Wahrheit entsprechen, beweisen ja die Erklärungen der Konservativen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. März! Denn die Konservativen dürften sicherlich den Nationalliberalen nicht Konzessionen in der Drittelungsfrage angeboten haben, ohne sich vorher der eventuellen Zustimmung des Zentrums versichert zu haben.

Gegen das Abiturientenprivileg.

Wie die „Märkische Volks-Ztg.“ mitteilt, nahm eine am 30. März abgehaltene hiesige Vertrauensmännerversammlung der Zentrumsparthei des Kreises Hagen-Land gegen die Bevorzugung der Abiturienten Stellung. Dieses Privileg wurde mit Ausnahme eines Redners von allen Vertrauensleuten in der schärfsten Weise als eine ganz unbegründete Bevorzugung der akademisch Gebildeten vor dem Mittelstand und der Arbeiterklasse bezurteilt. Seine Aufrechterhaltung könne nur zu einer unliebsamen Verstärkung weiterer Kräfte beitragen.

Das Zentrum hätte also alle Ursache, nunmehr auf Verleugung des Abiturientenprivilegs hinzuwirken, das die Zentrumsfraktion bei der dritten Lesung angenommen hat, obwohl sie sich vorher in entschiedener Weise gegen die Bevorzugung einzelner Berufe und Stände ausgesprochen hatte!

Fiskalische Renommisiererei.

„Die Arbeiterfürsorge der preussischen Verwaltung“ lautet die Stichworte eines Wahlzettels, der jetzt durch die „ordnungsfreundliche“ Presse geht. In dieser Ankündigung werden die Aufwendungen aufgeführt, die die Verwaltung für die Arbeiterfürsorge macht. Wenn man die Summen etwas näher ansieht, findet man, daß die geprüfene Arbeiterfürsorge zum guten Teil sehr zweifelhafter Natur ist. Wenn zum Beispiel darauf hingewiesen wird, daß für die Ansiedlung der Arbeiter in der Nähe der Werke Courprämien und ungenügende Baulandkosten in einer Höhe von einer halben Million geleistet worden seien, so daß die Summe der bisher für Hausdarlehen zur Verfügung gestellten Mittel auf mehr als sieben Millionen Mark angewachsen sei, so ist dabei zu berücksichtigen, daß die Sekundarmachung der Arbeiter selbst von einschlägigen bürgerlichen Sozialpolitikern nicht als ein Mittel zur Anhebung der Arbeiter bezeichnet worden ist. Statt Mietwohnungen her-

zustellen und diese den Arbeitern zu einem mäßigen Preise zur Verfügung zu stellen, sucht man die Arbeiter an die Scholle zu fesseln und dadurch dem Arbeitgeber Staat auf Gnade und Ungnade auszuliefern!

Wenn weiterhin mit einem Zuschuß von 100 000 M. rennommiert wird, den die Arbeiter der Oberharzer Werke für den Großkauf von Brotform erhalten hätten, so sollte man doch auch nicht unberücksichtigt lassen, daß der Staat durch seine Brotwucherpolitik die Brotzweckpreise selbst erst so gemaltig in die Höhe getrieben hat! Außerdem sind bekanntlich die Löhne gerade der Oberharzer Bergleute so niedrige, daß diese Subvention von 46,20 M. pro Kopf im Grunde nichts darstellt, als einen minimalen Zuschuß zu den unzulänglichen Löhnen! Wenn schließlich noch ein Belen davon gemacht wird, daß für Fortgewährung des Lohnes während des Urlaubs der Arbeiter 3 000 M. ausgegeben seien, so ist dazu nur zu bemerken, daß auch jeder halbwegs ansässige Privatbetrieb heutzutage seinen Arbeitern Ferienurlaub gewährt. Und zwar selbstverständlich unter Fortzahlung des Lohnes.

Eine Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter wäre also entschieden verdienstlicher als eine „Fürsorge“ der Charakteristen Art!

Gegen das Betrücken.

Einer der größten Schiffbauunternehmer Englands, Sir Christopher Furness, zugleich ein einflußreiches Mitglied der liberalen Partei, macht in einem Briefe an die „Times“ neuerlich den Vorschlag, dem Betrücken zwischen Deutschland und England ein Ende zu machen. Der Vorschlag stimmt ganz mit dem unserer Reichstagsfraktion überein. England müsse, so führt der Briefschreiber aus, das Seebeuterecht abschaffen und so die Ursache für das deutsche Flottenprogramm entfernen, was dem Betrücten im Kriegsbau beseitigen würde, der beide Völker zu erschöpfen droht. Die Initiative müsse diesmal von Deutschland kommen, der Reichskanzler solle England sondieren. Sir Edward Grey würde ein Anerbieten zur Einschränkung der Rüstungen nicht ablehnen können. Ganz abgesehen von dem Steuerdruck könne das Betrücken schon deswegen nicht streng genug beurteilt werden, weil der dadurch hervorgerufene feindselige Geist ein mächtiges Hindernis für Handel und Geschäft mit einem großen Lande sei, mit dem England berufen sei, noch ausgedehntere Geschäftsbeziehungen zu pflegen als bisher.

Dieser Vorschlag verdient die ernste Beachtung unseres auswärtigen Amtes und unsere Fraktion wird sicher nicht unterlassen, bei nächster Gelegenheit Herrn v. Bethmann Hollweg im Reichstag zu fragen, ob er diese Gelegenheit, unsere Beziehungen zu England zu verbessern und dem Rüstungswahnsinn Einhalt zu tun, benützt hat.

Jagow in Bremen.

Die imposante Wahlrechtsdemonstration der Bremer Arbeiterschaft am vergangenen Sonntag hat der bremischen Polizei anscheinend die bisher bewahrte Besonnenheit geraubt. Der stellvertretende Polizeikommandant Drayer eröffnete am Dienstag dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins, daß er den Demonstrationszug vom Sonntag für einen Umzug halte. Wenn künftig sich wieder solche Demonstrationen abspielten, werde die Polizei mit aller Rücksichtlosigkeit vorgehen. Das werde auch am Mittwoch, den 8. April geschehen, falls es aus Anlaß der geplanten Wahlrechtsversammlung, in der Genossin Luxemburg spricht, zu Demonstrationen kommen sollte. Eine solche Drohung mag die Bremer Polizei auszusprechen, trotzdem selbst die bürgerliche Presse das mißverhältnißliche Verhalten der Demonstranten nur zu loben vermochte. Die bremische Arbeiterschaft wird sich selbstverständlich auch durch solche Drohung nicht im geringsten abhalten lassen, den Wahlrechtskampf in der ihr geeignet erscheinenden Weise fortzuführen.

Lebensmittelwucher.

Seit einigen Tagen sind die städtischen Abgaben (Oktroi) auf Lebensmittel, die bisher in manchen deutschen Gegenden noch immer erhoben wurde, gefallen. Trotzdem wehren sich meist die Händler, die Preise für diese Lebensmittel heraufzusetzen. Aus einigen Orten, so aus Freiburg i. Br. sowie aus Rannheim und Heidelberg wird zwar gemeldet, daß der Votpreis mit dem 1. April herabgesetzt wurde. Die Fleischer dagegen wollen auch in diesen Orten den Preis mit der Begründung halten, daß sie, wäre das Oktroi nicht aufgehoben worden, mit dem 1. April eine Verteuerung hätten eintreten lassen. Aus Bayern und Schlesien wird gleichfalls gemeldet, daß trotz der Aufhebung des Oktrois die Preise nicht herabgesetzt worden sind. Das hat in einzelnen Ortschaften dazu geführt, daß die Konsumenten mit dem Vorkauf jener Händler drohen, die aus der Befestigung einer brüdernden indirekten Steuer Extraprofite herauszuschlagen möchten.

Das Ende eines königlichen Distriktskommissars.

Vor einer Woche berichteten wir über eine Gerichtsverhandlung in Polen, in der erwähnt wurde, daß der königliche Distriktskommissar Wittmeister a. D. von Keller aus Wolhyn der wiederholten Verhaftung zugänglich war. Die die „Vos. Neuesten Nachrichten“ melden, ist dieser edle Kulturkämpfer gegen Polen seitdem spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen waren bisher vergeblich. Sein Dienstpferd hat er kurz vor seinem Weggange an die Gutsverwaltung Rogalin verkauft.

Regierungsschuld vor der Erhöhung direkter Steuern.

Einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung hat das Ministerium für Maß-Lothringen vorgenommen, indem es dem Beschluß des Gemeinderates der Stadt Schwelmer auf gänzliche Aufhebung des Oktrois die auf Grund der Gemeindeordnung erforderliche Genehmigung verweigerte. Der Beschluß wurde am 10. März gefaßt, am 31. März aber, als tags darauf der Beschluß in Kraft treten sollte, bekam die Gemeinde erst auf telephonische Anfrage beim Ministerium den Bescheid, dessen schriftliche Begründung, falls eine solche überhaupt erfolgt, noch ausbleibt. In den Nachbarkräften Lahn und Ahrbach sind die dort ebenfalls gefaßten gleichlautenden Beschlüsse vom Bezirkspräsidenten genehmigt worden, so daß dort die ganze Oktroieinrichtung mit dem 1. April dieses Jahres aufgehört hat.

Abolition oder gewerkschaftliche Organisation.

Wie haben dieser Tage auf das Geschrei der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ hingewiesen, die in ihrer frommen Osterbeilage den Arbeitern, wenn sie des Lebens Last gar zu hart drückt, nicht den Kampf gegen ihre Unterdrücker, sondern den Gang zum Reichstater empfiehlt — als ob die Abolition die Organisation ersetzen könnte! Es gibt jedoch unter den christlichen Arbeitern auch solche, die in weniger andächtigen Stunden in der Lage sind, die Gründe ihres Wunders und die Mittel zu seiner Abhilfe zu erkennen. So schrieb vor kurzem das Verhandlungsblatt der christlichen Holzarbeiter in einer Auseinandersetzung mit den katholischen Hochadeln, daß diejenigen auf dem Holzwege seien, die „Zusichlöcher bauen auf einer nie dagewesenen Wacht der Kirche“, d. h. die Lösung der sozialen Frage allein von der Kirche erwarten. Das Blatt fährt dazu aus:

Die Kirche verfährt in unserem Vaterlande weder über die Anhängerschaft der gesamten Bevölkerung, noch bestimmt sie die

Wirtschaftspolitik des Staates, noch ist sie in der Lage, auf die in ihrer übergrößen Mehrheit nichtkatholischen Arbeitgeber bezüglich der Arbeits- und Lohnverhältnisse einen Einfluss auszuüben. Und wenn das Phantasma vom Schlage der Facharbeiter kommen und das Evangelium der Ensisagung predigen durch die Preisgabe der ohnehin sorglos Hilfsmittel der Arbeiterbewegung, dann ist das eine Verleumdung an der darbenenden Lohnarbeiterschaft. . . . Auch die katholischen Arbeiter haben einen Wagem, der zu gelegener Zeit knarrt; auch sie haben vielfach eine Familie zu ernähren, auf deren Fortkommen sie bedacht sein müssen. Als einzige Einnahmequelle kommt der Arbeitslohn in Betracht, und diese Einnahmequelle zu vermehren und zu verbessern ist nur möglich durch die Geschlossenheit aller Arbeiter und die Anerkennung des gemeinschaftlichen Prinzips. Wer dem Arbeiter sagt, daß er als Arbeiter auf andere Weise zu besseren Daseinsbedingungen gelange, wird den Tatsachen nicht gerecht. Nicht Theorien können dem Arbeiter helfen, sondern die Tat, die Selbsthilfe!

In diesen Sätzen liegt gewiß eine gesunde und wirksamere Auffassung von der Bedeutung des Daseins und den Pflichten der Arbeiter, als in der frommen Osterpredigt des M.-Waldbacher Blattes. Im einzelnen ist natürlich auch an den Ausführungen des christlichen Gewerkschaftsblattes vieles anzusehen. So liegt die Untätigkeit und Unfähigkeit der katholischen Kirche in der sozialen Frage nicht daran, daß sie nur in der Minderheit ist. Da, wo die Kirche die große Mehrheit der Bevölkerung hat, sieht es bezüglich der Lage der Arbeiter nicht besser, sondern sogar schlimmer aus.

Klerikaler Abonnentenfanz.

Nicht nur die Kirche, sondern auch die meisten ihrer geistlichen Diener haben einen guten Magen und verstehen sich vorzüglich auf profitable Geschäfte und auf eine wirkungsvolle Geschäftsführung. Das Organ des katholischen Geistlichen, Reichs- und Landtagsabgeordneten Liborius Gerstenberger, das „Fränk. Volksblatt“ in Würzburg, erlöst folgende deutsche Abonnenteneinladung:

„Der Komet, durch dessen Schwanz in der Zeit zwischen 19. April und 19. Mai unsere Erde fliegen soll, ist bereits gesichtet. Was wird er uns bringen! Darüber möchten wohl die werten Leserinnen und Leser auf dem Laufenden bleiben. Er, dann bestellt sofort das „Fränkische Volksblatt“, wenigstens für den Monat April! 40 Pf. kann jeder dran wasgen. Geht im April die Welt unter, braucht keiner mehr für den Monat Mai zu bestellen. Wer Courage hat, der bestellt das Volksblatt gleich fürs nächste Quartal. Geht alles verloren, kommt auf die 80 Pf. vom 15. Mai bis 1. Juli nicht mehr an. Ihr habt aber dann wenigstens noch ein gutes Werk mehr getan, denn die katholische Presse zu fördern, gehört heutzutage ebenso zu den Pflichten eines treuen Katholiken, wie Missionen zu unterstützen, Kirchen bauen oder sonst auf eine Weise dem Volke den Glauben erhalten zu helfen.“

Herr Liborius Gerstenberger hat zweifellos seinen wahren Beruf verfehlt. Er hätte Kellnerchef für Ausverkaufshäuser werden sollen.

Polizeihunde im Dienste der Gendarmerie.

Die Verwendung von Polizeihunden wird immer mehr ausgedehnt. Jetzt werden auch Gendarmen diese neue Ausrüstung erhalten. Vorläufig sind erst die Fußgendarmeriemaschinen in Aussicht genommen, die einen Ausweis für Dressur und Führung von Polizeihunden durchgemacht haben. Da für derartige Kurse bisher keine Mittel im Staatshaushaltetat vorgesehen sind, wurden private Mittel stiftlich gemacht. Der Minister des Innern hat die Regierungspräsidenten ersucht, sich mit den Landräten in Verbindung zu setzen, für den Fall, daß ein Bedürfnis nach Verwendung von Diensthunden bei der Gendarmerie hervortreten sollte. Dabei soll darauf geachtet werden, daß den Gendarmen die Führung ihnen eigenständig gehörender Hunde nicht gestattet wird, da es vermieden werden muß, daß die Gendarmen zum Nachteil des Dienstes im eigenen Interesse Hundezucht und -Dressur betreiben und damit in Streitigkeiten der kognologischen Vereine hineingezogen werden.

Josef Peulert gestorben.

In der Wiener „Arbeiterzeitung“ lesen wir: Ein längst verschollener, der einst in der österreichischen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielte, ist fern von der Heimat dahingegangen. Josef Peulert wurde in Nordböhmen im Jahre 1858 geboren, reichbewegt war sein Leben. Eine große Begabung, journalistische Fähigkeit und rednerische Schärfe waren diesem Manne eigen. Niemand, der ihm begegnete, ohne ihn genannt zu haben, hätte in dem schönen, eleganten Manne den Sprößling einer nur Armerreichen, aber sonst das arbeitsfähigste Dasein führenden Familie vermutet. Als er in den achtziger Jahren aus dem Ausland heimkehrte, war er der gewandte Apologet des Anarchismus, der eifrigste Kämpfer. Er war Redakteur der „Zukunft“, er war der leitende Geist in der anarchistischen Bewegung. Auf seine Anregung wurden die anarchistischen Zentren eines Stimmens, eines Kammerers, die als Anlauf zur Verbannung des Ausnahmezustandes über Wien und Wiener-Neustadt ausgegeben wurden, ausgeführt. Offen sprach er es aus, daß man für die Entfesselung aller wilden Instinkte im Volke arbeiten müsse. Preiswürdig war es, daß gerade Peulert von der Polizei unbedrängt blieb, daß er knapp vor Verbannung des Ausnahmezustandes Wien verlassen konnte. So kam er in den Ruf, daß er ein Agent der Polizei, ein Propagator der anarchistischen Zentren geworden sei. Selbst unter den Anarchisten ließ Peulert auf lebhaftes Mißtrauen. Auf seine Intervention haben Anarchisten die Auslieferung ihres Genossen Rebe an die deutschen Polizeibehörden zurückgeführt. Niemand konnte er sich von diesem Verdacht reinigen. Wohl gibt es ein kleines Grüppchen Anarchisten, die heute noch in Peulert einen selbstlosen Kämpfer verehren. Es gibt aber kaum unter seinen früheren Freunden auch nur einen, der nicht überzeugt wäre, daß seine Wirksamkeit der österreichischen Arbeiterbewegung den größten Schaden zugefügt hätte. Nun, wo der Streit über ihn längst entschieden ist, ist er dahingegangen. Ein Jahr lag er krank an Arterienverkalkung im deutschen Hospital in Chicago. Nun hat sein wechselreiches Leben ein Ende gefunden.

England.

Die Forderungen der Iren.

London, 4. April. Der Führer der irischen Nationalisten Redmond hielt gestern in Tipperary eine Rede, in der er erklärte, für die irische Partei bedeute die Frage der Konzeptionen an Irland mit Bezug auf das Budget nichts im Vergleich zu der Frage der Abschaffung des Vetorechts der Lords. Dies sei die Hauptbedingung für Home Rule. Redmond zählte sodann die Bedingungen auf, unter denen allein die Nationalisten geneigt seien, das Budget zu unterstützen, auch in abgeänderter Form. Zunächst müsse die Regierung die Zustimmung geben, daß das Budget nicht eher in Unterhaus verabschiedet werde, als bis die Entscheidung der Lords über die Resolutionen des Vetorechts bekannt sei, und ferner müsse die Regierung die Zustimmung geben, daß sie, wenn die Lords die Resolutionen verwerfen, nicht im Amte bleiben werde, wenn sie nicht die Garantie erhalte, daß der König gewillt sei, wenn nötig neue Peers zu ernennen, um die Entscheidung der Lords umzustößen.

Der Abschied von Preußen.

Ein charakteristischer Zwischenfall spielte sich in einer der letzten Sitzungen des englischen Unterhauses ab. Als der Kronanwalt Robson in seiner Rede die Verletzung machte, eine unverantwort-

liche Kammer mit gleichen Vorrechten, wie das Oberhaus sie besitze, sei in keinem anderen Lande der Welt zu finden, machte der konservative Lord Hugh Cecil den Zwischenruf: „Preußen!“ Der Minister fertigte den Zwischenrufer unter stürmischem Beifall der Liberalen und der Arbeiterpartei ab, indem er sagte: „Wir pflegen nicht im Ausland Vorbilder für unser Verhalten zu suchen, die Regierung des freien England hat es nicht nötig, zu diesem Zweck nach Preußen zu gehen.“

Die „Daily News“ schreiben darüber: „Also das ist Lord Hugh's Ideal! England soll sich in seinen inneren Einrichtungen den unfreiheitlichen Staat Westeuropas zum Muster nehmen. England soll vom preussischen Staate borgen und zwar nicht, was das Beste an ihm ist, die Tüchtigkeit seiner Beamtenklasse und seines Erziehungswesens, sondern seinen Kastengeist, seine soziale Exklusivität, seine Verneinung der Demokratie. Ein neuer Origo oder Gladstone wäre nötig, um auf eine solche Zumutung gebührend zu antworten und den Massen des englischen Volkes zu zeigen, wie viel Unenglisches, wie viel Unbildung und Unanständigkeit in einer derartigen Zumutung liegt.“

Der Zwischenruf Lord Hugh Cecil's kann der konservativen Partei bei den wahrscheinlich bevorstehenden abendlichen Neuwahlen leicht ein paar Mandate kosten.

Rußland.

Finnland und die Reichsduma.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Am 30. März wurde der Reichsduma der Gesetzentwurf über Finnland zur Beratung vorgelegt. Eine Gruppe der Rechten und Obersten stellte noch vor Beginn der Beratungen den Antrag, den Entwurf einer Kommission zu überweisen, ein Mandat, das die Zumahmezeit anzuwenden pflegt, wenn sie bestrebt ist, die Generaldebatte über einen zweifelhaften Entwurf oder über eine unangenehme Interpellation zu vermeiden oder wenigstens zu verschieben. Nach der Dumagehätsordnung muß in einem solchen Falle ausschließlich über den Antrag, nicht aber über den Entwurf selbst verhandelt werden. Diesmal ist jedoch das Mandat nicht gelungen, obschon sich Gutschkow als Präsident rechtlich Mühe gab, die Debatte in den Grenzen des Ueberweisungsantrags zu halten. Die Redner der Opposition fanden trotzdem Gelegenheit, ihre Meinung über den Entwurf selbst zum Ausdruck zu bringen. Ihre ablehnende Haltung begründeten sie damit, daß dieser Entwurf ein Verstoß gegen die Grundgesetze sowohl des finnischen Fürstentums wie gegen die des russischen Reiches sei. Die russischen gesetzgebenden Körperschaften, also auch die Reichsduma, seien nicht kompetent, über die Schicksale der finnischen Verfassung zu entscheiden. Deshalb sei die Opposition gegen jede Verhandlung des Entwurfes. Es wurden dabei alle entsprechenden Bestimmungen der finnischen wie der russischen Grundgesetze zitiert, die Verfassungsakten beider Länder und die eidlichen Versprechungen der russischen Kaiser von Alexander I. bis auf Nikolaus II. Es wurde ein abschredendes Bild der Eibdrücke der russischen Kaiser und des rechtswidrigen Vorgehens der russischen Regierung in Finnland entrollt. Die Vernichtung der finnischen Verfassung habe die Regierung stets durch rohe Gewalt durchzuführen versucht. Selbst während der Revolutionszeit habe in Petersburg eine Regierungskommission getagt, um Unterdrückungsmaßregeln gegen Finnland auszuarbeiten. Anfang 1906 erklärte jedoch diese Kommission, daß die Maßregeln, die sie ausgearbeitet habe, „zu einer neuen Säkular“ in Finnland führen würde, „die bei der gegenwärtigen Lage (im Jahre 1906) im höchsten Grade unerwünscht wäre“. Aus diesen Gründen schlug die Kommission vor, „instweilen diese wichtige Frage nicht zu entrollen, sondern ihre Entscheidung bis zur Wiederkehr günstigerer Bedingungen zu verschieben“. Was zur Zeit der revolutionären Bewegung in Rußland „im höchsten Grade unerwünscht“, erscheint als sehr wünschenswert zur Zeit des Stolypinschen konstitutionellen Regimes. Was Graf Witte nicht wagte, das wagt Stolypin. Interessant aber ist, daß auch Witte, der „Schöpfer der russischen Konstitution“, die Unterdrückungspläne Finnland gegenüber nicht aufgeben, sondern nur verschieben wollte.

Die Kadetten und die Arbeitsgruppe sprachen gegen die Ueberweisung des Gesetzentwurfes an eine Kommission. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Grigischkore, machte den Vorschlag, nicht nur den Ueberweisungsantrag, sondern auch den Entwurf selbst gleich als gesetzwidrig abzulehnen. Präsident Gutschkow unterbrach den Redner durch die Bemerkung, eine solche Ablehnung wäre ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung der Reichsduma. Grigischkore erwiderte: „Es erscheint mir einfach lächerlich, um die Aufrechterhaltung der Dumagehätsordnung zu sorgen in einem Moment, wo es sich um die Niedertrachtung der Grundgesetze eines ganzen Landes handelt.“ In seinen weiteren Ausführungen brandmarkte Grigischkore ebenso die Regierung wie besonders die dritte Reichsduma. „Keine der früheren Regierungen hat gewagt, einen derartigen Schritt offen vorzunehmen. Erst jetzt will man der finnischen Verfassung den Todesstoß versetzen. Jetzt bereinigt sich zu diesem Zwecke die Regierung mit der Duma, deren Mehrheit die Rechte von Volkvertretern usurpiert hat. (Lärm auf den Bänken der Rechten.) Diese Duma, diese Mißgeburt des Gesetzes vom 3. Juni 1907, das das Manifest vom 17. Oktober abgeschafft hat, diese Duma wird auch dem Entwurf Beifall klatschen, der das Manifest über Finnland vom 22. Oktober 1906 abschaffen will. In diesem Augenblick kann die russische Sozialdemokratie gegen diese Gewalttat nur protestieren. Die sozialdemokratische Fraktion ist überzeugt, daß ihr Protest Zustimmung in den Herzen des russischen Volkes finden wird, und im Namen des russischen Volkes sendet die Fraktion dem finnischen Volk brüderlichen Gruß. . . . Nicht das russische Volk, sondern diejenigen, die gegen die Freiheit des russischen Volkes kämpfen, sind die Urheber des Gewalttates über Finnland.“

Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der Arbeitsgruppe und der Kadetten ist der Gesetzentwurf nach einer ebenso schwachen wie schimpflichen Verteidigung durch die Oksobristen einer Kommission überwiesen worden.

Türkei.

Der Aufruhr in Albanien.

Salonik, 5. April. In Oberalbanien, insbesondere im Bezirk Prishtina, werden wegen der kritischen Lage umfossende militärische Operationen unter dem Befehl Scheffer Paschas, des Nachfolgers von Schavid Pascha, eingeleitet. Der Kommandant der Pascha, der in vollem Aufruhr sich befindet, hat alle festen Gehöfte besetzt und richtet sich zur Verteidigung ein. Die Truppen sind bereits mit den Albanen in Kampf geraten, wobei die Artillerie Verwendung fand. Von Salonik, Serres und Monastir sind sechs Bataillone zur Verstärkung nach Oberalbanien abgegangen. Es wird beabsichtigt, den Belagerungszustand auch über Prishtina zu verhängen.

Amerika.

Bergarbeiter und Sozialismus.

Die Mitglieder der Western Federation of Miners, die jetzt durch ihren hartnäckigen passiven Widerstand in Spolans

einen glänzenden Sieg über die Willkür der reaktionären Stadtverwaltung davongetragen haben, haben auch auf politischem Gebiete Einsicht und Energie bewiesen. In den Erzgebirgen des Zeitungsmillionärs Hearst im Lead-Gebiete (Süd-Dakota) stehen die Bergleute in einem langwierigen Lohnkampfe, bei dem natürlich alle dort beliebten Einschüchterungsmethoden durch bewaffnete Kapitalhölzlinge ihre Rolle spielen. Jetzt haben die Arbeiter sich als politische Partei an den Gemeindevahlen beteiligt. In Terry haben sie ein sozialistisches „Ticket“ aufgestellt und ihre Liste auch durchgebracht. Auch in der Bezirkshaupt Lead wurde eine sozialistische Liste aufgestellt, über deren Erfolg noch kein Bericht vorliegt. Die Aussichten sollten gut sein.

Peru.

Ein Konflikt mit Ecuador.

London, 5. April. Das Meuterische Bureau meldet aus Lima, daß die Regierung beschloß, von Ecuador sofortige Genugtuung für den am Sonntag durch den Vöbel auf die peruanische Gesandtschaft in Quito verübten Angriff zu fordern. Wenn Ecuador sich weigere, dieser Forderung nachzukommen, würden Truppen gegen Ecuador geschickt und der Guano River blockiert werden. Die peruanischen Reserven seien bereits einberufen worden. In Lima hat die Bevölkerung gelernt das Schlimme von dem Konflikt von Ecuador entfernt.

Aus der Partei.

Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Neuh. 1.

hielt am 3. April eine außerordentliche Generalversammlung in Unterhamb bei Gera ab, die vornehmlich der Vorbereitung für die kommenden Landtagswahlen diente. Vertreten waren 25 Ortsvereine durch 97 Vertreter. — Der Landtagsabgeordnete Redakteur Genosse Leven berichtete über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in der letzten Session, wobei die reaktionäre Politik der Bürgerlichen die verdiente Kritik erfuhr. Fast alle Anträge und Anregungen der drei sozialdemokratischen Abgeordneten wurden von der einen reaktionären Masse des kapitalistischen Klüngels einschließlich der sogenannten „Liberalen“ und „Freisinnigen“ abgelehnt. So wurde eine Petition des Zentralverbundes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen um Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung trotz energischer Bestrengungen durch unsere Genossen vom Landtage mit allen Stimmen gegen die unserer Abgeordneten und eines bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt. Das neue Einkommensteuergesetz brachte schwere Verschlechterungen für die Arbeiter. In der Diskussion regte Genosse Kuhn an, daß unsere Abgeordneten dahin wirken, daß statt der Staatsberatungen für den Zeitraum von drei Jahren einjährige Staatsberatungen eingeführt werden; daß ferner in den thüringischen Staaten ein gemeinsames Verwaltungsstreitverfahren geschaffen wird und daß, wie es der Antrag unserer Abgeordneten in Schwarzburg-Rudolstadt fordert, die acht thüringischen Staaten sich zu einem Staatenbunde mit einer gemeinsamen Regierung zusammenschließen. Schließlich verlangte der Redner eine neue Einteilung der Landtagswahlkreise. — Parteisekretär Genosse Leber-Jena erklärte dazu, daß der weimarsche Minister des Innern erklärt habe, daß die Vorarbeiten zur Schaffung eines Verwaltungsgerichtslandes für Thüringen abgeschlossen seien. Der Bildung eines Thüringer Staatenbundes müsse eine Änderung der Reichsverfassung vorausgehen. — Hierauf wurden die sieben Kandidaten für die Landtagswahlen aufgestellt.

Als Vertreter des Kreises auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen wurde der Reichstagslandtagsabgeordnete Genosse Emanuel Buzum gewählt.

Den Vereinbarungen der Bezirkskonferenz der drei Reichstagswahlkreise Neuh. 1., Neuh. 2. und Weimar III, betreffend die Unterstützung der Raiausgesperrten, stimmte die Generalversammlung zu.

Gemeindevahlerefolge.

Erfreuliche Erfolge bei den Gemeindevahleregebnissen im März errang die Sozialdemokratie in Regierungsbereich Magdeburg. Es wurden insgesamt 87 sozialdemokratische Gemeindevorteiler gewählt; und 25 Sige davon sind neu erobert. In zehn Gemeinden zieht zum erstenmal ein Sozialdemokrat in das Dorparlament ein. Die Stimmenszahlen, die unsere Genossen erreichten, waren überall hochbefriedigend. In einer Reihe von Orten machten die Bürgerlichen gar nicht erst den Versuch, den Sozialdemokraten den Sieg freitig zu machen. Interessant war die Wahl in Pöyren. Dort beteiligten sich unsere Genossen zum ersten Male und eroberten gleich zwei Sige mit 44 gegen 6 Stimmen. Dabei besteht in dem Orte noch nicht einmal ein sozialdemokratischer Verein; nur einige Genossen gehören einem Wahlverein in einem benachbarten Orte an. In einer ganzen Reihe von Orten haben unsere Genossen natürlich infolge der zahlreichen Wahlen die ganze dritte Abteilung im Besitz. Stellenweise wurden auch in der zweiten Klasse Sozialdemokraten gewählt. Interessant war die Beobachtung, daß in zahlreichen Fällen geübte Arbeiter sozialdemokratisch stimmten.

Von der deutschen Bewegung in Ungarn.

Das in Preßburg erscheinende Parteiblatt „Westungarische Volksstimme“ erscheint nunmehr dreimal wöchentlich. Es wird vom Genossen Heinrich G. Kaiman geleitet.

Deutsche Organisation in Italien.

Am alle nach Italien kommenden Arbeiter richtet der Deutsche Arbeiter-Bildungsverein Mailand die Bitte, sich ihm anzuschließen. Auskunft über die Verhältnisse in Mailand wird gern erteilt. Anfragen (beim Nachporto beizulegen ist) sind zu richten an Deutscher Arbeiter-Bildungsverein Mailand (Italien), Via Alfonso Lamarmora Nr. 44.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Mißhandlung des Vereingefesetz.

Das Ministerkomitee zu Gorbarg hat folgenden Bescheid von der Polizeidirektion bekommen: „Die Genehmigung der Veranstaltung eines Festzuges am 1. Mai d. J. wird verweigert. Der Festzug stellt sich als eine Demonstration gegen die heutige staatliche und wirtschaftliche Ordnung dar, die geeignet ist (sowohl grammatikalischer Schauer), in den der Sozialdemokratie abgeneigten Kreisen der Bevölkerung erheblichen Anstoß zu erregen. Es liegt die Möglichkeit nahe, daß es infolge des Festzuges zu Ausschreitungen kommt. Aus der Veranstaltung des Festzuges ist daher Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten. Demgemäß muß die Genehmigung verweigert werden.“

In Goltz, einem Industriestädtchen in der Gänaburger Heide, ist der Manifestzug dagegen genehmigt worden.

Jugendbewegung.

Literatur.

Im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI, erschien:

Ein Wort an die Arbeiterjugend. Von Karl Reichlich, Preis 10 Heller.

Die kleine Schrift legt in frischer, allgemeinverständlicher Weise die Notwendigkeit der Jugendbewegung und Jugendorganisation dar. Natürlicherweise beziehen sich ihre Ausführungen zumeist auf österreichische Verhältnisse, doch wird auch der in der deutschen Jugendbewegung Tätige sie mit Gewinn lesen.

Gewerkschaftliches.

Ueber „sozialdemokratische Tariftreue“.

— soll heißen Tarifuntreue — entrüsten sich wieder einmal die „Post“ und andere Unternehmerblätter. Das „Schiedsgericht und Tarifamt“ des Schneidergewerbes für Steglitz hat den Klägern eine Zuschrift geschickt, in der behauptet wird, daß die Schneidergesellschaften oder der Schneiderverband in Steglitz, Friedenau und einem Teile Schönebergs leichtfertig einen Streik vom Zaune gebrochen, und einen Tarifvertrag, der, weil nicht gekündigt, noch bis zum 29. April 1911 habe gelten sollen, gebrochen hätten. Der „Vorwärts“ hat den wirklichen Sachverhalt kürzlich schon im Bericht über die Lohnbewegungen der Schneider in Berlin und den Vororten kurz mitgeteilt. Im Jahre 1907 wurde zwischen einer Kommission der Schneidermeister und der Gehilfen ein Tarifvertrag abgeschlossen, der am 29. April desselben Jahres in Kraft trat. Ueber die Dauer des Vertrages ist nichts festgesetzt und ebenso wenig ist irgend welche Kündigungsfrist vereinbart worden. Wohl ist in der Kommission über eine Kündigungsfrist geredet worden, aber, wie das Protokoll der Verhandlungen ausweist, ohne daß in dieser Hinsicht irgend ein Ergebnis erzielt wurde. Auch ist damals gar nicht einmal festgestellt, welche Firmen den Tarif als bindend anerkannt hätten. Es liegen eben seitens der Arbeitgeber nur die Unterschriften der Kommissionsvertreter vor, im übrigen aber ist nicht einmal ein Verzeichnis der Vertragsfirmen aufgestellt worden. Die Zwangsbindung der übrigen auch Heimarbeiter angehörenden, die nebenbei Mitglieder des Schneiderverbandes sind, konnte natürlich als Tarifkontrahent nicht in Betracht kommen. Als nun in diesem Jahre die Gehilfenschaft die Meister ersuchte, den Berliner Tarif anzuerkennen, erhielten sie von dem stellvertretenden Obermeister Vogt eine ablehnende Antwort. Es wurde dann versucht, mit den einzelnen Arbeitgebern zu verhandeln; da aber auch das nichts fruchtete, wurde in einer Mitgliederversammlung die Arbeitsniederlegung beschlossen. Die Meister erlaubten sich dann zunächst bei dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsgerichts in Steglitz, ob hier nicht ein Tarifbruch vorliege, erhielten aber die Antwort, daß die Sache zweifelhaft sei, und daß sie sich lieber einigen sollten. Damit nicht zufrieden, holten sie bald darauf den Kreissekretär Lindner heran, und der erklärte nach Prüfung der Rechtslage, daß der Schneiderverband im Rechte sei und den Tarif nicht zu kündigen brauche. Es ist also von Leuten, die doch etwas von den Dingen verstehen, festgestellt, daß ein Tarifbruch nicht vorliegt, oder daß es mindestens zweifelhaft ist.

Der Streik hatte den Erfolg, daß alle Arbeitgeber bis auf 8, über deren Betriebe die Sperre verhängt wurde, den neuen Tarifvertrag anerkannten. Der Vorsitzende der Meisterkorporation hat nun nach der Zuschrift „erzürlichungsweise sofort ertrotzt, daß dem Verband der Schneider und Schneiderinnen durch eine schleunige Verfügung bei einer fiskalischen Strafe von 5000 M. für jeden Fall verboten wird, mündlich oder schriftlich oder sonst durch die Presse zu verkünden, daß hier ein Streik bestände und die Werkstätten der Schneidermeister gesperrt seien“. Tatsächlich ist eine Verfügung ergangen, aber es handelt sich natürlich nicht um 5000, sondern um 1500 M., und der Schneiderverband hat selbstverständlich gegen die Verfügung Einspruch erhoben, wie er überhaupt auch den weiteren Klagen der Schneidermeister in aller Ruhe entgegensteht.

Die Herren haben übrigens gar keinen Grund, sich also auf hohe Ferkel zu setzen. Der Innungsvorstand hat ein von dem stellvertretenden Obermeister Vogt und dem Schriftführer Schönert unterzeichnetes Schriftstück an die Mitglieder der Innung versandt, worin sie unter Strafandrohung aufgefordert werden, den neuen Tarifvertrag sofort wieder zu kündigen, so daß er am 1. Juli d. J. ablaufen sollte. Ganz abgesehen davon, daß dieses Verfahren der gesetzlichen Pflicht der Innung, für ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zu sorgen, widerspricht, liegt in dieser ebenso geschwindigen Strafandrohung auch ganz offenbar ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und gegen § 241 des Strafgesetzbuches. Die Herren werden jedenfalls nicht umhin können, sich wegen Rötigung usw. zu verantworten, wie sie sich auch auf eine Schadenersatzklage gefaßt machen können, wenn ihr gesetzwidriges Verfahren die Folgen haben sollte, daß Schneidergehilfen in Steglitz vom 1. Juli ab zu einem niedrigeren Tarif arbeiten müssen und so in ihrem Erwerb geschädigt werden. Allerdings sind es nur 4 Firmen, die idriecht genug waren, sich zur Kündigung des Tarifs nötigen und verleiten zu lassen, und die Zahl derer, die den Tarif anerkannt haben, ist 14.

In ihrer Zuschrift bedenken die Herren überdies noch einen ihrer Kollegen, den Schneidermeister Asche, der das größte Geschäft am Orte hat, mit einer Verurteilung. Sie schreiben von ihm, daß er „trotz ehrenwürdigen Versprechens die ungerechtfertigten Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt und auch sozialdemokratische Arbeiter, die von den Schneidermeistern ausgesperrt waren, in seinem Betriebe anstellte“. Asche habe bereits die Konsequenzen aus seinem Verhalten ziehen müssen und sein Amt als Kassierer der Schneiderinnung niedergelegt.

Tatsächlich liegt die Sache so, daß Herr Asche, als er den neuen Tarifvertrag anerkannte, nur das tat, wozu sich die anderen Meister schon bereit erklärt hatten, daß er also derjenige war, der den Anfang machte. Auch steht die Sache so, daß er gar nicht gezwungen worden ist, sein Kassieramt niederzulegen, und daß es nicht sein Verhalten, sondern das Verhalten des Innungsvorstandes war, was ihm zur Amtsniederlegung Veranlassung gab. Wenn Arbeiter so gegen einen anderen Arbeiter vorgehen würden, wie hier die Innungsschlichter gegen ihren Vorstandskollegen Asche, da würde sicherlich der Staatsanwalt sie bald zu vaden kriegen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß in der Zuschrift von 40 bis 50 Proz. Lohnerhöhung die Rede ist, die die Arbeiter gefordert haben sollen. Es sind in Wirklichkeit rund 10 Proz. Lohnerhöhung, die die Firmen zu zahlen haben, die sich mit dem Schneiderverband einigten, und daß der Berliner Tarif für einen so naheliegenden Vorort wie Steglitz gelten soll, ist ja auch an sich schon kein unbilliges Verlangen.

Berlin und Umgegend.

Die Aktienmacher hatten sich am Montag in einer stark besuchten Versammlung nach einem Vortrag des Kollegen Langhammer mit dem Streik der Pflugradt zu beschäftigen. Schon im Winter brachen in diesem Betriebe Differenzen aus wegen zahlreicher Entlassungen. Der eine Inhaber hat nämlich das Bestreben, in seiner Werkstätte die gelbe Gewerkschaft einzunehmen. Doch wird es wohl bei diesem Bestreben bleiben, da die Verhältnisse in diesem Betriebe keinen günstigen Boden für eine gelbe Gründung bilden. Der Herr will nun versuchen, mit den einzelnen Arbeitern Sonderverträge abzuschließen. Eine weitere Ursache des Streiks ist in dem Verhalten einiger Auskollegen zu suchen, aus dem sich Differenzen ergaben, die die jetzige Situation herbeiführten. Diese 4 Mann blieben in der Werkstätte, zu denen sich noch nachträglich andere Arbeitswillige gesellten. Wie in der Debatte zum Ausdruck kam, hatte die Firma schon immer versucht, ihren Betrieb „verbandsrein“ zu machen. Zwei der Arbeitswilligen sollen mit Neuboln ausgearbeitet sein. Die Polizei läßt der Firma ausgedehnten „Schutz“ zuteil werden. Streikposten werden listiert.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der eine Inhaber, der sonst auf den Gruß seiner Arbeiter nicht einmal zu danken geruht, begleitet jetzt in höchst eigener Person die „Stützen“ seines Betriebes auf dem Wege hin und von der Werkstätte. In Anbetracht der ganzen Sachlage beschloß die Versammlung, den Streik abzubringen.

Achtung, Sattler! Die Differenzen in der Treibriemensfabrik von Ernst Schulz, Ludauer Straße 11, konnten durch Vergleichsverhandlungen beigelegt werden. Der Streik bei genannter Firma ist damit aufgehoben.

Gesperrt sind dagegen noch immer die Betriebe von Schwarz u. Co., Witte, Gohlert u. Co., Franz Diesener und Aug. Rüd. Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliers.

Achtung, Maler!

Ueber die Bauten der Firma Peter-Friedenau, Wiesbadener Straße 9, Berlin, Uferstr. 3a, und Reinickendorf, Thuner, Ecke Holländer Straße, ist wegen Lohn Differenzen die Sperre verhängt. Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw., Billale Berlin.

Deutsches Reich.

Die Württer in Guben haben an die Unternehmer Forde-Inhaber der Gubener Export-Apfelweinkellerei E. Poetko in Firma Ferd. Poetko lehnte das Verlangen der Arbeiter, die Firma Ferd. Poetko lehnte das Verlangen der Arbeiter, die bisher sehr geringen Löhne von 16,50 M. bis 17 M. aufzubessern, ab, und er hielt das Anstreichen der Organisation für einen Eingriff in seine Betriebsverhältnisse. Einem bei ihm seit Jahren beschäftigten Württer schickte er per Eilbrief seine Entlassung, in der es hieß:

„Um Ihren Lohnverbesserungsbestrebungen nicht im Wege zu stehen, verzichte ich auf Ihre ferneren Dienste und überreiche Ihnen einliegend Ihre Invalidenkarte, Krankenkarte und Entlassung.“

Vorpostengefächte!

Eine große Anzahl Baugeschäfte der Städte Bochum, Welsenkirchen, Witten, Wattenscheid und einiger anderer Orte haben ihre Bauarbeiter — nicht die Poliere — auf den 15. resp. den 16. April gekündigt.

In Heidelberg ist den Maurern, Hilfsarbeitern und Gipsern die Kündigung zugestellt. Betroffen sind von der Kündigung circa 700 Mann.

In den Unterweserorten ist den Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern am Sonnabend, den 2. April, auf den 15. gekündigt worden.

Ein neues Sudelflugblatt.

Gegen den Vorstand des Vergarbeiterverbandes ist jetzt wieder ein neues Sudelflugblatt von den zwei ausgeschlossenen Mitgliedern herausgegeben worden. Der Hauptwurf richtet sich dagegen, daß einige Mädchen in geeigneten Umständen in der Druckerei und Buchbinderei des Verbandes beschäftigt gewesen sind. Ferner sollen Schwiigeröhne der Vorstandsmitglieder sowie Töchter derselben bei Arbeitsgelegenheiten bevorzugt worden sein. Die Tatsache, daß Zeichenbeamte zuerst das Flugblatt im Besitz hatten, läßt tief blicken. Hergestellt ist es in einer christlichen Druckerei. Wer die Druckkosten gezahlt hat — die beiden Herausgeber sind bettelarm —, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Die Bildhauer der Firma Kopka in Herford haben am Sonnabend wegen Nichtinhaltens des vor 14 Tagen abgeschlossenen Tarifs die Arbeit niedergelegt.

Die Bildhauer bei Busemann-Herford, Lette u. Pothhoff, Bielefeld und Stengel-Winden erklärten sich mit ihren Kollegen solidarisch und legten Montag ebenfalls die Arbeit nieder, da die Firma Kopka Arbeit an diese Meister abgegeben hat. Zugang von Bildhauern nach diesen Orten ist zu vermeiden.

Der Hilfsarbeiterstreik in den Porzellanfabriken zu Meißner ist beendet.

Schutz den Arbeitswilligen.

Dem Schöffengericht in Meißner wurden Freitag drei Streikfänger und der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes Grohmann wegen Arbeitswilligen-Belästigung zur Verurteilung. Sie sollen während des Streiks der Töpferei-Hilfsarbeiter Arbeitswillige bedroht haben. Grohmann und ein Streikender wurden zu je 14 Tagen Gefängnis, die anderen beiden zu je 8 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Gipser und Stukkateure in Nälhausen i. G. haben am Montagvormittag die Arbeit eingestellt, da die Unternehmer seit Monaten hartnäckig jedes Entgegenkommen in den schwebenden Lohnverhandlungen verweigerten und letzte Woche sogar mit Aussperrung drohten. Der Streikbeschluss wurde einstimmig in zwei Versammlungen sowohl von den frei- wie den christlich-organisierten Arbeitern der Branche gefaßt. Im Auslande stehen circa 100 Mann.

In Karlsruhe sind am Sonnabend die Gipser und Stukkateure ausgesperrt worden, weil sie auf die Forderungen der Unternehmer nicht eingingen. Es dürften 40 bis 50 in Frage kommen.

Der irrende Staatsanwalt.

Zwischen zwei im Deutschen Maurerverband organisierten Maurern und einem christlich organisierten kam es in Augsburg vor einiger Zeit zu einem Streite, der auf dem Heimwege zu Tätlichkeiten ausartete. Der christliche Maurer, der die beiden anderen durch Ausdrücke wie „Schandkerle“ schwer gereizt hatte, erhielt dabei eine unbedeutende Verletzung im Gesicht. Auf erstattete Anzeige hin wurde auch der eine der Täter zu 14 Tagen, der andere zu der hohen Strafe von zwei Monaten drei Tagen Gefängnis verurteilt.

In der Berufungsinstanz vor dem Landgericht Augsburg gab sich nun der Staatsanwalt die größte Mühe, dem an sich unbedeutenden Vorfall einen politischen Hintergrund zu geben, obwohl nicht die geringste Veranlassung hierzu vorlag. Dabei verstieg sich der Staatsanwalt zu der Ansicht, daß der Ausdruck „Schandkerle“, den der Christliche den beiden organisierten Maurern gegenüber gebraucht hatte, nach dem Vorausgegangenen „vollauf berechtigt“ gewesen sei.

Daß ein Staatsanwalt eine strafbare Handlung — als eine solche, als eine Beleidigung ist der Ausdruck unter allen Umständen zu betrachten — als „vollauf berechtigt“ erklärt, ist ein Beweis, daß auch ein berufsmäßig „objektiver Beurteiler“ nicht immer die ruhige Besonnenheit bewahrt, wenn es sich, wenn auch nur vermeintlich, um politische Gegensätze handelt. Die Berufung der Angeklagten wurde verworfen.

Die Schneider in Nälhausen i. G. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zugang ist fernzuhalten.

Ausland.

Streik der französischen Seeleute.

Aus Marseille wird gemeldet: Infolge eines von Syndikat der eingeschriebenen Seeleute erlassenen Streikaufrufes haben die Mannschaften der Fahrzeuge sämtlicher Dampfergesellschaften die Schiffe verlassen. Der Aufruf des Syndikats ermahnt die Seeleute, solange im Streik zu verharren, als die Maßnahmen gegen die Heizer der „Muluja“ aufrechterhalten bleiben. Da das Auslaufen keines Dampfers sichergestellt werden kann, beginnt die Compagnie Transatlantique, die Ueberfahrtspreise zurückzugahlen.

Der Streik und seine Ursache kam auch im französischen Senat zur Sprache. In der Debatte über das Marinebudget äußerte Plaisiérés sein Bedauern über die in Marseille gestern erfolgte Verhaftung von 12 Heizern des Dampfers „Muluja“ Unterstaatssekretär Chéron erwiderte, er sei entschlossen, der Disziplin in der Handelsmarine Geltung zu verschaffen. Die Heizer der „Muluja“ hätten im Augenblick der Abfahrt des Schiffes ihre Arbeit verlassen. Eine solche Handlungsweise könne nicht geduldet werden. Sie seien deshalb dem Gesetz entsprechend verfolgt worden. Die eingeschriebenen Seeleute hätten darauf einen Aufruf von 24 Stunden verfaßt und erklärt, daß man zum Generalstreik übergehen werde, wenn gegen die Heizer vorgegangen würde. Die Regierung habe nicht nachgeben können und die Heizer verhaften lassen. Der Unterstaatssekretär erklärte schließlich, er werde sich nach Marseille begeben, um zu verhindern, daß die ordentlichen Elemente einigen Rädelsführern folgten. Das Gesetz werde Anwendung finden.

Ministerpräsident Briand, Marineminister Soué de Laperrère und der Unterstaatssekretär im Marineministerium Chéron traten zu einer Konferenz zusammen, in der sie über Maßnahmen berieten, um den öffentlichen Dienst, die Beförderung von leichtverderblichen Waren und von Postagieren sicher zu stellen. Sie beschloßen, gegebenenfalls die schärfsten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um dem Konflikt ein Ende zu machen. Geplant ist u. a. die Indienststellung von Kriegsschiffen. Unterstaatssekretär Chéron ist nach Marseille abgereist.

Wie aus Marseille gemeldet wird, haben die eingeschriebenen Seeleute die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen, bis die verhafteten Seeleute der „Muluja“ in Freiheit gesetzt, die ungeschehenen Klagen der Kapitäne zurückgezogen und die bei einzelnen Gesellschaften beschäftigten farbigen Matrosen entlassen würden. — In Toulon haben die eingeschriebenen Seeleute ebenfalls den Ausstand verhängt.

Der Generalstreik in Philadelphia

hat zum Siege geführt. Nach langwierigen Verhandlungen, in denen der Vermittler, der republikanische Bundes Senator Penrose, seine ganze Energie für eine Beilegung des Streites zwischen der Straßenbahngesellschaft und ihrem Fahrpersonal einsetzte, gab die Gesellschaft auf der ganzen Linie nach. Die Organisation wurde anerkannt und ein Besonderekomitee zugestanden: zwei Punkte, die vorher „grundsätzlich“ abgelehnt worden waren. Die Lohnerhöhung (23 Cts. Stundenlohn jetzt, 23 1/2 vom 1. Juni an, statt 22 bzw. 23 Cts.) wurde bewilligt. Ueber die Wiedereinstellung der vor Ausbruch des Streiks entlassenen Angestellten entscheidet ein Schiedsgericht. Die Ausständigen werden bis spätestens in zwei Monaten wieder eingestellt und erhalten bis dahin zwei Dollar Tagegeld. Damit ist der geplante Generalausstand für den ganzen Staat Pennsylvania gegenstandslos geworden.

Der Eifer des republikanischen Senators entpuppte politischen Bestürzungen. Der Anshauungsunterricht über das Wesen des Kapitalismus und seiner Behörden, insbesondere das Eingreifen der „Kofalen“, einer aus den verwegenen Elementen zusammengesetzten bewaffneten Garde, die mit furchtbarer Brutalität gegen die Streikenden und die mit ihnen sympathisierenden Arbeitermassen vorging, trug überaus viel bei zur Aufklärung der organisierten Arbeiter, die ohnehin durch die Schlag auf Schlag folgenden Ereignisse aus ihrer Lethargie aufgerüttelt wurden. Ueberall erscholl der Ruf nach Arbeiterpolitik. Am 19. März, dem Tage vor Beendigung des Kampfes, sprach Genosse Debs in einer Massenversammlung von 3000 Personen. Er erzählte, daß man ihn für den Fall der „Aufregung“ mit Wortentziehung bedroht habe, läßt aber dennoch schärfste Kritik an dem Vorgehen des Mayors, des Polizeichefs, und des anderen Hauptgefeindes der Stadt. Seine Aufforderung, bis zur Entscheidung im Sympathiestreik zu verharren, wurde enthusiastisch aufgenommen.

Wohes Blut unter den deutschen Gewerkschaften, die den Streik mit aller Kraft geführt haben, hat das Verhalten des Brauerverbandes gemacht, der aus Rücksicht auf ihren geltenden Tarifvertrag es ablehnte, sich an dem Generalstreik zu beteiligen. Man warf ihnen vor, daß sie mit Hilfe der übrigen Arbeiter ihre Lage verbessert hätten, nun aber sich weigerten, Gegendienste zu leisten. Sie erklärten demgegenüber, daß ihr Eingreifen nutzlos gewesen wäre, ihnen aber viel Schaden gebracht haben würde. Der Generalstreik sei unüberlegt und für einen politischen Zweck verhängt worden. Das ist der konterbative Unionsstandpunkt in Reinkultur, leider durch eine deutsche Organisation vertreten. Die Verhandlung hat sogar Polizeihilfe in Anspruch genommen, um eine Frau Lereje Quittano, Mitglied der sozialistischen Partei und Vertreterin des sozialdemokratischen Frauenvereins und der vereinigten deutschen Gewerkschaften aus einer Versammlung entfernen zu lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Betrüben.

Paris, 5. April. (W. T. W.) Im Senat führte bei der Beratung des Gesekentouris, durch den die Regierung ermächtigt wird, in diesem Jahre zwei Panzerschiffe auf Stapel zu legen, Destournelles de Constant aus, es sei nicht wise, sich in eine Operation einzulassen, die das Budget noch weiter belasten würde, ohne daß man die Gewißheit habe, daß die gebrauchten Opfer nützlich seien, als die seit 40 Jahren verbrauchten Millarden. Der Marineminister erwiderte, es handle sich gegenwärtig nicht um das Mottenprogramm, es handle sich augenblicklich darum, der Marine die Mittel zu geben für den Ersatz der beiden ältesten Panzerschiffe. Frankreich habe nur 16 Panzerschiffe, von denen 9 veraltet seien. Das genüge nicht für die Sicherheit des Landes. In Wirklichkeit müßten nicht zwei, sondern drei oder vier Panzerschiffe angefordert werden. (Beifall.) Im Namen der Finanzkommission ersuchte Monis, dem Gesekentouris zuzustimmen. Die geplanten Schiffe seien beinahe allen ausländischen überlegen.

Hieraus sprachen noch einige Redner für den Gesekentwurf, und nachdem Plaisiérés den Wunsch ausgesprochen hatte, Frankreich möge die Initiative zur Abrüstung ergreifen, wurde der Gesekentwurf einstimmig angenommen.

Die Gehaltsfrage des französischen Bahnpersonals.

Paris, 5. April. (W. T. W.) Die Deputiertenkammer, die heute die Debatte über die Interpellation betreffend die Lage der Eisenbahnbeamten fortsetzte, nahm eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie dem Bahnpersonal die hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, der Gehälter und der Pensionen geforderten Verbesserungen verschaffen werde.

Die Tätigkeit des Aetna.

Catania, 5. April. (W. T. W.) Letzte Nacht erfolgte ein heftiges Anwachsen der Eruptionsercheinungen am Aetna. Einer der ausgetretenen Lavaströme bewegte sich mit 10 Meter Stunden-Geschwindigkeit vorwärts und ist nur noch 250 Meter von der Straße nach Verreles und Nicolosi entfernt. Andere Lavaströme rüden mit geringerer Geschwindigkeit vorwärts.

Zum Aufbruch in Albanien.

Saloniki, 5. April. (W. T. W.) Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, haben sich die Arnavuten von Prishtina dahin geeinigt, keine Steuern zu entrichten und sich bei Pelava in der Nähe von Prishtina konzentriert. Scheftel Pascha befehlt alle Vorkämpfer zu energischem Vorgehen. Die Regierung ist gesonnen, auzerste Sirenges anzuwenden.

Der Aufmarsch der deutschen Bauarbeiter.

Der gemeinsame Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Gestern vormittag versammelten sich die Delegierten der Maurer und der Bauhilfsarbeiter im großen Saale des Gewerkschaftshauses, um auf einem gemeinsamen Verbandstage weiter über die Lage zu beraten und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Das Bureau des Verbandstages bilden dieselben Personen, die den gemeinsamen Verbandstag in Leipzig leiteten, der bekanntlich über die Verschmelzung der beiden Verbände beschloß.

Das Referat hält Bömelburg: Er bespricht den Entwurf der Unternehmer und führt dann aus: Man wird in den nächsten Tagen die Frage aufwerfen, wer schuld ist, daß der Kampf entbrannte, und die Arbeitgeber werden sagen, die Arbeiter haben den Krieg vom Baum gebrochen; die bürgerliche reaktionäre Presse wird dasselbe sagen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Arbeiter nicht einen einzigen Antrag gestellt haben, der zum Kriege führen muß. Die fristigen Punkte bestehen lediglich in den Forderungen der Arbeitgeber. Wenn die Unternehmer sagen, die Arbeiter seien schuld an dem Kampfe, so handeln sie nach der Moral der Begehrer: „Hättest du mir deine Börse gegeben, so hätte ich dich nicht totgeschlagen!“ — Wir werden den Kampf aufnehmen, sagte der Redner zum Schluß, müssen ihn aufnehmen, und weil es die Unternehmer so wollen, werden wir sagen: Pardon wird nicht gegeben. Auf der Waise werden wir den Kampf führen, um unsere Interessen, um die Interessen des arbeitenden Volkes zu schützen.

Die Ausführungen des Referenten wurden von dem Verbandstage mit allgemeinem lebhaften Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen Frühstückspause wurde ein Telegramm bekanntgegeben, wonach in Nürnberg 900 Bauarbeiter, darunter 300 Maurer, plötzlich entlassen sind. Der Nürnberger Arbeiterverband hat es also so eilig mit seiner Aussperrung gehabt, daß er deswegen Tarifbruch beging.

Wie schon im Laufe des Referats immer wieder in Zwischenrufen und Beifallsäußerungen spontan hervorgetreten war, so bewies auch die Diskussion, die nun einsetzte, in ihrem ganzen Verlauf, daß die Bauarbeiterschaft Deutschlands nirgendwo gelommen ist, sich den unverschämten Anträgen des Unternehmertums zu fügen. Aus allen Ecken des Reichs, aus Nord-, aus Süd-, aus Ost- und Westdeutschland meldeten die Delegierten, sowohl die Maurer als auch die Hilfsarbeiter, wie die ganze Bauarbeiterschaft einmütig und mit Entrüstung die Zumutungen des Unternehmertums zurückweist und bereit ist, den unermesslichen Kampf mit voller Kraft aufzunehmen und bis ans Ende durchzuführen. Dieser Gedanke beherrschte die ganze Diskussion, die sich bis in die Nachmittagsstunde 1/2 Uhr erstreckte.

Danach wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Verbandstage der Zentralverbände der Maurer und baugetwerlichen Hilfsarbeiter Deutschlands dokumentieren aufs neue und in vollster Einmütigkeit mit der Gesamtheit der Mitglieder, daß sie unerschütterlich festhalten an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge. Die Zentralverbände bezeichnen sich damit zu wiederholten Malen zu friedlich-schiedlichen Verhandlungen mit den Organisationen der baugetwerlichen Unternehmer, um auf dem Boden uneinseitiger Parität einen gerechten Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeiter und Unternehmer herbeiführen zu helfen.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen Erklärung müssen die Verbandstage es jedoch ablehnen, auf Grund der vorliegenden Anträge des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe weiter zu verhandeln, da es ein völlig unfruchtbares Beginnen wäre, Tarifverträge durchzuführen, die das Vertragsmuster des Arbeitgeberbundes als Grundlage haben.

Inbesondere lehnen es die Verbandstage ab, daß die Tarifverträge abgeschlossen werden zwischen den Zentralverbänden der Organisationen. Träger der Tarife müssen wie bisher die örtlichen Organisationen sein, denn diese sind es, die den Vertrag in allen Stücken und in erster Linie durchzuführen haben. Den Zentralverbänden bleibt die Aufgabe, die Durchführung der Tarife zu überwachen, Konflikte, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, vorzubeugen und die verbleibenden Differenzpunkte letzten Endes zu schlichten.

Ebenfalls müssen die Verbandstage es ablehnen, in einem Vertragsmuster Durchschnitts- oder Staffellohne festzusetzen. Völlig unannehmbar für die Zentralverbände ist auch jede einschränkende Bestimmung bei der Lohnfestsetzung, soweit nicht alte, invalide und jugendliche Arbeiter in Betracht kommen.

Völlig undiskutierbar sind für die Verbandstage die Forderungen des Arbeitgeberbundes betreffend Akkordarbeit und Arbeitsnachweise.

Die Verbandstage legen Wert darauf, festzustellen, daß sie in der Frage der Akkordarbeit keine Abänderungen des gegenwärtigen Zustandes anstreben, ihre Regelung vielmehr den örtlichen Organisationen zuweisen. Dagegen werden die Zentralverbände niemals einer Regelung der Akkordarbeit in dem Sinne zustimmen, wie sie der Arbeitgeberbund fordert, wonach den Arbeiterorganisationen jeder Einfluß auf die Akkordarbeit, insbesondere auch auf die zu zahlenden Löhne, genommen werden soll.

Der Zweck der von dem Arbeitgeberbund geforderten Arbeitsnachweise ist durch die Führer des Bundes selbst so klar gekennzeichnet, daß sie auch ohne die praktische Erfahrung der Arbeiter als Mahregelungsbureau bekannt sind. Die Zentralverbände haben längst erkannt, daß mindestens in den Großstädten die Arbeitsvermittlung einer Regelung bedarf. Dies kann jedoch nur auf dem Boden vollster Parität geschehen, und die Zentralverbände erklären sich zu wiederholten Malen bereit, gemeinsam mit den Unternehmerorganisationen an die Lösung dieser Aufgabe heranzutreten.

Schließlich müssen die Verbandstage unter allen Umständen darauf bestehen, daß der Arbeitgeberbund seine zwar außerhalb des Vertragsmusters, aber damit im Zusammenhang stehenden Beschlüsse über Lohnhöhe und Arbeitszeit aufhebt. Den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter ist es unmöglich, Verträge einzugehen oder überhaupt über ein Vertragsmuster zu verhandeln, wenn nicht zuvor die Bahn frei gemacht ist für die Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden, zunächst in den großstädtischen Arbeitsgebieten, wo es eine unabweisbare Notwendigkeit ist, und wenn ferner nicht eine vorherige Verständigung darüber erzielt wird, daß die Löhne den teuren Lebensverhältnissen entsprechend aufgebessert werden sollen.

Die Verbandstage der Maurer und baugetwerlichen Hilfsarbeiter Deutschlands wiederholen, daß sie gern bereit sind, einen vertraglichen Zustand herbeizuführen und für den Frieden im Baugewerbe eine dauerhafte Grundlage schaffen zu helfen, sie können das aber nur, wenn der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seine der Parität hart ins Gesicht schlagenden Forderungen fallen läßt und sich wie die Zentralverbände zu der Tarifidee bekennet, die eine notwendige Vorbedingung für Tarifverträge ist.

Als der Vorsitzende die Einstimmigkeit dieses Beschlusses feststellte, ertollten laute Bravorufe.

Inzwischen wurden die

Delegiertenwahlen zum außerordentlichen Gewerkschaftskongreß, der voraussichtlich am 25. April zusammentritt, vollzogen, nachdem man sich damit einverstanden erklärt hatte, daß dies ausnahmsweise auf dem Verbandstage geschehen sollte, um mit Rücksicht auf die große Lohnbewegung, die alle verfügbare Zeit und Kraft in Anspruch nehmen wird, die Jahrestellen nicht damit zu belasten.

Hierauf kommen die

außergewöhnlichen Maßnahmen für die Lohnbewegung zur Abstimmung. Die gedruckte Vorlage wird ohne Diskussion einstimmig angenommen. Sie enthält zunächst Vorschriften über Mitgliederlegitimation und Mitgliederverzeichnis, dann über die Beitragsleistung usw. Alle Mitglieder des Verbandes, die während der Lohnbewegung im Baugewerbe arbeiten, sind verpflichtet, neben dem regelmäßigen Verbandsbeitrag und den örtlichen Zuschlägen einen besonderen Streikbeitrag zu leisten, der pro Tag je nach der Höhe des Stundenlohnes 10 Pf. bis zu 1 M. beträgt. Für die Streikunterstützung, die nur an Mitglieder, aber auch an solche gezahlt wird, die erst während der Bewegung dem Verbandsbeitritt und bis zum 1. April ihre Beiträge nachzahlen, ist eine 14tägige Karenzzeit festgesetzt. Für die ersten 14 Tage des Kampfes wird also keine Unterstützung gezahlt, auch nicht aus örtlichen Mitteln.

Nach Erledigung dieses Punktes wird bekanntgegeben, daß die Beamten beider Verbände sämtlich für die ersten 14 Tage auf ihr Gehalt verzichten und für die weitere Dauer des Kampfes 25 Proz. ihres Lohnes als Streikbeitrag zahlen.

Sodann wird auf Vorschlag des „Grundstein“-Redakteurs Winnig einstimmig eine Resolution angenommen, die es den Mitgliedern beider Verbände nicht nur zur Pflicht macht, sich gemäß den Beschlüssen des Leipziger Parteitag des Schnapsgegusses zu enthalten, sondern auch während der ganzen Lohnbewegung überhaupt

keine alkoholischen Getränke zu sich zu nehmen.

In den Lokalen, wo die Mitglieder sich zur Kontrolle zu melden haben, soll allortorts dafür gesorgt werden, daß keinerlei Zwang besteht.

Bömelburg gibt bekannt, daß die Vorstände aller vier in Betracht kommenden Verbände beschlossen haben, daß während der Bewegung keinerlei Lebertritte von der einen Organisation in die andere zulässig sind. — Es wird von allen übrigen Verbänden, die Bauarbeiter in ihrer Mitte haben, erwartet, daß sie diese in Bezug auf Unterstützung und Karenzzeit ebenso behandeln, wie es hier beschlossen ist; und ebenso wird erwartet, daß diese Verbände keine Mitglieder aus den Bauarbeiterverbänden aufnehmen, es sei denn, daß tatsächlich Berufswechsel vorliegt. Der Redner erklärt ferner, daß wenn nun, wie vielleicht voranzusehen ist, von dritter Seite Verhandlungen angebahnt werden, die Arbeiterorganisationen nur unter der Bedingung darauf eingehen können, daß vorher die Unternehmer erklären, daß sie ihre Anträge zurückziehen. Die Unternehmer sind die Angreifer und sie haben deshalb auch die Verpflichtung, zu sorgen, daß es möglich wird, den Frieden im Baugewerbe wieder herzustellen. Wenn wir uns aber in einem Orte auf für uns annehmbare Grundlage einigen können, werden wir dazu bereit sein.

Die Einmütigkeit, wie sie bei uns auf dem Verbandstage zutage trat, sagt der Redner in seinem Schlußwort, herrscht ebenso auch bei den anderen Organisationen. Wir können konstatieren, daß es und gelungen ist, die vier Organisationen einmütig zusammenzubringen. Auch unter den Vorständen herrscht darüber nur eine Meinung, daß es ein Jurak in diesem Kampfe für uns nicht geben kann. Für die gesamte Bauarbeiterschaft muß nun der Rüstschwur gelten:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr.

Mit begeisterten Hochrufen auf die Bewegung und auf die Einmütigkeit der Bauarbeiterschaft wurde der Verbandstag um 8 Uhr geschlossen.

Der Gesang der Arbeitermarxistens durchbrauste den Saal, bevor man voneinander Abschied nahm.

Verbandstag der Zimmerer.

Nachdem für die Verhandlungen die Öffentlichkeit wieder hergestellt war, gab der Verbandsvorsitzende Schrader-Hamburg eine zusammenfassende Darstellung dessen, was in der nicht öffentlichen Sitzung beraten und festgestellt worden ist. Er sagte unter anderem: Es herrschte vollkommene Einmütigkeit darüber, daß die Zumutungen der Unternehmer mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen. Der Bund der Arbeitgeber hat uns seine Dresdener Beschlüsse mitgeteilt. Als Antwort darauf schlagen wir eine Resolution vor und erwarten, daß sie von der Generalversammlung einstimmig angenommen wird.

Wir werden dafür sorgen, daß unser Kampf dann erst recht beginnt, wenn die Unternehmer glauben, unsere Mittel seien zu Ende. Wir schlagen deshalb eine Reihe außerordentlicher Maßnahmen vor, welche an Stelle des Streikreglements treten sollen. Wenn diese Vorschläge angenommen werden, dann sind wir in der Lage, den Kampf nicht nur Wochen, sondern Monate auszuhalten. Die Angreifer unseres Verbandes haben beschlossen, für die Zeit des Kampfes die Hälfte ihres Gehalts an die Verbandskasse zurückzugeben. Wenn auch dadurch keine große Stärkung des Kampffonds eintritt, so haben die Betroffenen doch zum Ausdruck gebracht, daß sie nach Kräften Opfer für den Kampf bringen wollen. (Bravo.) Es wird erwartet, daß unsere Mitglieder, welche nicht im Verbandslokal, sondern anderweitig angestellt sind, sich ebenso opferwillig zeigen wie die Verbandsgestellten.

Nach Schrader sprach noch Krosowski-Berlin. Dann wurde einstimmig beschlossen, auf jede weitere Diskussion zu verzichten und den Unternehmern die Antwort auf ihre Herausforderung der Arbeiter zu erteilen.

Einstimmig wurde die von Schrader vorgeschlagene Resolution und ebenso einstimmig wurden die „außerordentlichen Maßnahmen“ angenommen. Lebhafter Beifall begrüßte das Abstimmungsergebnis.

Die Resolution lautet:
Die am 4. und 5. April in Berlin tagende außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands nimmt von der offiziellen Mitteilung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die Tarifbewegung betreffend, Kenntnis.

Die Generalversammlung erklärt hierzu, daß die Zimmerer Deutschlands nach wie vor auf dem Boden der Tarifidee stehen und auch bereit sind, für die Zukunft Tarifverträge abzuschließen, wenn die hierzu erforderlichen Vorbedingungen erfüllt sind und die bisherigen Grundlagen des Tarifvertrages beibehalten werden, das sind:

1. Volle Parität in allen Fragen, die der tariflichen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation unterliegen.
2. Uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Organisationen über Inhalt, Annahme und Ablehnung der Tarifverträge.

Nach den Beschlüssen, die der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe auf seiner außerordentlichen Generalversammlung in

Dresden gefaßt hat, will derselbe die Grundlagen der Tarifverträge verlassen und sie gewaltsam in andere Bahnen drängen, um sich für alle Zukunft die unbedingte Herrschaft über die Arbeiter und deren Organisationen zu sichern. Zu diesem Zwecke fordert derselbe:

1. Den Abschluß der Tarifverträge für alle in Frage kommenden Orte durch die Zentralverbände.
2. Die Einführung von Staffel- und Durchschnittslohnen.
3. Die Anerkennung und Sicherung der Akkordarbeit durch die Arbeitnehmerorganisationen, unter einseitiger Festsetzung der Akkordpreise durch die Unternehmer.
4. Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter auf den Bau- und Arbeitsstellen.
5. Jegliche Verschleierung der Arbeitnehmer auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, auch dort, wo die Verhältnisse eine solche bedingen.
6. Anerkennung der von den Arbeitgebervereinigungen einseitig eingerichteten und noch einzurichtenden Arbeitsnachweise.

Diesen Bestrebungen des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe müssen und werden die Zimmerer Deutschlands den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, um so mehr, als das Vorgehen des Arbeitgeberbundes in letzter Linie darauf hinausläuft, hinsichtlich der Lebenshaltung der Arbeiter nicht nur jeden Fortschritt zu unterbinden, sondern sie in ihren Existenzbedingungen herabzudrücken.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands lehnt deshalb das Ansuchen des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe mit aller Entschiedenheit ab.

Der hauptsächlichste Inhalt der beschlossenen außerordentlichen Maßnahmen

ist folgender:

Die statutarischen Bestimmungen des Streikreglements werden während der bevorstehenden Bewegung außer Kraft gesetzt. Jedes Mitglied, ohne Ausnahme, erhält eine Streikkontrollkarte, die zum Einleiben der Extramarke und in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch für das Jahr 1910 als Legitimation dient. Für die bevorstehende Bewegung gilt in allen Fällen eine Karenzzeit von zwei Wochen. Während dieser Zeit wird Unterstützung weder aus der Zentralkasse noch aus lokalen Mitteln gewährt. Unterstützung, auch Arbeitsunterstützung, wird erst vom dreizehnten Bodentage an gezahlt. Ihre Höhe richtet sich (wie schon das Streikreglement des Statuts bestimmt) nach dem Stande der Kasse aus der Zahl der zu unterstützenden. Auch nach dem Ablauf der Karenzzeit dürfen Zuschüsse aus lokalen Mitteln zu den aus der Zentralkasse geleisteten Unterstützungen ein Fünftel der statutarischen Unterstützungssätze nicht übersteigen. Ledige Mitglieder, die nur für ihren eigenen Unterhalt zu sorgen haben, erhalten eine um 30 Pf. pro Tag geringere Unterstützung wie verheiratete. Die Familien der verheirateten Mitglieder, die den Aussperrungsort verlassen und an einem anderen Orte arbeiten, wo der Lohn nicht höher ist als am Orte der Aussperrung, erhalten die im Streikreglement vorgezeichnete Familienunterstützung. Mitglieder, die während der Bewegung neu eintreten, haben die regelmäßigen Verbandsbeiträge sowie auch alle Extrabeiträge vom 1. April ab nachzugeben. Sie erhalten in allen Beitragsklassen nur drei Viertel der festgesetzten Unterstützung. Nur an solche Mitglieder, deren Mitgliedsbuch und Streikkarte vollständig in Ordnung sind, wird Unterstützung gezahlt. Laufende Beiträge sind von der Unterstützung in Abzug zu bringen. Vom 18. April ab haben alle in Arbeit stehenden Mitglieder einen

Extrabeitrag

zu leisten, der durch Marken quittiert wird. Die Höhe desselben richtet sich nach dem Lohnsatz. Sie ist in einer Tabelle festgesetzt, welche mit einem Extrabeitrag von 10 Pf. pro Tag bei einem Stundenlohn von 30 Pf. beginnt. Der Extrabeitrag steigt progressiv mit dem Lohn und beträgt in der höchsten Klasse 1 M. pro Tag bei einem Stundenlohn von 71 Pf. und darüber.

Damit sind die Verhandlungen des Verbandstages erledigt.

Der Vorsitzende Schrader erinnerte in seiner Schlußrede an die Einmütigkeit, welche die Beratungen und Beschlüsse der Generalversammlung beherrschte, und schloß mit einem Hoch auf den Verband und die erfolgreiche Durchführung des bevorstehenden Kampfes.

Verbandstag der christlichen Banarbeiter.

Am Dienstagmorgens trat der Kongreß wieder in die öffentliche Verhandlung ein. Wiedberg-Berlin berichtete über die geschlossenen Sitzungen und begründete die inzwischen ausgearbeitete Resolution. Die Resolution soll zum Ausdruck bringen, daß der Verband nach wie vor auf dem Boden der Tarifverträge steht und schließt sich in der Kritik des Unternehmertums so eng an die Resolution der freigewerkschaftlichen Organisationen der Maurer und Bauarbeiter an, daß wir glauben, auf ihre wertvolle Wiedergabe verzichten zu können. Nach Begründung dieser Resolution schloß der Redner: „Kollegen! In dieser Stunde fassen die anderen Verbände derselben Beschlüsse wie wir. Vollen die Herren den Kampf, gut, wir sind bereit!“ (Stürmischer Beifall.)

Der nächste Redner aus Bochum stellt mit Genugtuung fest, daß Wiedberg mit Nachdruck den Standpunkt der Tarifverträge vertreten habe. Damit sei einem besonders im Westen des Reichs verbreiteten Gerücht, daß der Verband keinen Tarif wolle, der Foden entzogen. Redner spricht sich dann unter lebhafter Zustimmung im Sinne des Referenten aus. Sämtliche Diskussionsredner vertreten den Standpunkt, daß die Unternehmerforderungen glattweg abzulehnen seien. Es sei kein Werk von „Hegern“, wenn die Arbeiter sich dagegen zur Wehre setzen, sondern die einmütige Willensäußerung aller Arbeiter. Sämtliche Delegierten haben von ihren Mandatgebern die strikte Weisung, Maßnahmen zu treffen, um den tödlichen Schlag des Unternehmertums wirksam abzuwehren.

Bei der Abstimmung wird die von der Kommission vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

Schmidt-Berlin sprach in seinen Schlußworten die Vermutung aus, daß die Unternehmer das Ultimatum in der Erwartung des eben gefallenen Beschlusses gestellt haben. Sie wollten also den Kampf, sie sollen ihn haben. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Mittel. Eine solche Zeit ist jetzt herangebrochen. Deshalb sind auch neue Maßregeln getroffen worden, und ist

das Statut für die Dauer des Kampfes angeschaltet.

Die Maßnahmen sind in einem Formular enthalten, das den Delegierten gedruckt vorliegt. Ein neues Kontrollsystem ist vorgelesen. Auch bezüglich der Abreise von Mitgliedern nach anderen Orten bezw. ihrer Heimat sind neue Bestimmungen festgesetzt. Beitragszahlung und Unterstützungen sind von Grund aus geändert. Für den Bezug der Streikunterstützung gilt eine 14tägige Karenzzeit. Die Beamten des Verbandes haben freiwillig beschlossen, von ihrem Gehalt pro Monat 100, 90, beziehungsweise 75 Mark in die Streikkasse abzuliefern. (Bejubeltes Bravo und Gend. klatschen.)

Die Vorschläge werden unter stürmischem Jubel einstimmig angenommen.

Wiedberg erklärt, daß der Verbandstag nur verlagert, nicht geschlossen wird und nach Bedarf im Laufe des Kampfes fortgesetzt werden kann. Die Versammlung stimmt dem zu.

Die christlichen Arbeitervereine der anderen Berufe besitzen, wie Generalsekretär Siegerwald berichtet, einen Fonds in der Höhe von 5 Millionen und sie sind bereit, ihren kämpfenden Kameraden unter die Arme zu greifen. Die Unternehmer halten die christlichen Verbände mehr als die freien, weil sie glauben, wenn die christlichen befristet wären, die freien um so leichter mit Staatsmitteln erdrückt werden können. Kollegen! Wir geben schweren Stunden entgegen. Haltet Disziplin, auch wenn ihr die Maßnahmen des Vorstandes nicht immer versteht. Im Kriege kann der Feldherr nicht seine Pläne offen auf den Markt legen. Kollegen, seid auf der Hut, daß der große Moment ein großes Geschick findet. (Stürmischer Beifall.)

Aus der Frauenbewegung.

Polizeipraxis.

Das allgemeine Wahlrecht hat dem alten Oesterreich einen modernen Anstrich gegeben. Trotzdem, „entpreucht“ hat es sich doch noch nicht! Unsere hervorragendste Kulturblüte, die Jögowische Polizeipraxis, wird dort mit Eifer kultiviert. Besonders die sozialdemokratischen Frauenklubs sind der Polizei in verschiedenen Bezirkshauptmannschaften ein Dorn im Auge. Versammlungen werden verboten oder sonstwie verhindert — nach berühmtem Muster. Die Prugen-Polizeipraxis erweist sich demnach nicht nur bei den Plantheuten und Trarbachs, sondern auch bei österreicherischen Behörden entsprechender Sympathie. Auch ein Trost!

Frauen im Arbeitsbeirat.

Vor einigen Jahren wurde vom Parlament und dem Handelsministerium in Oesterreich eine Institution geschaffen, die alle sozialpolitischen Gesetze, welche dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden sollen, einer Vorberatung unterzieht. Auch neue Gesetze können in Anregung gebracht werden. Die Regierung ernannt die Mitglieder aus Vertretern der Arbeiterschaft, der Arbeitgeber, der Regierung und der Wissenschaft. Dieser wichtige Ausschuss hat selbstverständlich auch alle sozialpolitischen Fragen zu beraten, welche die Arbeiterinnen betreffen. So die Arbeitszeit, die Kinderarbeit, den Wöchnerinnenschutz und alle anderen Probleme des Arbeiterinnenschutzes. Trotzdem gehört dieser Institution keine einzige Frau an. Die wichtigsten Fragen der Frauenbewegung werden verhandelt, ohne daß es den Arbeiterinnen möglich wäre, auch nur durch eine einzige Delegierte dazu Stellung zu nehmen. Unsere Genossinnen propagieren nun energisch die Forderung an die Regierung, auch Frauen in den Arbeitsbeirat zu berufen. Es sind ja auch unter den organisierten Arbeiterinnen genügend Frauen vorhanden, die ein derartiges Amt ausüben können, und es wird nur an der Einsicht der Leiter des Handelsministeriums liegen, ob diese Delegation noch lange auf sich warten lassen wird.

Die Wirkungen des Frauenstimmrechts in Neuseeland.

Die Weopls Federation (Wahlberechtigtenvereinigung), die für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintritt, hat kürzlich ein Flugblatt herausgegeben, in welchem sie ausführlich über den Stand und die Wirkungen des Frauenwahlrechts in Neuseeland spricht, dem ersten Staate, welcher das Frauenwahlrecht eingeführt hat. Sie beruft sich dabei auf Lady Stout, eine geborene Neuseeländerin, welche seit 30 Jahren im öffentlichen Leben des Landes steht. Ihr Zeugnis widerlegt die Behauptung, die Frauen benötigten das Stimmrecht nicht. Bei der ersten Wahl stimmten 85,18 Proz. der Frauen. Von da ab stieg die Wahlbeteiligung beider Geschlechter; ein Beweis dafür, daß das Frauenwahlrecht eine allgemein anfeuernde Wirkung ausübt.

Das interessanteste Ergebnis ist die gute Wirkung, die das sich entwickelnde Verantwortlichkeitsgefühl der Frauen für die allgemeine Wohlfahrt hatte. Es bildeten sich Vereine zur Förderung der Gesundheit der Frauen und Kinder, zum Schutze der Säuglinge, zur Erziehung der Frauen für eine gute Ausbildung des Mutterberufes. Mit Stolz kann Lady Stout ausrufen: Wir können die höchste Ehefähigkeitsrate irgend eines europäischen oder englisch sprechenden Landes, mit Ausnahme Ungarns, aufweisen; eine Geburtenrate, die nur von Italien, den Niederlanden und zwei australischen Staaten übertrifft wird. Die niedrigste Zahl unehelicher Geburten, England, die Niederlande und Irland ausgenommen, ist bei uns zu finden, und die niedrigste Kindersterblichkeit der Welt!

Diese Feststellungen sind die beste Empfehlung der politischen Gleichberechtigung der Frau.

Soziales.

Russische Saisonarbeiter.

Der Andrang der russischen Saisonarbeiter ist, wie aus Pflichten gemeldet wird, in diesem Jahre ein ungeheurer. Die dortige Zentrale, durch welche die Arbeiter nach den verschiedenen Teilen Deutschlands verschickt werden, wird an manchen Tagen von 2000 Russen passiert. An der Grenze lagert zurzeit ein Arbeiterheer von 8000 Mann, das infolge des großen Andranges nicht abgefertigt werden kann. Während im Vorjahre von Pflichten aus 18 000 Mann nach dem Westen befördert wurden, sind es in diesem Jahre bereits 20 000 Arbeiter.

Die ausländischen Arbeiter sind durch einen Haufen Agenten über die Grenzen gelockt. Die Agenten haben zu meist andere Gegenden wie früher aufsuchen müssen, weil ein Ausländer, der die Rechtslosigkeit ausländischer Arbeiter in Preußen kennen gelernt hat, ablehnt, nach Preußen zurückzukehren.

Neue Fürsorgeanstalt.

Das katholische Fürsorgeerziehungsheim Sankt Josephs-Stift in Klein-Zimmer bei Darmstadt mißbraucht, wie die neueste Nummer des Fabrikarbeiterorgans feststellt, die dort erzogenen jungen Menschen in schändlicher Weise. Die der „Fürsorge“ des Stifts anvertrauten werden ständig zum Einpäsen von giftigen Porzellanen benutzt. Nach dem Rezept der spanischen katholischen Erziehungsanstalten ist das Institut zu einer Art Fabrik oder Fabrikfabrik umgewandelt. Das ganze Jahr hindurch werden Wäcker und Dosen für das Chemikalienwerk Grödenheim am Main fabriziert, dochmals für den Militärstützpunkt einige tausend Dosen. Der heilige Staat leistet für jeden Jüngling, der in dieser Fürsorgeanstalt drei Jahre gelernt hat, an das Institut 800 M. Seit Jahresfrist ist man dazu übergegangen, die Dosen gleich im Stift des heiligen Joseph mit der giftigen Fuchsinfarbe zu fällen!! Das Wert fendet Farbe und Anzahl für die Jünglinge. So werden wöchentlich 100 bis 120 Zentner Fuchsin verworfen, gefüllt und verpackt. In dem Institut sind 160 Jünglinge, zum Teil noch unter 14 Jahren untergebracht, davon gehen 80 Jünglinge als Lehrlinge anderer Gewerbeabteilungen der Fürsorgefabrik. Der Arzt stellte schon auf Grund der giftigen Arbeit erfolgte Erkrankungen fest, er mußte sogar für einen Jüngling das Beschäftigungsverbot aussprechen. Es half diesem nur nichts, er mußte auch weiterhin die für ihn verderbliche Arbeit verrichten. Das Institut ist rein katholisch, die Erziehungsleiter werden extra aus Frankreich verschrieben. Hoffentlich macht nun, wo die Dinge endlich einmal an die Öffentlichkeit kommen, die heilige Gewerbeinspektion der ungläublichen Geschäftswelt dieser frommen Brüder ein schnelles Ende. Es ist die Ausbeutung der Fürsorgejünglinge ein zum Himmel schreiendes Unrecht, das besonders abstoßend und empörend wirkt, wenn es unter frommem Deckmantel den Ruf „Lasset die Kindlein zu mir kommen“ in widerlichster Weise verhöhet.

Städtische Arbeitslosenversicherung.

In der Bürgerauskunftung der Stadt Freiburg (Baden) gelangte nach dreieinhalbstündiger, zum Teil recht lebhafter und scharfer Debatte die Einführung der städtischen Arbeitslosenversicherung durch Stimmenscheid des Oberbürgermeisters zur Annahme. Der Oberbürgermeister entschied sich für die Vorlage. Freiburg ist die erste badische Stadt, welche die Arbeitslosenversicherung einführt.

Gefangene als Lohnbrüder.

In einer gut besuchten Versammlung, die der Genosse Frey Zabel am 2. d. M. in Platom in Westpreußen abhielt, brachte ein Tischlermeister Schlichtholz eine Angelegenheit zur Sprache, die von der Ausnutzung der Not der Arbeiter in jener Gegend bedrohtes Zeugnis ablegt.

Im Februar dieses Jahres wandten sich 18 arbeitslose Arbeiter in ihrer Not mit folgendem Gesuch an den dortigen Magistrat:

Platom, den 16. Februar 1910.

Da die Arbeitslosigkeit auch in diesem Winter einen großen Umfang angenommen hat und infolge dessen eine größere Anzahl der Einwohner der Stadt ohne Beschäftigung sind, bitten die Unterzeichneten, sie doch bei den Arbeiten an der alten Jastrower Straße einzustellen.

Darauf erhielten die Arbeiter vom Stadtrat Platom unter dem 18. Februar folgende Antwort:

Die Arbeiten an der alten Jastrower Straße sind des eingetretenen Frostweters vorläufig beendet, sollten dieselben im Frühjahr wieder aufgenommen werden, so bin ich sehr dafür, daß die unterzeichneten Arbeiter zu diesen Arbeiten herangezogen werden, wenn dieselben für das Tagelohn, welches die Gefangenen erhalten, arbeiten wollen.

Platom d. 18/II 1910

Hier wird also gegen gewerbliche Arbeiter in die Praxis ungesetzt, was der freiservantive Abgeordnete Gamp — jetzt von Gamp — vor einigen Jahren im Landtag gegen ländliche Arbeiter verlangte: den Arbeitern als Lohn nur das zu zahlen, was für die Ueberlassung der Arbeitskraft an Gefangenen zu entrichten ist: die Gefangenen als Lohnbrüder. Diese empörende Verhöhnung freier Arbeiter durch Beschäftigung mit Gefangenen löste in der Versammlung eine lebhafteste Entrüstung aus. Der Appell, durch Zusammenschluß in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen dem frechen Uebermut der Unterbrüder ein Ende zu bereiten, fiel auch in dem zurückgebliebenen westpreussischen Städtchen auf fruchtbaren Boden.

Gerichts-Zeitung.

Regitation von Gedächtnis — politische Reden.

Gelegentlich der Hundertjahrfeier des polnischen Dichters Słowacki veranstaltete der Verein junger Kaufleute in Samter eine Feier mit Deklamationen und Gesangsvorträgen. Dazu waren auch die Mitglieder von vier anderen politischen Vereinen des Ortes geladen. Der Bürgermeister erachtete diese Feier nachträglich als öffentliche anmeldepflichtige Versammlung, worauf auf Antrag desselben — er ist gleichzeitig Amtsanwalt — das Amtsgericht den Handlungsgehilfen Cizielny mit einem Strafmandat von 30 Mark, die Pröpste Balkraßki und Objezierze und den Geschäftsführer Nowak mit je 20 Mark bedachte, da sie als Leiter der „Versammlung“ in Frage kamen. Auf ihren Einspruch sprach sie jedoch das Schöffengericht in Samter frei. Auf Verurteilung der Staatsanwaltschaft hatte sich jetzt die Strafkammer in Posen mit der Sache zu befassen. Der Verteidiger der Angeklagten betonte, daß einmal die Veranstalter alle Mitglieder der in Frage kommenden Vereine des kleinen Ortes genau kennen und daß zum anderen das Vortragen von Gedächtnis nicht als Reden angesehen werden könne. Staatsanwalt und Kammer waren anderer Meinung. Letztere entschied, daß „das Vortragen von Gedächtnis als Reden anzusehen sei“, worauf über die Angeklagten das niedrigste Strafmaß verhängt wurde, nämlich auf den erstgenannten 10 Mark, auf die übrigen drei je 5 Mark Geldstrafe.

Wäre das Urteil zutreffend, so eröffnen sich wieder ungeahnte Perspektiven zur völligen Vernichtung des Vereinsrechts durch Auslegungen, die dem Sprachgefühl ins Gesicht schlagen.

Das Angebot für einen nur christlichen Grundstückskauf ist zurückzuführen.

Der Erblasser der Kläger hatte von dem Beklagten ein Grundstück nebst Inventar für 121 000 M. gekauft und 10 000 M. angezahlt. Nach dem Tode des Käufers schickte die Kläger den Kauf an und verlangte Rückgabe der 10 000 M. Sie führten an, daß der Vertrag infolge des Mangels der notariellen oder gerichtlichen Form, die für Grundstücksverkäufe vorgeschrieben ist, nichtig sei, und verlangten Rückzahlung der 10 000 M.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Kiel erkannten gemäß dem Antrage der Kläger. Das Urteil des Oberlandesgerichts Kiel ist jetzt vom Reichsgericht bestätigt worden. Und zwar führt dies in seinen Entscheidungsgründen aus: „Der Beklagte hatte aber weiter gegenüber der Richtigkeit des Vertrages geltend gemacht, die Kläger hätten in fraudulöser Weise den formgültigen Abschluß des Vertrages verhindert, und er hat sich in dieser Hinsicht auf § 815 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezogen. Das Oberlandesgericht erachtet indessen diese Bestimmung im vorliegenden Falle nicht für anwendbar, und dem ist beizupflichten. Es ist davon anzugehen, daß derjenige, der einen formwidrigen und daher nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichtigen Vertrag abschließt, sich die Selbstenmachung dieser Nichtigkeit seitens des Vertragsgegners gefallen lassen muß. Das entspricht der rechtlichen Sachlage, in welche er sich mit Wissen und Willen hineinbegeben hat. Der Vertragsgegner, der sich auf die Richtigkeit beruft, macht lediglich von seinem Rechte Gebrauch; wenn er das tut, verfährt er nicht gegen Treu und Glauben; ob er die Rechtslage durch Abschluß des formgerechten Vertrages ändern will, ist lediglich Sache seiner Ermüdung und Entscheidung. Danach kann gegenüber der formellen Nichtigkeit eines Alles mit Erfolg nicht geltend gemacht werden, es verstohe gegen Treu und Glauben, eine Nichtigkeit geltend zu machen, welche durch Mitwirkung bei der Aufnahme eines formell gültigen Alles gegeben werden könnte. (Vergl. Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen, Band 52, Seite 5.) Dadurch wird nicht ausgeschlossen, daß, wenn die Voraussetzungen des § 815 gegeben sind, eine andere Beurteilung eintreten kann. Das Oberlandesgericht hat das aber im vorliegenden Falle bedenkenfrei verneint; es liegt weiter nichts vor, als daß die Kläger unter Selbstenmachung der Nichtigkeit sich von dem Vertrage, der nicht von ihnen, sondern von ihrem Erblasser abgeschlossen war, losgerafft haben. Inwiefern hierin ein Verstoß gegen § 815 liegen könnte, ist nicht abzusehen. Der Beklagte kann sich daher auf § 815 des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit Erfolg nicht berufen.“

Ein kleiner „Richter“ Verhörprozess.

Der aber nur auf dem Gebiete der Verleumdung liegt und in seinen Anfangsstadien bis zum Jahre 1902 zurückreicht, fand vor der Strafkammer des Landgerichts I Termin zur Hauptverhandlung an. Wegen Verleumdung des kaiserlichen Admiralitätsrats und Unberufensprofessors Dr. Stoehr in Kiel hatte sich der Chemiker und Verleger Dr. Werner Esch in Hamburg zu verantworten. Er wurde beschuldigt, im Jahre 1906 und 1907 durch mehrere selbständige Handlungen den Prof. Dr. Stoehr im Sinne der §§ 188 und 189 Verleumdung zu haben. Der Angeklagte war seinerzeit Assistent

in dem Torpedobombenlaboratorium unter Prof. Stoehr gewesen, und zwar zusammen mit einem Dr. Wenter, der seine Stellung kündigte und in einem Bericht an die vorgesetzte Behörde behauptete, es würde erzählt, daß Prof. Stoehr zugunsten einer von ihm aufgestellten Theorie willkürlich Zahlen in Berechnungstabellen eingesetzt habe. Gegen Prof. Stoehr wurde daraufhin im Jahre 1902 ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Das Reichsmarineamt stellte aber das Verfahren ein, weil es die Behauptung der Analfälschung als widerlegt erachtete. In diesem Disziplinarverfahren ist auch Dr. Esch verurteilt worden und hat eine dem Admiralitätsrat Prof. Stoehr ungünstige Aussage gemacht. Im Jahre 1907 wurde gegen den Angeklagten alsdann ein ehrengerichtliches Verfahren in seiner Eigenschaft als Leutnant der Reserve der Marineinfanterie eingeleitet. Gegenstand des Verfahrens ist derselbe, wie bei der jetzigen Anklagesache. Das Verfahren ist bis nach Erledigung dieser Anklage sistiert worden. Durch letztere wird Dr. Esch beschuldigt, gegenüber dem Großindustriellen Dr. Rajert und dessen Sohn, sowie gegenüber dem früheren Direktor Dr. Senger in Kaugel behauptet zu haben, Admiralitätsrat Prof. Stoehr habe Analfälschung gefälscht und sich nicht geschämt, dieses Vorgehen ihm, dem Dr. Esch in die Schuhe zu schieben. Es hat in dieser Strafsache — wie unseren Lesern erinnerlich — schon einmal Termin angetreten, der damit endete, daß der Angeklagte in dem Falle des Dr. Rajert jr. freigesprochen und die Verhandlung der übrigen Fälle vertagt wurde.

In der erneuten Verhandlung bestritt der Angeklagte, Anschuldigungen in der beileidigenden Form, wie sie ihm zur Last gelegt werden, über den Admiralitätsrat Prof. Stoehr gemacht zu haben und behauptete, daß er in gelegentlichen Gesprächen lediglich über Tatsachen referiert habe. Im übrigen trat der Angeklagte für die von ihm behauptete Analfälschung den Beweis der Wahrheit an, indem er ausführte, daß der als Nebenkläger zugelassene Prof. Stoehr in einem Bericht an die Torpedodivision die Zahl 0,018 willkürlich für 0,18 eingesezt hätte, während die richtige Zahl 0,018 hätte lauten müssen. Es kam in mehrstündiger Verhandlung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel zu eingehenden, teils wissenschaftlichen, teils tatsächlichen Auseinandersetzungen, in denen die Ausführungen des Angeklagten vom Nebenkläger und seinem Rechtsbeistand Dr. Wehner lebhaft bekämpft wurden. Da der Verteidiger des Angeklagten schließlich noch eine Reihe von Beweisanträgen zur Aufklärung des Sachverhalts stellte, denen der Gerichtshof entsprechen zu müssen glaubte, so mußte die Sache vertagt werden.

Ein umfangreicher Rationenschwindelprozess.

Begann gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geier vor der Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen Betruges sind: der Kaufmann Paul Kubel, der Kaufmann Max Hermann, der Kaufmann Willi Thal, der Architekt Otto Hermann, der Agent Fritz Seifert und der Schlossermeister Hermann Lieber. Die Verleumdung der Angeklagten führen die Rechtsanwälte Mühlrat und Broß. Gegen den Angeklagten Kubel mußte das Verfahren abgetrennt werden, da er es vorzog, den „wilden Mann“ zu spielen, so daß er zurzeit in der Irrenanstalt Daldorf auf seinen Geisteszustand untersucht werden muß. Der Angeklagte Kubel, der als Hauptkläger in Frage kommt, betrieb in der Stralauer Straße 13 14 ein Jutafabrik. Außerdem unterhielt er in der Magazinstraße in Stralsund eine Filiale. Ihm zur Seite stand der schon mehrfach wegen Diebstahls, Betruges und Unterschlagung vorbestrafte Angeklagte Max Hermann. Obwohl sie beide über keinerlei Vermittel verfügten und schon den Offenbarungszeit geleistet hatten, gründeten sie die Baugenossenschaft „Adler“ in Form einer G. m. b. H. Die Firma wurde jedoch nie eingetragen, die beiden „Gesellschafter“ leisteten nie eine Einlage, von einem Geschäftsbetrieb war nie die Rede. Wie die Anklage behauptet, soll diese Gesellschaft lediglich zu dem Zwecke gegründet worden sein, um unerfahrenen Leuten das Geld in Form von Rationen abzunehmen. Um den Betrieb zu vergrößern, wurde in der Magazinstr. 10a eine ähnliche Firma gegründet, die sich stolz „Max Hermann, Hoch- und Liebsbaugesellschaft“ nannte. Durch Inserate in Verliner und auswärtigen bürgerlichen Zeitungen wurden nun Materialkalkulationen, Kaffierer, Buchhalter usw. gesucht, die sämtlich Rationen stellen mußten. Wenn die sich Meldenden Wertpapiere oder Sparbüchlein anboten, wurde ihnen von den Angeklagten bedeutet, daß die „Aufsichtsräte“ der Gesellschaft Barkautionen forderten. Auf diese Weise wurden u. a. ein Kaufmann Wendig um 3000 M., ein Kaufmann Wendler um 2000 M., mehrere Leute um 1500 und 1200 M. usw. geschädigt. Nebenher verschafften sich die Angeklagten außerdem noch die gesamten Kontormöbel, eine Smith-Premierschreibmaschine, Goldsachen und andere Waren auf Kredit, ohne jedoch an das Bezahlen zu denken. Die recht erheblichen Einkünfte aus diesem Geschäftsbetrieb wurden durch Beschleuge und kostspielige Automobilfahrten in die Seebäder an den Mann gebracht. — Die Angeklagten bestritten zum Teil, sich strafbar gemacht zu haben. Da zu der Verhandlung weit über 40 Zeugen geladen sind, so sind zwei Sitzungstage in Aussicht genommen. Wir werden das Urteil mitteilen.

Wie man wohlbestallter Handbesitzer werden kann, ohne einen Pfennig Geld zu besitzen.

zeigte eine Verhandlung, mit welcher sich gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Piepmann die Strafkammer des Landgerichts II zu beschäftigen hatte. Angeklagt wegen Betruges bezw. Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung waren der Portier Wilhelm Filler, dessen Ehefrau Adelheid F. und die Frau Ottilie Kadesow. Der schon wegen fälschlicher Betrugsereignisse vorbestrafte Angeklagte Filler hat eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung in der Prinzenallee inne. Trotzdem nicht einmal die darin befindlichen Möbel ihm, sondern seinem Schwiegervater gehörten, bekam er es fertig, in kurzer Zeit wohlbestallter Besitzer eines Hauses in der Kollendorferstraße zu sein. Der Angeklagte wandte sich an den Verkäufer des betreffenden Grundstücks und gab u. a. an, daß er Besitzer einer Hypothek von 84 000 M. auf ein Grundstück in Wien sei. Der Kauf wurde schließlich perfekt, wobei der Angeklagte außer jener Hypothek für 2630 M. Wechsel als Anzahlung hergab. Zum großen Leidwesen des Verkäufers stellte es sich bald heraus, daß es sich um eine Schwindelhypothek handelte, da das betreffende Grundstück überhaupt nicht bebaut war. Die Wechsel waren sogenannte Fellewechsel, über die der Angeklagte nicht einmal verfügen durfte und die außerdem nicht eingelöst wurden. Bei diesem betrügerischen Vorgehen wurde Filler durch mehrere falsche eidesstattliche Versicherungen unterstützt, die von seiner Ehefrau und der Mitangeklagten Kadesow herrührten. — Das Gericht kam nach längerer Verhandlung nur zu einer Verurteilung der Eheleute Filler, während die Mitangeklagte K. freigesprochen wurde. Mit Rücksicht auf das gemeingefährliche Vorgehen des Eheannes F. erkannte das Gericht gegen ihn auf ein Jahr und gegen die Ehefrau F. auf 6 Wochen Gefängnis.

Ein umfangreicher Prozess wegen Verbreitung unsätziger Abbildungen und Schriften.

Begann vorgestern vor der Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Blankmeier. Angeklagt wegen Vergehens gegen den § 184 des Strafgesetzbuchs sind die Buchhändler Otto und Johannes Gerde. Die beiden Angeklagten betreiben in der Friedrichstraße in der Nähe des Bahnhofs eine Buchhandlung. Eines Tages erschienen hier mehrere Kriminalbeamte und nahmen eine Hausdurchsuchung vor, bei welcher mehrere Hundert Bände einer gewissen erotischen Literatur à la Sacher-Masoch beschlagnahmt wurden. Außer zahlreichen Büchern in deutscher Sprache befanden sich auch eine große Anzahl solcher französischer Ursprungs sowie eine Unmenge von Abbildungen darunter. Die Folge war die Erhebung der jetzigen Anklage gegen die beiden Inhaber. Zur Anklage stehen u. a. Bücher mit den Titeln „Unter der Haut des Weibes“, „Die Frauen der Grausamkeit“ usw. beschlagnahmt wurde seinerzeit auch ein von Dr. Hammer verfaßtes Werk „Die Körperstrafe vom ärztlichen Standpunkt“. — Da die sämtlichen inkriminierten Bücher, die nach Hunderten zählen, zur

Verlesung gebracht werden müssen, wird die Verhandlung einen kolossalen Umfang annehmen und schwerlich vor Sonnabend enden. Wir werden das Urteil mitteilen.

Sozialdemokratischer Leses- und Diskussionsklub „Heinrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Volze, Rodenbergstraße 8. Gäste willkommen.

Leses- und Diskussionsklub „Zd. O.“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reibhardt, Schilder Straße 55: Generalversammlung. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leses- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Heute abend bei Hummel, Sophienstr. 5: Sitzung.

Deutscher Arbeiter-Abkündigungsbund. Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im Feuerwehrklubhaus, Engelauer 15: Vortrag des Herrn Dr. jur. Eggens: „Wahlfahrtsreform“. Gäste willkommen.

Leses- und Diskussionsklub Baumfächerweg. Heute (Mittwoch) abends 9 Uhr im Lokale von Börgens, Baumfächerweg 27: Vortrag über „Kaufmannssozialpolitik“. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde unter Lindenstraße Nr. 60, vorn über Treppen - Fahrstuhl -, wochentäglich von 9 bis 11 Uhr abends statt. Jeder Anrufer ist ein Buchhalter und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Mögliche Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

N. M. 100. Nichtproben haben kein Wahlrecht. - N. St. 52. Der von Ihnen bezeichnete Schaden kann nicht verlangt werden, ebensowenig kann Angabe des Adressirungsbundes erzwungen werden. Dagegen können die etwaigen Schäden zurückgefordert und Ersatz desjenigen beantragt werden, was etwa in Erwartung der Einnahme der Einnahme in die Gemeindefonds. - N. St. 15. Kein. - C. M. 100. Reklamation wird keinen Erfolg haben. Unterhaltsbeiträge, welche an die Schwiegermutter geleistet werden, sind nicht abzugsfähig. - D. R. 3/4. Ja, an der Mündung der Ruhr in den Rhein. - D. J. 78. 1. Eltern und

Gehefte je zur Hälfte 2. Ja. 3. Am 1. März. Seite 238 und 239 - 2. 24. Kein. Wachtzeit ist nicht erfüllt. - G. T. 2. Ja wenn das Defizit vorzüglich nicht etwa verheerend erfolgt ist. - 2. 27. Die Annahmeverkennung kann nach dem Tode Ihrer Mutter deren Nachlass zur Deckung der geleisteten Unterhaltungen beschlagnahmen. - F. 1. 14 Tage nach Kündigung Klage ist beim Amtsgericht zu erheben. - W. 2. 1. Der Brief vom 23. März ist erst am 2. April eingegangen. Nach erfolgter Kündigung muß angemessene Zeit zum Aufsuchen eines neuen Dienstes gelassen werden. 2. Bei Verhinderung des Nachhens ja. 3. Ja. - M. H. Beufeltr. 18. Sie haben keinen Anspruch auf Rückzahlung. - G. G. 13. 1. Ehefrau und Mutter je zur Hälfte 2. Nein 3. Wenn die Frau den Betrag nicht mitunterstützen hat, konnte seitens der Eltern bis spätestens 3. April Aufkündigung zum 1. Juli erfolgen. - W. 99. Kein

Wetterhand-Nachrichten der Landesanstalt für Gewitterkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wetterhand	am 4. 4.	am 3. 4.	Wetterhand	am 4. 4.	am 3. 4.
Remel, LHM	223	-8	Saale, Grohly	126	+6
Regel, Anberburg	-15	-2	Gabel, Spandau	106	+13
Beichel, Thorn	80	-3	Spre, Rathenow	140	+1
Ober, Rastorf	129	-2	Spre, Bismarck	76	0
• Rostock	113	+1	• Bestrom	111	-1
• Brandeburg	128	0	• Beyer, Minden	47	-3
• Wärlhe, Schirmitz	42	-4	• Beyer, Minden	42	-1
• Landsberg	32	+3	• Rhein, Wargentin	376	-3
• Rega, Gorchow	10	+8	• Rauh	186	-3
• Elbe, Leitmeritz	-1	-6	• Röh	187	-3
• Dresden	-112	-2	• Redar, Dethrom	90	+21
• Harz	145	-2	• Rain, Berthel	153	+2
• Magdeburg	130	+5	• Wolke, Trier	78	-3

+) + bedeutet Sturm, - fast, - *) Unwetter.

Eingegangene Druckschriften.

Deutsche Jugendbücher. Nr. 24: Abenteuerliche Geschichten von H. Schulte und G. Seidfeld. - Nr. 25: Umzingelt. Der Richtungspunkt. Zwei Reiseskizzen von D. v. Allencron. - Nr. 26: Gullivers Reise zu den Zwergen von J. Swift. - Nr. 27: Gullivers Reise zu den Riesen von J. Swift. - Nr. 28: Auf der Nordpolfahrt von J. Nanfen. - Einzelnnummer 10 W. D. Gläser, Berlin W. 9.

Amstlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Handel in den Zentral-Marktblättern. Markttag: Freitag. Zufuhr genugsam, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr sehr knapp, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft still, Preise fest. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr zum Teil ungenügend, Geschäft anfangs still, später lebhafter, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 5. April 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wetter	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wetter
Emmende	759 M	1 Dunst	6	Cabaranda	766 SHH	heiter	-5
Damburg	760 SD	2 wolkenl.	7	Vetersburg	762 SHH	1 heiter	2
Berlin	760 D	1 bedeckt	7	Scilly	756 SD	5 halb bb.	7
Aronka W	759 SD	1 Dunst	6	Aberdeen	760 SHH	4 bedeckt	6
München	760 SHH	4 halb bb.	6	Paris	756 SED	2 wollig	2
Wien	759 SD	1 bedeckt	6				

Wetterprognose für Mittwoch, den 6. April 1910. Nachts etwas kühler, am Tage wieder milder und zeitweise heiter, aber veränderlich bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Unserem Freunde u. Genossen **Hermann Riedel** nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Hochzeit! 15154 Die Genossen vom Bezirk 608. Standesamtlich verbunden **Otto Grauert Klara Scholz.** Rixdorf, den 4. April 1910. Bodestraße 28.

Todes-Anzeige. Am Sonnabend, den 2. April er., verstarb unser lieber Kollege **Emil Putzer** nach kurzer Krankheit infolge eines Herzschlages im 59. Lebensjahre. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April er., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südwest-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt. Die Angehörigen der Allgem. Orts-Krankenkasse zu Berlin. (278/2)

Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege **Emil Simon** am 3. April gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle Langestr. 13 aus nach dem Südwest-Friedhof in Stahnsdorf statt. Regie Beteiligung erwartet 176/7 Die Ortsverwaltung.

Dauftagung. Für die zahlreiche Beteiligung und die Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Bruders, Onkels, Schwagers, Neffen, Cousins, Schwäger- und Großvaters 15335 **Rudolf Müller** sagen wir allen Verwandten und Bekannten in besonderem dem Sozialdemokratischen Wahlverein Vorlagen-Nummelsburg, dem Personal der Buchdruckerei Berolina, den Textilarbeitern, dem Gefangenen Männerchor und vor allem dem Genossen Herrn Otto Jahn für seine trostreichen Worte am Grabe des Unsterblichen, unseren aufrichtigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf. Am Sonntagmorgen verstarb unerwartet am Herzschlag unser allgemein geschätzter, gerechter und bei allen beliebter Chef, der Wagenfabrikant **Emil Dittmann.** Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Arbeiter der Firma F. G. Dittmann. 1532b

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. **Todes-Anzeige.** Am 4. April verstarb unser Mitglied, der Stadtarbeiter **Max Dietze** Walfstraße 25. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Südwest-Friedhofes, Wärlhestraße, Ecke Seestraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 228/15 **Der Vorstand.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Berlin. Am Sonnabend, den 2. April er., verstarb plötzlich und unerwartet der Beamte unserer Kasse, Herr **Emil Putzer** im 59. Lebensjahre. Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen pflichterfüllten Beamten, welcher seit 1. März 1900 bei dieser Verwaltung tätig war. Sein hingebender Fleiß und edler Charakter sichern ihm bei uns ein ehrendes Andenken! **Der Vorstand.** B. Diehl, Vorsitzender. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April er., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Südwest-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt. 273/1

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Schraubendreherin **Martha Roeseke** am 3. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Wärlendorfer Weg, aus statt. Regie Beteiligung erwartet 114/1 Die Ortsverwaltung.

Dauftagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Wilhelm Schirmacher** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen vom Deutschen Holzarbeiter-Verbande unseren innigsten Dank. Frau **Hedwig Schirmacher** nebst Mutter und Geschwister.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 2. Col. III. Amt 3, 1027. **Donnerstag, den 7. April er., abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59: Versammlung** der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie sämtlicher in den mechanischen Betrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Genossen **Georg Davidsohn** über: „Deutscher Humor“. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Branchenkommision. 4. Verschiedenes. Mit Rücksicht auf den Interessanten und lehrreichen Vortrag erlauben wir die Kolleginnen und Kollegen, die Versammlung zahlreich und pünktlich zu besuchen. 113/20 Für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin finden in nachfolgenden Lokalen

Nieder die traurige Mitteilung, daß mein lieber Vater, unser guter Vater, der Tischler **Ernst Kallenbach** nach schwerem Leiden gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. April, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des alten Thomas-Friedhofes aus statt. 50162 **Die trauernden Hinterbliebenen.** Witwe Kallenbach und Kinder.

Verein der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins. Statt besonderer Anzeige den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege **E. Putzer** Angestellter der Allgem. Orts-Krankenkasse zu Berlin, am Sonnabend, den 2. April 1910, an Herzschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April 1910, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Stahnsdorf (Südwest-Friedhof) statt. Zu erreichen ist der Kirchhof vom Wannseebahnhof 1 Uhr 30 Min.; Charlottenburg 1 Uhr 37 Min.; dann von Wannsee Bahnhof 2 Uhr 12 Min.; Ankunft Südwest-Friedhof 2 Uhr 32 Min. 284/15 **Der Vorstand.** R. A. E. Haber.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer **Franz Gößler** am 1. April im Alter von 70 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Germania-Friedhofes, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Außerordentliche General-Versammlung der Vertreter der Herren Arbeitgeber der **Orts-Frankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin** am Donnerstag, den 15. April er., abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Hofhotel, Zimmer Rüdtenstraße. Tages-Ordnung: 1. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes für die Zeit vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1913 für den ausstehenden Herrn **A. Scheel**. 2. Urwahl für Herrn **Willy** für die Zeit vom 1. April 1910 bis 31. März 1912. Die Wahlen sind geheim und finden mittels Stimmzettel statt. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht. 15405 **Das Mandat legitimiert.** Berlin, den 5. April 1910. **Der Vorstand.** Fr. Schmidt, Vorsitzender.

Versammlungen mit Lichtbildern (statt) **Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal.** **Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.** **Sonntag, den 9. April, abends 8 Uhr, im Lokal von Goppe, Rixdorf, Hermannstr. 49.** Vortrag des Kollegen **Lauterbach** - Stuttgart über: **Die hygienischen u. sanitären Mißstände in der Metallindustrie.** Kollegen! Wir empfehlen den Besuch dieser äußerst lehrreichen Vorträge aufs wärmste und halten es für unbedingt erforderlich, daß jeder Kollege diese Gelegenheit zur Information und Bereicherung seines Wissens benützt. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Ernst Kallenbach** am 3. April gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. **Am 4. April starb unser Mitglied, der Stadtarbeiter** **Max Dietze.** **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Südwest-Friedhofes in Stahnsdorf, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 81/13 Die Ortsverwaltung.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerhaft. Zusaten, von 20 Mark an. **Moritz Laband, Neue Promenade 11, (Südwest-Friedhof).**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen, lieben Vaters, unseres sehr guten Vaters, Schwagers- und Großvaters, des Weingärbers **Hermann Kobbelt** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 1536b **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Möbel In jeder Preislage. Verkauf im Fabrikgebäude, kein Laden. 45742 **Thomas, Tischlerei, Bernauer** Lieferant der Kaufmannsoffiziersk. 1536b

Holzbildhauer! Heute, Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr: **Vertrauensmänner-Versammlung.** Tagesordnung: Die bringen wir die Anregungen des Branchenabends für den Osten zur Durchführung? Jede Werkstatt muß vertreten sein. **Die Kommission.** **Vortrag** **Volksgesundheit und Nahrungsmittel** mit biblischen Demonstrationen von **Dr. Dietze** in den „Germania-Praktiken“, Chausseestraße 110-111, **Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr.** Eintritt für jedermann frei! 87/5

Verband d. Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Emil Putzer** (Allgemeine Ortskrankenkasse) am 2. April an Herzschlag verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südwest-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt. 45/7 **Die Ortsverwaltung.** Ich habe meine **Kassen-sprechstunde** nach Ziegelstraße 26 part. verlegt. **Dr. A. Schlesinger,** Spezialarzt für Chirurgie.

Kein Serienverkauf, sondern jede Dame wähle nach ihrem eigenen Geschmack **die vornehmsten Modelle** bei **Westmann** Mohrenstr. 37a nahe Jerusalemstrasse, Grosse Frankfurter Str. 115 nahe Andreas-Strasse für noch nicht die Hälfte der regulären Preise! **Reise-Konfektion** Reise-Kostüme Reismäntel **Lodencapes** Regenmäntel Staubmäntel **Frauenmäntel** Kimonos **Beduinen Jacketts** Röcke **Blusen** **Übergangsmäntel** **Backfisch-Konfektion.** **Neueste Preise: M 10 12 16 25 30 45 50 usw. bis 240** früh. Preise teiltw.: 18 24 30 37 46 70 102 120 usw. bis 500. **Modelle vornehmster Ausführung.** auch für die stärksten Figuren, von 20.- bis 300.- **Gratis 2 1/2 m Stoff zu einem Rock** bei Einkauf von schon M. 12.- an. **(Ges. gesch.) Trauer-Westmann** Extra-Abteilung für Trauerkleider, Hüte, Schleier, Handschuhe etc.



Kredit Monatl. 10 P. Zinsen. Herrngartenstraße n. Rah (billigste Preise) **J. Tomporowski, Schneidermeister, Unter den Eichen 110.** Kasse 10 Proz. Rabatt. **Kunstgeigenbauer E. Toussaint** BERLIN O. Joachimstraße 11C, liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz. Lauterbestimmung. **Spezialität:** Erzeugung des alt-italienischen Timbres für große Säle an alten u. neuen Geigen. * Mäßiges Honorar. *

17. Parteitag der sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Während der Osterfeiertage tagte in Budapest der 17. Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie. Nach Eröffnungsbildung des Parteisekretärs Duhinger und des Vorsitzenden Teszarsz begrüßte als Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie Genosse Reichsratsabgeordneter Skaret die Delegierten.

Er wünschte der ungarischen Sozialdemokratie im Kampfe um allgemeine, gleiche Wahlrecht den besten Erfolg. Von der deutschen Sozialdemokratie wurde ein Begrüßungsschreiben verlesen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom Genossen Welner die Affäre Alpari zur Erörterung gebracht.

Genosse Alpari verteidigte sich gegen diese Angriffe. Man hat ihn jedoch nicht ruhig angehört. Ein und zugezogener ausführlicher Bericht über diesen Teil der Verhandlungen:

Die Ausführungen Alparis verhalten im großen Lärm und den lauten Entrüstungsrufen der Delegierten über dessen unqualifizierbare Beschuldigungen. Präsident Teszarsz bittet die Genossen, ruhig zu verhandeln. (Ausrufe: Das ist eine Komödie, ein Skandal!) Der Präsident erklärt, Alpari nicht ernst nehmen zu können.

Nach einer Rede des Genossen Dr. Hunfi gegen Alpari wurde die Diskussion über die Angelegenheit geschlossen und der Antrag Welners gegen die Stimme Alparis angenommen.

Sodann erstattet die Parteileitung ihren Geschäftsbericht. Der Referent Duhinger konnte im allgemeinen auf den gedruckten Bericht verweisen, der eine ausführliche Schilderung der politischen Geschehnisse in Ungarn seit dem letzten Kongress enthält und detaillierte Angaben über die Parteiarbeit macht. Zu Anfang werden die nichtmagyarischen Sektionen besprochen. Die Bewegung der deutschen, der slowakischen und rumänischen Genossen ist vorwärts geschritten; die Wohnungszahl ihrer Parteiblätter steigt; das slowakische, das monatlich erscheint, wurde in ein Tagesblatt umgewandelt. Schlechter steht es mit der Bewegung der serbischen Genossen, die durch innere Streitigkeiten (Sindikalismus und dergleichen) gehemmt wurde. Letzthin haben sich die serbischen Genossen eine neue Leitung gegeben, die eine bessere Entwicklung anbahnen soll.

Die Provinzorganisationen der magyarischen Genossen haben 400 Volksversammlungen, 800 Vorlesungen, an 1000 Demonstrationen und 1400 Organisationskonferenzen veranstaltet. Das Parteileben ist danach also reger. Der Bericht klagt indes über mangelhafte Abführung der Parteibeiträge an die Zentralkasse. — An mehr als 40 Orten haben die Genossen an den Gemeindevahlen teilgenommen. In 15 Gemeinden wurden 96 Mandate erobert, in Ragbysca der ganze Gemeinderat. Die Einnahmen der Provinzorganisationen beliefen sich auf 87 800 Kronen, die Ausgaben auf 82 408 Kronen.

*) Die „Leipziger Volkszeitung“ hat festgestellt, daß mit ihr der Parteivorstand niemals über die ungarischen Affären Korrespondenz geführt hat.

Die Bezirksorganisationen der Hauptstadt sind noch in der Entwicklung begriffen, da sich die Partei bisher auf den Gewerkschaften aufbaute. Man hat eine Lokalparteisteuer von 2 Heller pro Woche eingeführt, die die Genossen enger an den Rahmen der Parteiorganisation anschließen soll. 1558 Genossen haben diese Lokalsteuer gezahlt, doch anscheinend nicht durch das ganze Jahr, denn es flossen nur 452,72 Kronen in die Bezirkskasse und davon 226,38 Kronen in die Kasse des hauptstädtischen Exekutivkomitees.

Die Bildungsbestrebungen sind nach dem Verzeichnis der belehrenden Vorträge, die gehalten wurden, ziemlich reger. In Budapest besteht eine Parteischule, die in den Nachmittagsstunden von den Angestellten der Gewerkschaften, in den Abendstunden von sonstigen Funktionären der Hochorganisationen besucht war. Sie hatte zwei Unterrichtsgegenstände: Nationalökonomie und Mediation. Als Vortragende fungierten die Genossen Garami und Tarzogi. Die Arbeiterinnenbewegung steht noch in den Kinderschuhen; sie hat noch kein Organ. Die Bewegung der jugendlichen Arbeiter dagegen verfügt über den „Jugendlichen Arbeiter“, der in einer Auflage von 2000 Exemplaren erscheint, wovon 1000 in die Provinz gehen. In Budapest bestehen drei Gruppen Jugendlicher mit 700 Mitgliedern.

Die Parteipresse hat sich günstig entwickelt. Die „Nepkava“, das magyarische Zentralorgan, hat durch Hausagitation 8785 neue Abonnenten gewonnen. Die Buchdruckerei hat ein eigenes Gebäude bezogen, worin auch die Redaktion, das Parteisekretariat und das Bureau des Gewerkschaftsrats Platz fanden.

Die Genossenschaftsbewegung macht gute Fortschritte. In Budapest ist auch eine Verpflegungsgenossenschaft gegründet, die den unverheirateten Arbeitern billige und gute Speisen in zwei Speisefälen und einem Restaurationslokal liefert. Sie hatte durchschnittlich 600 Mitglieder.

Die gerichtlichen Verfolgungen der Arbeiterbewegung waren sehr heftig. Unter der Herrschaft der Koalitionsparteien stiegen die Strafen rapid. 1907/08 wurden verhängt 25 Jahre 1 Monat 6 Tage Freiheitsstrafe und 14 978 Kronen Geldstrafe, 1908/09 36 Jahre 5 Monate 15 Tage Freiheitsstrafe und 23 790 Kronen Geldstrafe, und 1909/10 27 Jahre 8 Monate und 15 Tage Freiheitsstrafe und 11 740 Kronen Geldstrafe.

Das Parteisekretariat hatte im Berichtsjahre eine Einnahme von 74 169,60 Kronen, wovon 43 421,07 Kronen aus Parteimarkten und 2254,12 Kronen aus Parteiorganisationssteuer. Die Ausgaben betrugen 68 896,95 Kronen. Die Einnahmen haben sich, ebenso wie die der Parteipresse, gehoben.

Die Verhandlungen des Sonntags schlossen mit der Debatte über den Bericht der Parteileitung, in der von mehreren Rednern über mangelnde Tätigkeit der Zeitung für die Provinz und andere Schäden geklagt wurde. Dr. Julius Haydn forderte ein Agrar- und ein Kommunalprogramm.

Auf dem Parteitag waren vertreten aus Budapest 83 Organisationen mit 138 Delegierten, aus der Provinz aus 63 Gemeinden 55 Organisationen durch 71 Delegierte, der Gewerkschaftsrat durch 2 Delegierte, das Landesorganisationskomitee der weiblichen Arbeiter durch 2 Delegierte, 4 Landes-Nationalitätenkomitees durch 8 Delegierte und einige andere, so daß sich eine Gesamtzahl von 225 Delegierten ergab.

Am Montag verteidigte zu Anfang Balazs-Budapest den angegriffenen Alpari; der Präsident der Sonntagsagung, Teszarsz, habe ihn unmotiviert angeschuldigt. Die Gegenklärung Teszarsz wurde mit Entrufen und Applaus aufgenommen. In der Fortsetzung der Debatte über den Parteileitungsbericht gedachte Szabados der Demonstrationen, bei welchen die Polyziten Budapests gleich wilden Tieren die wehrlosen Arbeiter von rückwärts anfielen. Er meint, man müßte diese Schwerkverwundeten zu Ruhen Hebrudach führen. Wenn die Partei diesem Blutvergießen kein Ende machen könne, so müsse sie entweder das Recht auf die Strafe aufgeben (Stürmische Widersprüche) oder mit der Organisation der direkten Aktion beginnen. (Stürmische langanhaltende Entrufe.)

Gegen eine Stimme wurde schließlich der Bericht zur Kenntnis genommen.

Am Nachmittag hielt Dr. Hunfi ein Referat über: „Die

politischen Parteien und das Wahlrecht.“ Er schloß mit einer kräftigen Aufforderung zur energischen Führung des Wahlrechtskampfes. (Langanhaltende Entrufe.)

Die Diskussion wurde, nachdem fünf Redner gesprochen, abgebrochen, um zunächst gefällige Angelegenheiten zu regeln. Dann folgte der Bericht der Appellationskommission über den Fall Alpari, in deren Namen B. Konder erklärte, daß der Beschluß der Kommission auf Aufhebung der Urteile des Schiedsgerichts und der Kontrollkommission (die auf Mißbilligung erkannt hatten) und auf Ausschluß Alparis aus der Partei laute. Alpari habe die Grenzen der Kritik überschritten und das Parteinteresse gröblich verletzt. Für seine Verhaftungen habe er keine Beweise gehabt. — Bela Vago sprach gegen den Ausschluß. Alpari habe Fehler gemacht, aber er habe in gutem Glauben gehandelt. Man solle ihn für zwei Jahre für unfähig zur Verrichtung von Parteiamteln erklären. Im Schlußwort mandte sich Konder gegen diese Ausführungen. Unter großem Lärm wurde sodann der Antrag der Kommission mit 101 gegen 56 Stimmen bei 52 Enthaltungen angenommen. Nach der Abstimmung entstand wiederum großer Lärm, so daß die Beratungen suspendiert werden mußten. Auf der Galerie wurde stark geläutert.

Bei der folgenden Wahl der Parteileitung wurden gewählt: Desider Velanhi (200 Stimmen), Emanuel Duhinger (187), Ernst Garami (198), Alexander Garbai (198), Franz Klarfi (181), Dr. Sigmund Kunfi (201), Julius Reidl (188), Alexander Raby (197), Rudwig Tarzoga (171), Karl Teszarsz (166), Jakob Welner (198); in das Kontrollkomitee: Stefan Farkas (160), Gabriel Horovih (98), Eugen Ratos (143), Eugen Harovih (153), Johann Vanczal (165).

Es folgte die Fortsetzung der Debatte über das Referat: „Die politischen Parteien und die Wahlrechtsfrage.“ Sie bewegte sich wesentlich im zustimmenden Sinne. Zum Schluß wurde die Resolution des Referenten einstimmig angenommen. Beim Punkt „Agitation und Presse“, über den Garami referierte — er erklärte u. a. die Schaffung von Bezirksorganisationen für notwendig, die die politische Arbeit von den gewerkschaftlichen Organisationen übernehmen müssen, ebenso den Ausbau der deutschen Parteipresse — wurden besonders diese beiden Punkte lebhaft besprochen. Mehrfach wurde das Erscheinen der „Budapester Volksstimme“ dreimal wöchentlich gefordert, als Vorstufe zum Tagesblatt.

Es folgte ein Referat über die Gemeindepolitik, das Dr. Agoston erstattete. Die Resolution, die angenommen wurde, fordert die Lokalorganisationen auf, vorbereitende Beratungen über ein Kommunalprogramm zu pflegen.

Den Schluß bildete eine Peilschlussagung für die von dem grauenhaften Brandunglück in Delberito Betroffenen. Genosse Welner, der die Kundgebung anregte, wies darauf hin, daß die miserable Verwaltung an der Katastrophe die Schuld trage.

Aus Industrie und Handel.

Erwerbsgenossenschaften in der Steuerstatistik.

Die preussische Einkommensteuerveranlagung hat für das Jahr 1909 insgesamt 8199 Erwerbsgenossenschaften als nicht physische Steuerpflichtige erfasst. Das der Erhebung zugrunde gelegte Kapital beziffert sich auf 10 339 171 625 M. Die Summe der bei der Veranlagung zu berücksichtigenden Ueberschüsse stellt sich auf 1 177 445 378 M. Davon sind als Kapitalrente 954 685 518 M. verteilt worden. Das steuerpflichtige Einkommen ist mit 815 626 786 M. eingestuft. Für die eigentlichen Erwerbsgenossenschaften ergeben sich die folgenden Resultate:

Table with 4 columns: Genossen, Aktien-gesellschaften, Vergewerk-schaften, Eingetr. Ge-nossenschaften. Rows: Gesamtzahl Kapital, Eingestuftes Ueberschüsse, Verteilte Kapitalrente.

Das ergibt eine Kapitalsumme von insgesamt 10 330 Millionen

Er hätte (wie ein Dämon) (schrie) Triolen-Schäferlein gemacht. Doch solche Scherze treibt nur Schad, Der sich mit Recht das leisten kann: Er ist ein die, er ist ein die, er ist ein Vielgeliebter Mann.

Der Stadtrat Fischbed, oft gerügt Von wegen städtischem Alsh, Häßt selber die Reporter hin, Häßt alles schön und schwabbel viel. Er wirft sich mächtig in die Brust. Doch ist trotzdem nichts mit ihm los. Er ist ein Wicht, er ist ein Wicht, er ist ein Wichtigter bloß.

Graf Hochberg, der verlornen Sohn, Beging viel Streiche manches Jahr. Vom Vater ward er drum enterd; So sank er rosch zum Proletar. Was ist nun dieser junge Graf In der Enterditen großem Heer? Er ist ein Tropf, er ist ein Tropf, er ist ein Tropfen nur im Meer.

In Janushau im Keller stahl Den ganzen Wein verschminkt ein Dieb. Entrüstung herrscht im Juntertschloß, Weil nur ein Fläschchen übrig blieb. Laut schimpft der Herr von Oldenburg: „Du knapp für meinen Durst!“ und stöhnt. Er ist ein Oze, er ist ein Oze, er ist ein Ochoft Wein gewöhnt.

Notizen.

— Vorträge. Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft veranstaltet am Donnerstag, den 7. April, die Fortsetzung und Diskussion des Waegeschen Vortrages über das Problem der Urzeugung. (8 1/2 Uhr im Zimmer 109 des Berliner Rathauses.) Gäste haben unentgeltlich Zutritt.

— Ausstellungen. Die Königlich im Kunstgewerbemuseum veranstaltete Ausstellung dekorativer Siedererlen und Textilarbeiten der Frau F. J. Höfel findet am Potsdamerplatz, Veltelinstraße 21/22, im Atelier eine Fortsetzung. Die eigenartigen Arbeiten sind werktätlich von 10—5, Sonntags von 12—2 Uhr zu besichtigen.

— Messers Pläne für die neuen Berliner Museumsbauten findet man zum erstenmal im Aprilheft der Kunstzeitschrift „Kunst und Künstler“ abgebildet. Sie werden von dem Architekten W. C. Wendt interpretiert und ermöglichten, da auch ein Grundriß beigegeben worden ist, eine lebendige Vorstellung davon, wie die Museumsinsel nach Fertigstellung der implannten Bauten durch Stadtbaurat Hoffmann aussehen wird. (Hoffentlich wird über die von Wede vorgesehene Anordnung: deutsche und asiatische Abteilungen rings um den Pergamonhof und die Raumvergebung für den Pergamonaltar und manches andere noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.)

Kleines feuilleton.

Die Wünschelrute. Die lebhaftesten Erörterungen, die sich in Deutschland in den letzten Jahren an die Wünschelrute geknüpft haben, waren durch die Persönlichkeiten, die im Vordergrund standen, aus dem Rahmen einer rein wissenschaftlichen Streitfrage herausgehoben. Die Entsendung zweier Matadore im Wasserfinden nach Deutsch-Schwabafrika hat besonders dazu beigetragen, eine lebhafteste Besprechung und einen starken Widerstreit der Meinungen herbeizuführen. Der Umfang und die Festigkeit des Streits verleiht einer sachlichen zusammenfassenden Darstellung des Gegenstandes doppelten Wert. Vor kurzem hat Dr. Wegner, Privatdozent an der Universität Münster, einen in der Zeitschrift „Natur und Offenbarung“ veröffentlichten Vortrag gehalten, der in vorzüglicher Weise den wahren Kern aus der Fülle des „poetischen“ Weimerts herauslöst. Die Wünschelruten-Bewegung der letzten Zeit kann man als eine der vielen Beispiele für die „Ewige Wiederkehr des Gleichen“ heranziehen, die sich gerade auf dem Gebiete des Mystischen und Okultistischen in großer Anzahl finden. Die geheimnisvolle Rute läßt sich geschichtlich ein Jahrtausend zurückverfolgen. Sehr wahrscheinlich ist sie noch beträchtlich älter. So oft in der Naturwissenschaft irgendwie von neuen Kräften die Rede war, denen gerade die Seltenheit ihrer Offenbarung den Zauber des Geheimnisvollen verlieh, tauchte sie wieder auf. So war es zu der Zeit, als Newton mit genialem Forscherblick das Wesen der Schwerkraft erpäßte, die ja dem seltsamen nach den Schätzen unter der Erde zudenden Instrument besonders nahe zu stehen schien. Auch damals war es Wasser und Gold, die man aufzuspüren versuchte. Aber man kann die Wünschelrute auch als den allerdings weitaus weniger leistungsfähigen Ahnen des Polyzehndes betrachten, denn man schrieb ihr die Fähigkeit zu, in der Hand geeigneter Personen auch nach Verbrechern zu suchen und so ihre Entdeckung zu ermöglichen. Auch damals war ihre Leistung vielumstritten. Die Einen wußten von wunderbaren Erfolgen zu berichten, die anderen leugneten jede Wirkung.

Die jüngste Wünschelrutenbewegung hat ihren Sitz namentlich in Deutschland gehabt. Ihre Vertreter behaupten zum Teil, daß von den unterirdischen Schätzen Strahlungen ausgehen, die ihnen nicht allein ermöglichen, das Vorhandensein von Wasser zu ermitteln, sondern auch die Tiefe, in der es sich unterhalb des Erdbodens befindet. Was nun in allererster Linie an den Leistungen der modernen Nutengänger bedenklich erscheint, ist die Tatsache, daß sie angeblich schmale Wasserfontänen von nur einigen Metern Breite im Erdboden festzustellen vermögen, neben denen sich kein weiteres Wasser befindet. Dies steht mit den tatsächlichen geologischen Verhältnissen Deutschlands in entschiedenem Widerspruch. Es konnte daher nicht fehlen, daß gleich zu Beginn der Wünschelrutenbewegung ihre angeblichen Leistungen von Männern der Wissenschaft in sehr drastischer Weise kritisiert und als „unsinnig und lächerlich“ bezeichnet wurden. Die Geologische Landesanstalt in Berlin hat im Laufe der letzten Jahre Gelegenheit gehabt, eine ganze Reihe schlagender Mißerfolge der hervorragendsten Nutengänger festzustellen, denen auch zum Teil ein komischer Beigeschmack nicht fehlte. Wo die Anzeigen der Wünschelrute durch Bohungen bestätigt wurden, liegt keineswegs etwas Wunderbares vor.

Die Rute spielt dabei gar keine Rolle. Es handelt sich vielmehr um Zufälle, die durch die allgemeine Verbreitung von Wasser in den lockeren Bodenschichten, über denen die Versuche stattfanden, genügend erklärt werden. Zudem sind manche Wünschelrutengänger in der Lage, aus geologischen und botanischen Merkmalen Schlüsse zu ziehen, die — vielleicht unbewußt — einen Einfluß ausüben können. Auch reiner Zufall mag in manchen der Fälle vorliegen. Daß unterirdische Wasseradern imstande wären, eine besondere Kraft auszuüben, ist nicht anzunehmen. Vor allem sind wirkliche „Adern“ an sich sehr selten und treten nur im Gebirge auf. Die Nutengänger spüren aber selbstverständlich überall solche Wasseradern auf. Auch die große Unregelmäßigkeit der Leistungen spricht dagegen. Wären geheimnisvolle Kräfte vorhanden, so könnten nicht so zahlreiche Mißerfolge vorkommen. Bei dem Ausschlagen der Rute handelt es sich, sofern nicht absichtliche Täuschung vorliegt, entweder um Autoluggestion oder um ein unabsichtliches Erschlaffen der Arm- und Handmuskulatur. Soweit aber von wirklichen Erfolgen berichtet wird, ist stets daran zu erinnern, daß Bodenbeschaffenheit, Pflanzenwuchs, Reibelbildung u. a. sehr wesentliche Anhaltspunkte für das Vorhandensein von Wasser zu liefern vermögen, die einem geschärften Blick die Stelle seines Vorkommens anzeigen, ohne daß die Zauber-rute dabei mitzuvirken braucht.

Theater.

Wiener Theater. Deutsches Volks-Theater: „Talmas Ende“, ein tragikomischer Akt von Friedrich Kollmann. Talma, der große Schauspieler, der Stolz Frankreichs, der Mann, von dem ein Napoleon das Kaiserliche gelehrt hatte, liegt im Sterben. Aber der Tod hat keine Schrecken für ihn, erklärt er dem Arzt. Es ist leichter zu sterben als den Tod zu spielen. Aber ist er nicht schon so oft auf der Bühne gestorben? Nur eines macht dem Mimen Sorge: daß er nicht stillos, daß er mit schöner Miene sterbe. Ein Talma kann doch nicht hingehen wie ein Juderbäder oder wie der Sohn eines kleinen Advokaten, der zufällig Kaiser geworden ist! Er bezieht sich im Spiegel und erfährt mit dem sicheren Gefühl für die Momentforderungen der Szene seine Rolle: Er ist der sterbende Tiberius. Und Talma erbebt sich vom Lager, die Decke wird ihm zur edel geschwungenen Toga, er läßt sich Kronreif und Szepter reichen, er ist gerüstet. Und er hört den Tod klopfen und spricht mit Würde die Scheideworte und bricht jählings zusammen. Erdrückt fahrt der Arzt auf ihn zu: „Ruh ist es aus. Talma hat ausgepielt.“ „Nein, noch nicht“, lächelt Talma. Er hat nur gespielt. Und er will weiter spielen. Darf nicht spielen leben? Er will den Tod so gut spielen, daß der Beschämt abziehen mag. Der Arzt verzieht, wird klug und läßt sich nicht mehr narren. Mag Talma um Leben stehen, zittern, röheln, zu Boden sinken, der Arzt mahnt nur: „Uebertreiben Sie nicht!“ Aber er beugt sich zu einem Toten nieder. — Alfred Volgas und Alfred Friedmann (= Friedrich Kollmann) haben dem Deutschen Theater mit diesem Akt ein feines und feines Bühnenspiel geschenkt. J. L. E.

Humor und Satire.

Ru-Ru-Kuplet.

Genosse Dengsbach, M. d. R., Kam neulich grundlos in Verdacht,

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Turmstraße 55, Ecke Waldstraße
gewährt jedem bei spielend
leichter An- und Abzahlung
mehrjährigen Kredit
auf Waren und Möbel.

Lubascher, S.
Schöneberg, Kolonnen-
str. 9 am Ringbahn.
W. 20,
Kassiererin u. H.

Fritz Schnicke
Weber, Hermann, Danzigerstr. 781.
Wolter, Carl,
Straße 12.
Zuttraun & Co.
W. 57 Cohnstr. 10
best. s. 1887. Möbel- u. stoffliche Waren.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hamb. Messias- u. Römertrank-Koll.
N. 4, Schlegelstr. 2, Fernspr. III, 777.

Dece Brause
Davinage & Co.,
Landsberger Str. 25.

Goldtröpfchen
E. Neese, Möhlhäuser Str. 4.

Sinalco (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick
NO, Landsberger Allee 67/7.

Si-Si
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O., Rudolfstr. 4

Arbeiter-Bekleidung

Kohnen & Jöring
Spezial-Geschäft,
Alexanderstr. 12,
Landsb., Allee 148, Rixd., Bergstr. 65.

Bäckereien, Konditoreien
Eisenbahn-Kaffeebr., vord. p. 10, u. vord.
L.P.P., Feronia 44/17307

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei
Inh.: Paul Hanke.
Läden in allen Stadtteilen.
Herberg, Paul, Amsterdamstr. 29.
Utrechterstr. 17, Burgdorferstr. 14.

Kunze, Groß-Bäckerei
Berlin N., Rangow, Wolfensee.
Kunze, Joh., Laststr. 17, Ecke Raminstr.,
Pallasdenstr. 28, Wilmannstr. 4/5.

Mache, Carl,
Samariter-
Str. 11.
Samariterstr., Ecke Frankfurt, Allee.
Froskenstr. 21, Voigtstr. 22.
Waldyerstr. 1, Grünbergerstr. 19.
Straßburgerstr. 29, Franckestr. 14.

Peter's Gross-Bäckerei
in allen Stadtteilen und Getlichen
Vororten; über 60 eigene Geschäfte.
Schäpe, H., Rixdorf, Bergstr. 84.
Schütt, G., Berlin O., NO.

Th. Turban
Landbrotbäckerei, Nieder-
barnimstr. 6, Landsb. Allee 146.

Ulbrich
Charlottenburg,
30 Filialen.

Badeanstalten
Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61.
Diana-Bad, Köpenicker Str. 32.

Bad Frankfurt, Gr. Frankf. Str. 128.
Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Bad Invalidenstr. 16.
Bad Landsberger Str. 107,
Gellnowstraße 41.

Bad Neander, Köpenicker Str. 170.
Münchener Bad, Köpenicker Str. 51.
Neander-Bad, Neanderstr. 12.

Bad Ostend
Boxberger Str. 17.
Liefer. aller Kassen.

Bad Petersburgerstr. 84.
Prinzen-Bad, Prinzenstr. 42.
Russ.-röm. Bad, Stephanstr. 48.

Victoria-Bad, Lützow-Platz, Fr. Albrechtstr. 4.

Sandagen, Gummiwaren
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Meyer, P. R., Berlinerstr. 49-50.

Panschow
Charlottenburg,
Scharrenstr. 37.
E. Saxe, Kastanien-Allee 39.
Tschache, M., Penkow, Breitestr. 20b.

Wende, A.,
Turmstr. 34,
Optiker.
Zimmermann, Rich., gr. Frankf. Str. 112.

Beerdigungsanst., Sargm.
Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 124.
Jordas, E., Birkenstr. 12, Moab. 3194.

Peter-Schley, Wilm., Zossenerstr. 37.
Rombeck, C., H., Hermannstr. 22.
Wegner, F., R., Eberstr. 21.

Ad. Winkel, Char., Spandauerberg 30.

Beleucht.-Gegenstände
Böttner, A., Danzigerstr. 95.
Neuendorf, O. P., L. d. Spar-Vor. Nord.

Schrammar, H., Rixdorfstr. 118.
Stob, M., R., Kaiser-Friedrichstr. 219.

Berufsbildung
Bohn, R., Invalid.-Str. 125, Chausseestr. 129.

Garderober, Nordstern, Franzstr. 26.
Gelbes Schloss, Brunnenstr. 107.

Göbe, A., Friedländerstr. 101.
Graf & Heyn,
Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Hamburger Leuten, Charl., Wallstr. 33.
Keiner, Otto, Gerichtstraße 115.
Pahr, Wilh., Brunnenstr. 85.

Schlesinger, Hermann
N. W., Turmstraße 63 Die richtigen
W. Reinkond.-Str. 43 Sachsen.
Lieferant d. Konsumgenossenschaft.

Er erscheint 2 mal wöchentlich.

Wilh. Scholem
Kottbuserdamm 94, Keller.
Schuch, M., Rixdorf,
Berlinerstr. 12.
Spandau, Havelstr. 11, Spandau,
Rheinländische Arbeiter-
und Berufskleidung, S. Lindemann.

Schwalbe, Wilh., Wolliner Str. 12.
Mühlendamm 2.
Wecker, A., Kottbuserdamm 94.

Bierbrauereien, Bierhdlg.
Bergbrauerei
Feinstes Doppelbier
Tel. III, 1412.

Patzenhofer Brauerei
Die
Patzenhofer Flaschenbier
sind in allen einschlägigen
Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei
Berliner Weißbier-Brauerei, Carl
Richter, Berlin N., Dalldorf, St. 23, T. 1280
Bier-Verlag, Gitschinerstr. 90.

Max Böhm
Weiß- u. Malz-
Bierbrauerei.
Marienburgerstr. 17.

BORUSSIA
Malzbier.

Brauerei „Germania“
Actien-Gesellschaft.
In ca. 100 eig. Ausschanklokal.
4/10 L. Baisisch 10 Pfg.,
kl. Weiße 10, gr. Weiße 20 Pfg.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenburg.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg,
Versand- und Pilsener Bier.
Brauerei Weissensee, G. Kadere.

Groterjans
Malzbier, Schiess- u. Allee 130, Tel. III, 1463.
Hempel, E., Müllerstr. 128/4.
Kahlenberg, A., Müllerstr. 156c.

Kaiser-Brauerei A. G.
schwerstes „Helles“ Berlin.
Lubenbrauerei Weissensee.
Malz- u. Weißbier-Brauerei Stern,
N. Prinz-Allee 77, Tel.-A. Moabit, 2921.

S. D. Moewes
Hohersteing 67, Teleph. I, 4560.

Phönix-
Brauerei
A. G.
Erstklassige
Biere.

Richter & Co., J. C. A.,
Weissbierbrauerei,
gegr. 1820.
Berlin O. 54, Tel. III, 1517.

Roland
Flaschenbierversand,
G. m. b. H.

Schlossbrauerei Schöneberg.
Schlossbräu - Kronenbräu
in Gebinden und Flaschen.
Spandauerberg-Brauerei,
Westend.

Stauch, Christian, Weiß- u. Malzbier-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1883.
Strohblow & Co., Weißb., Gerichtstr. 43.

Vereins-Brauerei
Rixdorf!
Berliner Kindl.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Weißbier Albert Braun.
Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle
Friedrichstr. 128, Tel. III, 2542.

Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasdenstr. 97, Tel.-A. VII, 2034.

Butter, Elor, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann
20 Filialen in Berlin O.

Max Baensch, 8 Filialen.
Dinkler, Otto, 11 Filialen.

Carl Franke
Gegr. 1881.
Nachf.
F. Hagen 22 Verkaufsstellen.

Hasse, Wilh., Sebastianstr. 25.
Grünauerstr. 13.
Kersten, Gebr., Wörther Str. 33a.
Lichtenstein, A., Theaterstr. 22.

Maeding, J., Markth., Andreastr. 7.
Gr. Weg 97.
Müller, Ernst Max
in Berlin NO.,
prima Wurst- und Fleischwaren.

Butterhandlung Fritz Muth.
14 Filialen
in Berlin N. u. NO.
Pommerski, Paul
Fappel-Allee 18,
Chorinerstr. 22.

Schröter, R.
35 Verkaufsstellen.
Schulz, Arthur, R., Hermannstr. 29 u. 43.

Beer, Gust., Müllerstr. 15b.
Cyliax, G., Filialen in allen
Stadtteilen.
Seiffert, Erich, Filialen in Berlin
und Vororten.
Werkmeister & Reuterstr. O., Gr. Frank-
furter Str. 65, Gr. Wg. 114, Drossen Str. 68.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cigarrenhandlungen
Adelt, A. G., Müllerstr. 12.
Rixdorf.
Böckmann, J., Bergstr. 128/37.

Conrad, W. R., Hermannstr. 50.
Alfred Dieck, Koppenstr. 72.
Friedrich, Zigaretten, Rixdorf.

Frei-Rauch, Ringbahnstr. 20, T. R. 1346.
Gessle, Rudolf, Fruchtstr. 66.
Hennig, A., S. Camphausenstr. 13.

Alb. Kasulke
Filialen
in allen
Stadtteilen.
Kochorrek, G., Kreuzbergstr. 16-20.
Krebs, Aug., Rixdorf, Bergstr. 124.

H. Mische, Beußelstr. 32.
Müller, Paul, Beußelstr. 25.
Willy Müstertmann, Gleditschstr. 48.

Priegent, Wilh., Bellealliancestr. 75.
Schirmer, A., Invalidenstr. 2.
Strahler, W., SW, Nostitzstr. 12.

T. A. G., Koppenhagen Str. 2.
Teuber, Franz, Urbanstr. 25.
Weber, K., R., Hermannstr. 119.

Weiters, Theod., Bücherstr. 25.

Damenkonfektion
Hugo Ahronfeld,
Gr. Frankf. Str. 117, Badstr. 27.
Hess, Klara, Hildstr. 10, Rixdorf.

Oscar Basch,
Damen- und Kindermäntel,
Oranienstr. 202/4.
Blusen-Kab., R., Berliner Str. 7.

Schönhauser Allee 84.
Carl Bräutigam,
Ecke Rodenbergstr.
Cohn, Geschw., Borgmannstr. 9.

Czerwikski, F., Reichenberg-Str. 132.
Dressel,
Ecke Festalunstr.
Siegmond Eisenstadt,
Schöneberg,
Hauptstr. 124.

Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67.
Graf & Heyn,
Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Hirschowitz,
Hermannstr. 34.
König,
Blusen, Kostüme,
Wäsche, Maschenstr. 12.

Link, Paul,
Rixdorf, Reuterstr. 62, s. d. Kaiser
Friedrichstr. Damen-Mäntel-Fabr.

Paul Loewenthal
Rosenthaler Straße 16/17.
Wagner, P., Rixdorf, Bergstr. 42.

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 114.
Bel. Vorzeigung 3 1/2 Rabatt.

A. Kieper, Nowawes
Friedrichstraße 28.

Drogen u. Farben
Domsalla, W., Falckensteinst. 44.
Gottschalk, Otto, Kreuzstr. 52.

Göhring, U. R., Hermannstr. 144.
Günther, Paul, Stralauer Allee 18.
Helling, Drogerie, Frankf. Allee 156.

Hesse, Max, Spandau, Breite Str. 42.
Krause, Carl, Brunnenstr. 27.
Krause-Drogerie, Alt-Boxhagen 49.

Lorch, Ph., Reichenberg-Str. 114.
W. Metzke, Charl., Potsdamerstr. 8.
Rangow, Kopenstr. 96, s. Schiess. Hdt.

Richter, N., Reinkond.-Str. 110.
Schönefeld, W., Schiessstr. 39/40.
Schultz, Hugo, Müllerstr. 160a.

Photogr. Bod.-Art., Hyg. Gummi,
Schwedenstr. 1.
Koloniestr. 126.
Edmond Buchloh, Soldatenstr. 20.

Lieferant sämtl. Krankenk. T. II, 3668.
Rob. Welsch, Frankfurt, Chaussee 26.
Witt Weich, Charl., Nehringerstr. 12.

Eisen- u. Stahl- u. Waffen
Alm, O., H., Kaiser-Friedrichstr. 6.
W. Allmer, Mühlstr. 24.

Anders, Otto, Berlin, Brunnenstr. 109.
Berlin 50.
Brenneke, G., Wrangelstr. 94.

M. Eggeling, Müllerstr. 29.
Willy Erpel, Turmstr. 29.
J. Fehrmann, Birkenstr. 57.

Berlin 50.
Jacob, Otto
Wrangelstr. 19.
Carl Jung, Strocestr. 21.

Rixdorf.
Klessling, G., Bergstr. 32.
Berlin 50.
Kniesch, A., Skalitzerstr. 40 H.

Schönhauser Allee 80,
Ringbahnhof.
Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1.
Linde, F., Rixdorf, Friedenstr. 35/36.

Lübcke, Ernst, Samariterstr. 12.
Franz Müller, Weimannstr. 57.
Pannke, Max, R., Berlinerstr. 82.

Max Richter, Schönhauser Allee 104.
Rössel, F., Markgrafendamm 2.
Rühlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seest.

A. Sandvoss, Neue Kochstr. 25.
Schröder, G., R., Hermannstr. 29/60.
J. C. Schütze Nachf.,
21.
Hetz, Schupke, Wielefstr. 12/13.

Sellach, Th., R., Hermannstr. 48.
Invalidenstr. 123.
Georg Stasnowski,
Ecke Gartenstr.
Moabit.
Wolf, Carl, Turmstr. 69.

Wurmsee, Max Nachf., Invalidenstr. 2.

Fahrräder, Nähmaschinen
M. Abele, Brunnenstr. 70.
Carl Arndt, Potsdamerstr. 82c.

Baum, Emil, Schöneberg, Herberstr. 1.
Bosling, E., Kottbuserdamm 18.
Daedrich, P., R., Kottbuserdamm 77.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Brunnenstr. 25, Kottbuserdamm 9.

Fahrrad-Vertrieb
„Gross-Berlin“
3 Verkaufsstellen:
Neue Schönhauser Str. 2.

Brunnenstr. 14, Badstr. 9.
Schönhauser Allee 160.
Müllerstr. 18, Turmstr. 25.

Mannstr. 29.
Charlottenburg:
Spandauer Berg 29.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser Str. 11.
Fahrradhaus Sport, Charlottenburg.

Bismarckstr. 80, Arb.-Radf. 109, Rab.
Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40.

G. Haller, Charl., Rismarkstr. 79.
Alta Jacobstr. 32.
Haußherr, Willy, Katalog umsonst.

Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel.
Wilh. Herzog, Pallasstr. 3.
Sternfahrrad-Industrie,
Brunnenstr. 35 b.

Holz, Wilh.,
Lothringergstr. 40, Teilschlag.
Stagitz, Schloßstr. 114.

Kanachewski, A., Schiessstr. 22.
Eppendorferstr. 47a.
Krüger, Rich., Lützowstr. 2.

Charles Lehmann
Neue Schönb. Str. 8.
Quergebäude.
Leopold & Schulz, Danzigerstr. 25.

W. Malloschky, Schiessstr. 43.
Reinickendorfer Str. 106,
Chausseestr. 51.
Carl Müller,
G. Pluge, Birkenstr. 77.

Pöble, Reih., Schöneberg, Hauptstr. 105.
Röper, Carl, Petersb.-Str. 4, Prater Allee.
Röpke, G. R., Hohenzollernplatz 15.

Rund um Berlin
Weimannstr. 5.
Kataloge gratis und franko.
Schäfers, Willy, Charibg., Schulstr. 3.

Wendel,
Invalidenstr. 20, Turmstr. 21.
Teilzahlung gestattet.
A. Wodnick, Apostel-Paulustr. 41.

Färberien, Wäschereien
Carl Pollnow,
Frankfurter Allee 63.
20 Filialen.

Berliner Dampf-Wäscherei
Fritz Hering, Neue Königstr. 84.

Meesters, Th.
Osw. Naefe
ärbererei
chem. Wäscherei

Fbr. Britz, Rödowstr. 34.
Pfl. Rixd., Bergstr. 74 u. 101.
Kist. Kais. Fdr.-St. 195a, 244.

Friedenstr. 34.
Stelmmeistr. 41.
Liebaustr. 23.

Mn. Lausitzerplatz 4.
Warschauerstr. 8.
Schivelbeinerstr. 29.

Estrel, 25, Rixd. 62.
Kastanienallee 27.
Bernhardstr. 15.

Bernauerstr. 25.
Goltzstr. 12.
Aksienstr. 6.
Hauptstr. 108.

Stenzel, Paul, 10 Geschäfte
in Nord-Berlin.
Fischhandlungen
Bergstr. 5 u. 17.
Kottbuserd. 29.

Winkler & Bärhold,
Kottbuserd. 29.
Fischereien u. Wurstw.
Biesold, K., R., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken
kaufen Sie am besten u. billigsten bei
Anton Fehiau,
Genthardstr. Stadtbahnhof Ecke
Königsgr. u. Androsstr. 47, Lands-
bergerstr. 96, Königsbergerstr. 6,
Landsb. Allee 90, Rixd., Bergstr. 16.

Hassenstein, A. O., Badstr. 12.
Emdenerstr. 2.
Turmstr. 67.

Wähle, Gust.,
Emdenerstr. 2.
Turmstr. 67.
Grammophon, Sprechm.
Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, L.

Goetsch, Frd., Alt-Moabit 197, Edison.
Lothringergstr. 40, Teilschlag.
Steglich, Schloßstr. 114.

Hoyer, A., Bergstr. 163 I.
Jahre, M., Brunnenstraße 117.
Teilschlag, gestattet.

Phonographen-Hatz
größtes Spezialhaus.
Plitsch, Hugo, Müllerstr. 143.
Spezialgeschäft.
Reimann, Hackeher Markt 4, Teilschlag.

Rund um Berlin
Weimannstr. 2.
Haus- u. Köchengeräte
Dähnert, O., Rixdorf,
Bergstr. 121.

Wilmersdorfer
Straße 118/119.
Spandau, Schönefeld, 94/92.
Kassella, Glas, Petzalla, Lasyer.

Greilwälder Str. 227.
Spez.: Kochkisten.
Wedding.
Küchen-Schreiber,
Dalldorfstr. 19.

B. Laucke, Wilmersdorfer, Berl. Str. 57.
Lehnert, Emil, Brunnenstr. 178.
Palme, H., Frankf. Chaussee 61 d.

Grüner Weg 42.
Gaskoch., 86, Schiess.
Rohrkämper F. Nachf., Frkf. Allee 12.

Wilmersdorfer Str. 120.
Lampen.
Rixdorf.
Schreiber, Ad., Bergstr. 149.

Wurmsee, Max Nachf., Invalidenstr. 2.
Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 66.
Brocks, J., Müllerstr. 129, 3 1/2 Rab.

Brückner, Rich., Frankf. Allee 34.
Die berühmte Feinwäscherei, Badstr. 44.

Martin Grüssel, Alt-Moabit 115.
Friedrichstr. 114, Petersb.
Körnig, Otto, Str. 65, Warschauer Str. 23.

Krause, Wilh., R., Hermannstr. 171.
Bernh. Levy, Schöneb., Hauptstr. 72.

Litauer, Fr., Frankf. Allee 184.
Rosenstr. 12.
Mahnke, Adolf, Hdt. u. Schiess.
Nord-Ost, Gr. Frankf. Str. 120.

Hermann Robert, Beußelstr. 29.
Ruben, Oscar, Turmstr. 58.

Turmstr. 58.
Schlesinger,
Reinickendorferstr. 48.
Wienstr. 14 B.

Ad. Treptow, Handschuhe, Badstr. 14.
Zelko, Louis, Oranienstr. 131.

Zelko, Max, Stettinerstr. 2.

Horren- u. Knabengard.
Amerikanische Verkaufshallen.
Frankf. Allee 184, Rosenhauerstr. 23.

Rehrens, R., Kaiser-Friedrichstr. 22a.
Bergmann, H., Turmstr. 42.
Bosser, Julius, R., Bergstr. 19.

Bier, Julius, Brunnenstr. 164.
Blitz!
Goltzstr. 26.

Bohn, R.,
Invalidenstr. 123 6 1/2.
Chausseestr. 129 6 1/2.

Turmstr. 41,
auch nach Maß.
Garderoberhaus Lauter, Rügenstr. 14.

Garderoberhaus Nordstern, Brunnenstr. 35.
Haber, S., Invalidenstr. 112.

Herr-Bekleidung, Kreuzstr. 7, Hdt. 84.
Hirsch, J., Hochmeisterstr. 22.

Reichenberger Str. 65.
S. Hoffmann, Charl., Wilmersd. Str. 12.

Link & Stupecki, Schöneb. Allee 79c.
R. Ludwig, Hüttenstr. 70, Parlo-

berger, Ecke Lübecker Str., s. d. Rixd.
Mahlke, J., Pöckelstr. 28, 30a Rab.

Barthelme, 1, 1.
Markts, F.,
am Lützow, d. h.
bill. Preise, Teilschlag gestattet.

Th. Meyer & Co., Frkf. Chaussee 10, s. Mal.
Müller, Adelf., Grüner Weg 78.
Ost, W., Frankf. Allee 117, s. Mal.

Pfandliehe, Petersburger Str. 37.
Ratzig, Ad., Frankf. Allee 107.

Ringel
Sie kaufen reell auch nach Maß.
Maß 31, Chausseestr. 31.

Rosner, Max,
Schneidmeister,
Rixd., Bergstr. 34/31.
Lager fertig und nach Maß.

Salberg, H., Badstr. 58, fert. u. n. Maß.
Salomon, Jal., Brunnenstr. 24.

Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 105 a.

Möbel-Gelegenheitskäufe!
Wirtschaften aller Preislagen
Willy Hasemanns Möbel-Haus
Grünwaldstr. 27

Möbel Kaufhaus Norden, Möllersstr. 181.
Möbel-Kaufh. „Süden“, Köth. Damm 22.

Möbel Krause Möbel
Kastanien-Allee 40.

Teilzahlung gestattet
Möbel-Rosien, Allee 57.

Möbels, Rudolph, Ackerstr. 130.
Nagott, El., Richardplatz 3, Alt. Neu.
Neumann, M., Oranienstr. 202.
Vorw.-Lern 3.

J. Ostrowski jr.
Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor
Möbel Spiegel Polsterwaren
gegen Bar- u. Teilzahlung.

Neukirch, Gebr., Langestr. 9.
Stralauerstr. 32.
Am Molkenmarkt.

Herm. Pödehl, N. Lybener Str. 1
E. Danziger Str.

Prüssing, Ladw., Gartenstr. 23.
Rehfeld, A., Buttmanstr. 29. Gelegenheitskäufe, kompl. Elnr. v. 140 M. an.

C. Reiter Nachf., Veteranenstr. 21.
Reitig, Fr. M., Fennstr. 44.

Gustav Richter, Möbel-Fabrik
Kastanien-Allee 26.
Köpenick, Grünauer Str. 9.
O. Schönnewide, Wilhelmshafenstr. 20

Schmidt, Otto, Möbelfabrik,
Gartenstr. 52.

Herm. Schulz, Waldenser
Str. 12.
Rob. Schulz, Frenzauer Allee 21.

Siebeky W., Gniesenerstraße 18,
eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.

Stargard, O., Neus Königst. 29.
Geleg.-Käufe g. Bar- u. Teilzahl.

C. F. A. Stoffer & Co.,
Friedrichstr. 77, Goltzstr. 40 a.

Stoye, Bernh., N. 29, Frinzen-Allee 69.
Uhr, Johannes, Grünhaldenstr. 69.

Wendland, Ernst, Swinemünder
Straße 121.
Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahlung.

Werthers, Möbelfabrik
Gottkowskystr. 27.

Witt, N., Wilhelmshafenstr. 54.
Gr. Frkf. Str. 45/46,
auch Teilzahlung.

Misch, Wilh., Zierau, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47

Molkereien
„Schweizerhof“,
Meierei und Milchkanstalt, liefert
Vollmilch u. Kindermilch z. jed. Tageszeit
frei Haus zu d. üblich. Preisen.
Zirka 100 Verkaufswagen.

Musikinstrumente
Braun, Emil, Musikhaus „Osten“
Boxhag. Str. 3.
Grasow, A., Frankfurter Allee 150.
Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.
Pfeiffers Musikh., Kottb. Damm 99.
Schnitzke, Otto, El., Richardstr. 115.
Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b.
Schulz, Pieschmann & Co., Brunnenstr. 25.

Schweizer Musikhaus
N., 98 Stargarder Str. 67.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 25.
Waschmaschinen.
Göhre, R., Rl., Berlinerstr. 59 I.
Ed. Kruda, Rosenthalerstr. 19.
Alle Systeme; Teilzahlung.
Littauer, Vertr. Wilke, Rl., Berlinerstr. 64.
Hermannstr. 59/60.

Pfaff-Nähmaschinen
G. Wendt, Wilnack St. 35

Phönix-Nähmaschinen
die besten der Gegenwart
kauft man - auch auf Abzahlung
W., Kronenstr. 57.
N., Danzigerstr. 79.
N., Swinemünderstr. 87.
N., Bollermannstr. 54.
O., Frankfurter Allee 148.
O., Tischlerstr. 77.
O., Boxhagenerstr. 18/19.
SO., Reichenbergerstr. 134.

In Rixdorf:
Berlinerstr. 22, Bergstr. 123.

Optiker
Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.
Hochstim, O., Rl., Berlinerstr. 32.
Schubert, Carl, El., Bergstr. 148.
Werner, Herm., Pappel-Allee 3-4.

Papier- u. Schreibwaren
Seldler, Louis, Rl., Bergstr. 42.
Vogt, Wilh., Skalitzerstr. 75.

Putz- u. Modewaren
Bless, Paul, Rl., Hermannstr. 161
am Bahnhof.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1.
Spezialität: Putz.

Hannach, Geschw., Rixdorf,
Bergstr. 23.

Hirsch, S., Brückenstr. 6 b. Ver-
kaufsfabrikpreisen.

Klar, H., Seidenb. Str. 139. Spez. Putz.

Kaufhaus f. Damenputz
Adolf Cohn jr.
Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage.

Modehaus
Wilhelm Metzner
Große Frankfurterstraße 22
Spezialhaus für Damenhüte.

Restorhandlungen
Soebck, F., Spandau, Potsdamerstr. 20.
Weiß, Emma, Rixdorf, Bergstr. 132.

Schirme u. Stöcke
Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Schlesinger, Niednar, Ost., Brunnenstr. 113.
Reinickend. Str. 68.
Lief. d. Kassenspassgesch.

Schulz, Osw., Rl., Bergstr. 141.

Schuhwaren
Bartel, E., Adalbertstr. 19.
Barack, S., Goltzstr. 41.

Behnke, Marienburgerstr. 11. LL. Kons.
H. Beklers, Mirbachstr. 64., Lieferant
d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.

Bornschein, H., Rixdorf,
Cosrad, Paul, Frankf. Allee 171.
Birkenstr. 52.

Ed. Drechsler, Havelbergerstr. 31.
Fäse, B., Müllerstr. 163 a. Lieferant d.
Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.

Fiebig, C., Goltzstr. 28, am
Winterfeldplatz.

Floor, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Bbf.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Otto Gular, Swinemünderstr. 36.
Am

Hannes, Gust., Weddingpl. 1.
Tempelhof,
Berlinerstr. 110.

Helrich Johann, Petersburgerstr. 36.
Hering, C., Petersburgerstr. 90.

O. Hoffmann, Charl., Danckelms-Str. 33.
Horloze, Granseerstr. 3, Fransekist. 14.

Heise, Heinr., Badstr. 17. Lieferant
der Konsum-Genossenschaft.

Hübner, C., Rosenthalerstr. 13.
Janke, Hermann, Holzmarktstr. 60.

Janke, F., Stralauer-Allee 17 a.
Herm. Jentsch, Charl., Rosinenstr. 2.

H. Jentsch, Badstr. 54. Penn-
Kaufhaus f. Schuhwaren Str. 60.

Klein, A., Brunnenstr. 179.
St. Klama, Charl., Danckelmannstr. 52.

Kramer, Wilm., Berlinerstr. 131.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118 a.

J. Lewy, Schöneb., Hauptstr. 142.
Lücke, Herm., Waldemirstr. 63.

Rich. Maeder, Charl., Berlinerstr. 120.
Masuch, Otto, Rälisstr. 14. 5/6, Sabati

Michling, A., Weidenweg 20.

Paul Mille, Stromstr. 35.
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.

Neustadt, Potsdamerstr. 45.
Massenstrasse 14.

Odrowski, F., Kottbuserdamm 102.
Oesterling, O., Grüner Weg 107.

Pfandlohe, Petersburgerstr. 37.
Petersohn, Osk., Möllersstr. 155.

Räsener, Gelegenheitskäufe
Brunnenstr. 20.
Saalheim, F., Rl., Hermannstr. 66.

Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Hermannstr. 32.

Schreier, J., Kottbuserdamm 40.
Rosenh.-Str. 55.

Schuhhaus Böhm, Schick Allee 125 a.
Rixdorf, Bergstr. 43.

Schuhh. Max Kob., Bellealliancestr. 98.

Schuhwarenhaus des Westens, York-
straße 24/26

Schüler, Wilh., Schöneb. Allee 5.
Sommer, Wilh., N. Schöneb. Allee 85.

Tauscher, E., Weidens. Käselgasse 41b.
Thewald, W., Miltewaldenstr. 28. LL. Kons.

Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1a.
Rixdorf,

Wegner, R., Bergstr. 141.
Winter, H., Schönehauser Allee 91.

Zastrow, E., Rl., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Marke Leander, Brunnenstr. 137.

Schuhwarenhaus „Napies“
Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Andreasstr.

Seifen
John, A., Memelstr. 48 a,
Annenstr. 32.
Alle Haushaltungsgüter.

Hugo Joske, Seifen eig. Erzeug-
Salon-Petrol., Brennpfirt., Putzw-
Lief. f. Haus NW, Kais.-Allee 4, T. II. 948.

R. Semrau, Wrangelstr. 115.
Pöcklerstr. 26, Eisenbahnstr. 26.

Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 140.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Straße 118/119.

Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.

Trauer-Magazin
Westmann
Mohrenstr. 37 a, Gr. Frankf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren
Abel, Goltzstr. 30.
Annenstr. 32.
am Winterfeldplatz.

Arlt, Herm., Mantuffelstr. 114.
J. Behrendt, Wrangelstr. 62.

Otto Brauer, Möllersstr. 164.
Brise, Ernst, Rl., Berlinerstr. 61.

Birger, Jul., Möllersstr. 6.
David, Max, Brunnenstr. 43.

Ebert, Otto, Huttenstraße
Nr. 67.

Elinghausen, Gebr., Grünerweg 46.
Fabian, Max, SO 36, Wienerstr. 25.

Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 9.
Priese, Konrad, Möllersstr. 4.

J. Gebhardt, Charlottenburg,
Berlinerstr. 124.

George, Adolph, Badstr. 65.
Chr. Geger, Kettebeckplatz.

Goericks, C., Pöcklerstr. 36.
Gronadies, P., Andreasstr. 29.

Ernst Henke, Brunnenstr. 68.
J. Herzog, Charl., Postlorenzstr. 21.

B. Hirschfeld, Rosenth.-Str. 26, Rep.
Boussestr. 76.

Hüppauf & Kaempf, Kottb. Damm 38.
Martin Klein, Neus Hochstr. 25.

Kniebusch, W., Frankf. Chaussee 61.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.

Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Königstr.

Lewin, Adolf, 43-44.
Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 63.

Lux, Carl, N. Chaussee 41.
Mildt, A., Charl., Krummenstr. 17.

Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 51.
Osterloh, M., Gr. Frankfurter Str. 135.

Pfandlohe, Petersburgerstr. 37.
Quitrow, Joh., Müllerstr. 1a.

Rapp, Chr., Weidens., Ost. Möllersstr. 157.
Rixdorf,

Rudolph, H., Bergstr. 132.
Joh. Schallan, Schöneb. Allee a. Tor.

Schönemann, G., Rl., Berlinerstr. 73.
Frankf. Chaussee

Schrader, Otto, Nr. 8.
Rich. Schramm, Turmstr. 22.

Schroth, Emil, Kottbuserdamm 101.
P. Schuch, Charl., Knobelsdorffstr. 40.

Schulz, Osw., Frankfurter Allee 24.
Schumacher, O., Tegel, Berlinerstr. 54.

Carl Stuh, Dresdenstr. 134.
Sturm, Erich, Tegel, Hermannstr. 11.

Strunk, Truxa, W., Frankf. Allee 155.
Landsbergerstr. 62.

Ueckermann, G., Skalitzerstr. 98.
Otto Wartig, Triftstr. 3.

F. Wenig, Möllersstr. 36.

Werner, Herm., Pappel-Allee
Nr. 3-4.

Willer, Hans, Rosenthalerstr. 63/64.
Winkler, W., Reinickendorferstr. 22.

Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.
Welter, M., Rl., a. Bahnh., Hermannstr.

Wüstney, O., Brunnenstr. 100.
Troskow-Str. 7.

Wutke, Karl, Invalidenstr. 16

Warenhäuser
Bieber, Nf., Yorkstr. 37, am Bbf.

Brünn, Nachf., Frankf.,
Allee 194.

Warenhaus Max Codik
SO., Wrangelstr. 26, Ecke Pöcklerstr.

Loewenberg & Co., Rigaer-
str. 107

am Ballenplatz.
Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 24.

Warenhaus M. Hirsch
Spandau

Weiss, H. & Co., Emselberg,
Vierstieg 1/2.

A. Weiss & Co. Nachf.
Schöneberg, Hauptstr. 11.

Weine u. Fruchtsäfte

Hugo Beling
Weine · Liköre.
Flaschenverk. zu Engrospreisen.
50 Fillingen in Berlin u. Vororten.

Bettinger, Eug., Wald-Ecke, Wickel-
Dennhardt-Schulze, Brunnenstr. 53.

Elle m. Weyle, Likörfabr., Gerichstr. 16.
Groß „Zur Sonne“, Paul Freudenber-
Krüger, Brunnenstr. 183, Kast. Allee 84.

Merion, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Gr. Post. Scharze-
Ecks Wilmersdorferstr.

Reins
Rieß, Fritz, Rl., Hermannsplatz 5.
Schulz, Otto Alb., Frankf. Allee 124.

Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Stadtilien

Sello, Hermann, Einzelverkauf zu Engrospreisen,
auch Liköre u. Säfte,
Brunnenstr. 16 u. Filial-
Einzelverk. z. Engrospr.

Ignatz Sello, Fil. i. allem
Einzelverk. z. Engrospr.

Welbe, W., Hermannstr. 160.
Wendig, Herm., Elisenstr. 11.

Wermuth, Oswald, Kopikapstr. 1.

Weiß, Wollw., Trikotonen
Boeldicke, Max, Chaussee 67.
Strpf. u. Trikotonen.

Bredow, Otto, Rl., Hermannstr. 54.
Wienerstr. 20.

Engel, R., Ecke Forsterstr.
Wilmersdorfer

Graff & Heyn, Straße 118/119.

Jonas, Hermann, Küstrinpl. 1.
Rixdorf,

Juncker, H., Hermannstr. 172.

Kaufhaus London, Rl., Bergstr. 47.
Klar, H., Reichenberger Str. 139.

Kaufhaus Levy, F., Rl., Hermannstr. 25.
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 206.

Raehmer, C., Andreasstr. 69.
Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.

Tichauer, S., Rl., Hermannstr. 51.
Gr. Frankf. Str. 96.

Weber & Heynacher, Frankf. Allee 134.

Wollhaus Lucas, Rixdorf,
Bergstr. 63.

Zahnatel. u. Zahnkünstl.
Beyer, R., Rixdorf,
Bergstr. 122.

Hollbrach, Herm., Pankstr. 5, geg. 1871.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1888.

Lübecke, Franz, Greifswalderstr. 21.

Neu erschienen:

**Führer durch das preussische
Einkommensteuer-Gesetz.**

Von Rud. Wissell. Preis 30 Pf.

**Die Finanzgeschichte
des Deutschen Reiches.**

Von Emanuel Warm. Preis 1.- M.

Die Wahlrechtsvorlage
Verhandlungen des preussischen
Abgeordnetenhauses nach dem
amtlichen Stenogramm der Sitzungen
vom 10. bis 12. Februar 1910.

Preis 60 Pf.

**Die Wertlehre
bei Marx und Lassalle.**

Beitrag zur Geschichte eines wissenschaft-
lichen Widerstandnisses.
Von Tatiana Grigorovici. Preis 2.- M.

**Die Arbeiterklasse
und der Strafgesetzentwurf.**

Von Dr. Siegfried Weinberg. Preis 75 Pf.
Vereinsausgabe 40 Pf.

Sternkalendarium für das Jahr 1910.
Eine erste Einführung in die Astro-
mie. Mit 12 Sternkarten und vielen Abbild.
Von R. Henseling. Preis 75 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Sindenstr. 69, Laden.

DE Thompson
Seifen Pulver
das beste Waschmittel.
1/2 Pfund-Paket 15 Pf.



Die Tatsache, dass

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

am meisten begehrt sind, ist an sich schon ein
schlagender Beweis für die unvergleichlich gute
Qualität dieser Marke. Jeder Juno-Raucher
weiss, dass er beim Einkauf dieser Marke wirk-
lich etwas Gutes erhält und bevorzugt deshalb
das für ihn unentbehrliche Genussmittel vor allen
anderen Marken.

Joseitti-Juno-Cigaretten m. u. o. m. 10 Stck. 20 Pf.

Joseitti Cigarettes · Joseitti Cigarettes

persil

ist das zur Zeit beliebteste überall eingeführte und bestbewährteste
selbsttätige Waschmittel
von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Kein Reiben, kein Bürsten,
kein Waschbrett. Garantiert unschädlich für die Wäsche und voll-
kommen gefahrlos im Gebrauch!
Millionenfach erprobt! Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf,
auch der seit 34 Jahren weltbekanntes

Henkel's Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin u. Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

PALMONA

KUH-BUTTER
Schweinefett

Zuerst

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 10. April, abends 6 1/2 Uhr, findet bei Kabe, Fichtestr. 29, ein Familienabend statt. Vortrag des Zahnarztes Drucker über: „Mund- und Zahnpflege“.

Berliner Nachrichten.

Tiefgreifende Empörung

hat sich der städtischen Arbeiter Berlins bemächtigt ob der Behandlung, die ihren Wünschen und Forderungen auf Verbesserung ihrer Lage und ihren Vertretungen, den Arbeiterausschüssen, zuteil geworden ist.

Die Empörung der Arbeiter ist eine vollkommen berechtigte. Tatsache ist, daß die Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben nur als Dekoration dienen, eine wirkliche Bedeutung hatten sie kaum.

Dann würden auch die städtischen Behörden der Reichshauptstadt genötigt werden, der Arbeiterorganisation die Anerkennung entgegenzubringen, die heute schon Privatunternehmer auf anderen Gebieten den Arbeitern nicht mehr verweigern können.

Schutz unserer Wälder!

Der Berliner Zentralkomitee für die Wald- und Anstiedelungsfrage erläßt einen Aufruf zum Schutz der Wälder und Naturdenkmäler der Reichshauptstadt, der mit circa 500 Namen der Vertreter aller Parteien, der Presse, Vertreter der Kunst und Wissenschaft, von Handel und Industrie, Krankenkassen usw. bedeckt ist.

Trotz aller Klagen und Proteste schreitet die Verwüstung der Berliner Wälder unaufhaltsam fort. Nachdem bereits vieles unüberbringlich dahin ist, droht jetzt die Art großen Teilen des Grunewaldes, der Jungfernheide und der Wälder in der Gegend der Obersee und am Müggelsee, ja selbst eine solche Verste der Natursehenswürdigkeit wie Birkhain werden soll angetastet werden.

Die Unterzeichneter fühlen diese allgemeine Not als ihre eigene mit. Sie und Hunderttausende mit ihnen sind bereit, durch ihre Gemeinden Opfer, selbst wesentliche Opfer zu bringen, aber Abhilfe muß geschaffen werden, und zwar schleunigst!

Zu diesem Ende ist folgendes zu fordern: Erstens der Fortschritt muß in der Berliner Umgegend mit allen Verläufen, Verpachtungen und dergleichen, durch welche Wälder oder Natursehenswürdigkeiten geopfert werden, einhalten, bis durch ein großes planmäßiges Uebereinkommen mit den beteiligten Gemeinden und Kreisen die dauernde Erhaltung der notwendigen Wälder und Natursehenswürdigkeiten gesichert ist.

Zweitens die Groß-Berliner Gemeinden und Kreise müssen nicht nur ihren jetzigen Besitz an Wäldern und Natursehenswürdigkeiten erhalten, sondern auch in großem Maßstabe und selbst unter Aufwendung

erheblicher Opfer hinzu erwerben. Durch Gründung eines Zweckverbandes sind die erforderlichen Kosten in gerechter Weise auf die beteiligten Gemeinden und Kreise zu verteilen.

Drittens ist auch der Verwüstung der im Privatbesitz befindlichen Wälder und Natursehenswürdigkeiten in der Berliner Umgegend schleunig Einhalt zu tun durch Anläufe der öffentlichen Körperschaften, durch ortstatutarische Vorschriften und durch Maßregeln der Befestigung.

Mitbürger! Das Wohl des Volkes wie die Ehre der Reichshauptstadt verlangen, daß das Rettungswerk endlich aufhört, und Sache aller in Betracht kommenden Vereine und Körperschaften ist es, die große Sache in Fluß zu halten und vorwärts zu treiben. Was jetzt verloren geht, ist für alle Zukunft dahin. Jeder tue in seinem Kreise, was er kann! Der Kampf um die Berliner Wälder und Natursehenswürdigkeiten darf nicht zur Ruhe kommen, ehe das Ziel erreicht ist!

Die Verkehrsdeputation beschloß in ihrer Sitzung vom 5. April unter Vorsitz des Oberbürgermeisters dem Antrage der Großen Berliner Straßenbahn entsprechend zu gestatten, daß die Umfahrungsstrecke vor dem Ausstellungsplatz in der Straße Alt-Neubau beseitigt werde.

Die Kirchlichen im Kampfe wider einander.

In der Gethsemanegemeinde ist jetzt noch eine Kirchenwahl vorzunehmen, weil das Ergebnis der dort im Oktober vollzogenen Wahl durch den Vorstand der Kreisynode für ungültig erklärt worden ist.

Seit Wochen ist unsere Gethsemanegemeinde wieder das Ziel einer unheimlichen Agitation von Seiten des positiven Parochialvereins. Kein Mittel wird unversucht gelassen, das Gemeindeglied auf neue unter das Joch einer fanatischen Richtung zu bringen.

Wir haben keinen Anlaß, uns in den Streit der mehr oder minder strenggläubigen Brüder hineinzumengen. Es genügt, die Charakteristik niedriger zu hängen, die der eine dem anderen widmet.

Wenn Deutschnationale demonstrieren

trägt kein Hahn danach, selbst Herr v. Jagow nicht. Das zeigte sich in der Stichwahl nach den letzten Reichstagswahlen. Das wurde wieder offenbar dieser Tage anlässlich der Niederlegung eines Kranzes am Bismarck-Denkmal.

Ob die Herren zu diesem Umzuge die Erlaubnis des Herrn v. Jagow eingeholt und erhalten haben?

Gegen Schulkwänger der Schuttmann!

Schulkinder, die unverbessertlich schwänzen und immer wieder hinter die Schule gehen, können schließlich durch einen Polizisten aus ihrer Wohnung abgeholt und dem Schulhause zugeführt werden.

Wir sind immer der Meinung gewesen und haben das auch mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß viel zu schnell und viel zu oft zu diesem letzten Mittel gegriffen wird. Auch das äußere Drum und Dran solcher Zwangsmaßnahmen von Schulkwängern, z. B. die Zulassung des Gebrauches der Handfessel, ist von uns als ungehörig und dem Erziehungszweck schädlich gerügt worden.

führung von Schulkwängern ohnedies schon für zu groß hält und sich bereits darüber beschwert hat.

Man darf zwar vermuten, daß das Polizeipräsidium nur deshalb von noch reichlicherer Verwendung des Schuttmanns gegen Schulkinder nichts hören will, weil die Schulkinder jetzt mit ihren Kräften haushalten müssen, um gegebenenfalls in Säbelstößen gegen Wahlrechtsdemonstranten sich betätigen zu können.

Gegen die sozialdemokratischen Stadtverordneten wandten sich eine Anzahl Redner in der letzten Sitzung des Hansaplay-Bezirksvereins Moabit am Montag. Der Referent Herr Stadtverordneter Giese hielt einen Vortrag über den städtischen Etat und betonte, daß bei der Staatsberatung im Berliner Stadtparlamente den sämtlichen Fraktionen das harmonische Zusammenarbeiten durch die Taktik der sozialdemokratischen Stadtverordneten in erheblicher Weise erschwert worden sei.

Die Forderungen über die sozialdemokratischen Stadtverordneten sind völlig despotisch. Daß die Sozialdemokraten mit den übrigen bürgerlichen Vertretern nicht an einem Stränge ziehen, ist richtig.

Einmal ist das nicht wahr. Wäre es richtig, dann träte die bürgerlichen Stadtverordneten der schwersten Vorwurf, weil sie schließlich den Bauprojekten des Baurats erst nach eingehender Nachprüfung ihre Zustimmung erteilt haben.

Neue Ausweisarten für die Pflichtfortbildungsschüler. Die Ausweisarten, die unsere Pflichtfortbildungsschüler zu Beginn jedes Halbjahres erhalten, erscheinen in diesem Jahre in etwas veränderter Form.

Klebermarken für Diensthöten.

Da, wie wir wiederholt mitgeteilt haben, die ortsüblichen Tagelohnsätze gewöhnlicher Tagelöhner für Berlin für die Zeit seit dem 1. April auf 3,60 M. für erwachsene männliche Personen über 16 Jahre und auf 2,20 M. für erwachsene weibliche Personen über 16 Jahre festgesetzt sind, hat sich auch die Höhe des Beitrages für Invalidenarten für die weiblichen Personen geändert.

Bezüglich der Versicherung männlicher Personen verbleibt es bei der bisherigen Marktenverwendung.

Wahrung vor einem Schwindler. Es wird vor einem Schwindler gewarnt, der unter Berufung auf Berliner Magistratsmitglieder und Stadtverordnete und unter Vorlegung eines gefälschten Empfehlungsschreibens des Bureauleiters Geuder versucht, bei städtischen Ehrenbeamten Geldunterstützungen zu erhalten.

Ein neues Warenhaus. Wolf Berthel hat auf die dem Aktienbauverein „Unter den Linden“ gehörigen Häuser, Leipzigerstraße 75/76 (das alte Abgeordnetenhaus) sich das Kaufrecht gesichert und wird zunächst in einem großen Teil der Räume vom August d. J. an ein Warenhaus eröffnen.

Der besorgte Polizeipräsident. Die Jugendorganisation hatte am Sonntag eine Reihe kleiner Versammlungen in Lokalen, die ständig benutzt werden, arrangiert. Vorher erklärten Polizeibeamte und erkundigten sich eingehend nach den Verhältnissen.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle wurden vom Montagnachmittag gemeldet. Beim Auspringen auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie V der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn stieß der Arbeiter Hermann Wottern aus der Cauerstraße 25 in Charlottenburg in der Auguststraße in Wilmersdorf schwer zu Schaden gekommen. Er glitt ab und stürzte so unglücklich, daß er einen komplizierten Bruch des Fußgelenkes und eine blutende Kopfverletzung erlitt.

Bestehte Kreise des Volkes haben längst sich innerlich von der Kirche abgewandt und sich für immer von ihrem Einfluß befreit. Wenn jeder dieser Abtrünnigen den Rat der Ehrlichkeit hätte, auch äußerlich den Versuch mit der Kirche zu vollziehen, wie bald wäre es da mit dem Schein ihrer Herrlichkeit vorbei! Was durch keine Aufklärungsarbeit erreicht werden kann, das wird manchmal durch die Kirche selber herbeigeführt, durch die Unerbittlichkeit, mit der sie ihre Herrschaft ausüben zu dürfen glaubt. Schon mancher, der von der Kirche, so sehr er innerlich ihr entfremdet war, äußerlich sich noch immer nicht hatte losreißen wollen, vollzog ganz plötzlich aus scheinbar geringem Anlaß den Bruch. Sie selber hatte endlich ihm — wider ihren Willen — die Augen darüber geöffnet, wie töricht er daran getan hatte, immer wieder noch dem Pfarrer nachzulaufen.

Auch eine Frau F., die bisher zur katholischen Kirche gehört hatte, ist jetzt durch einen Pfarrer selbst auf den richtigen Weg gedrängt worden und wird nun mit der Kirche brechen. Sie wohnt in Berlin-Südost im Bezirke der Liebfrauen-Gemeinde und dort hatte sie ihre im 14. Lebensjahre stehende Tochter Anna an dem Kommunionunterricht teilnehmen lassen. Anna verfaßte mehrfach den Unterricht und auch den Gottesdienst und zwar unter anderem auch deshalb, weil sie sich in der Entwicklung zur körperlichen Reife befindet und unter den dabei auftretenden Zuständen sehr zu leiden hat. Schließlich erklärte der Kaplan Schwarz, die Vorbereitung sei nicht genügend, daher müsse die Zulassung zu der Kommunion und der nachfolgenden Firmung bis auf weiteres verweigert und auf einen späteren Termin verschoben werden. Dem stimmte auch der Kaplan Müller zu. Als die Mutter diesen über die Gründe der Unterrichtsverweigerung aufklären wollte, wies er ihre Darstellungen als nicht glaubhaft zurück. Auf ihr Anerbieten, durch ärztliche Untersuchung des Mädchens den Beweis der Wahrheit zu bringen, gab er eine Antwort, durch die sie sich bitter gekränkt fühlte. Wir müssen es uns versagen, die Äußerungen des Herrn Kaplans hier so wiederzugeben, wie Frau F. sie uns vorgetragen hat. Uns fehlt jede Möglichkeit, zu unteruchen, wie weit der Herr Kaplan den Wortlaut befestigen würde. Nur das wollen wir öffentlich feststellen, daß uns Frau F. noch jetzt in großer Erregung versichert, sie habe die ihr widersähere Behandlung als schwer verlegend und beleidigend empfunden. Dennoch vermochte sie und ihre Tochter nicht daran zu glauben, daß wirklich die Zulassung zur Kommunion verweigert werden sollte, und immer noch hofften sie, daß der Herr Kaplan im letzten Augenblick sich werde erweichen lassen. Als aber Anna am Sonntag im feierlichen Schmuck, die Myrthe im Haar und die Krone in der Hand, nach der Liebfrauenkirche in der Brangelstraße kam, um sich in die Reihe der anderen Mädchen zu stellen, wurde sie tatsächlich zurückgewiesen. Weinend begab sie sich zu ihrer in der Kirche stehenden Mutter, in schmerzlicher Erregung sahen beide noch die Prozession vorüberziehen — dann verließen sie das Gotteshaus.

Es mag eines Pfarrers Recht und sogar seine Pflicht sein, ein nicht hinreichend vorbereitetes Mädchen noch nicht zur Kommunion zuzulassen. Frau F. hat aber aus dem ganzen Verhalten des Geistlichen, das sie als Kränkung empfand, die Lehre gezogen, daß es das Beste ist, überhaupt keinem Pfarrer mehr nachzulaufen. Sie hat sich daher entschlossen, in aller Form ihren Austritt aus der Kirche zu vollziehen.

Eine umfangreiche Verkehrshörung im Straßenbahnbetriebe erzielte sich gestern nachmittag an der Golyowstraße-Brücke. Dort spernte ein beladener Müllwagen der Berliner Müllwerke, dem die Hinterachse gebrochen war, beide Straßenbahngleise. Das Hindernis konnte erst nach angestrengter Tätigkeit durch den Rettungswagen der Straßenbahn beseitigt werden. Während der von 1 Uhr 50 bis 2 Uhr 30 dauernden Störung mußten die Linien Q, QE und V durch die Levetzow-Straße, Charlottenburger Chaussee und Anie abgelenkt werden.

Aus der Spree gelandet wurde gestern nachmittag vor dem Grundstück Wlänger Ufer 1 die Leiche eines unbekanntes Namens, der dem Mittelstande angehört zu haben scheint. Der Ertrunkene ist etwa 25 Jahre alt und ziemlich groß, hat dunkelblondes, kurz geschnittenes Haar und trug einen blauen Jackettanzug und ein schwarz und weiß gestreiftes Hemd. Ausweispapiere wurden in den Taschen nicht gefunden.

Einen grauen Hund machte gestern nachmittag ein Hundschäp-macher aus der Ronskirchstraße, der mit seinem Hunde über den Gergierplatz an der Schönhauser Allee ging. In der Nähe der einsamen Poppel fing das Tier plötzlich an zu scharren und förderte aus einer kleinen Erdböhle die Leiche eines neugeborenen Knaben zutage, die in ein Stück Leinwand, anscheinend von einem Julett, eingewickelt war. Der Mann übergab seinen Hund der Revierpolizei, die ihn nach dem Schaulause bringen ließ.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute abend 9 Uhr 5. Abteilung in Rixdorf bei Kaufhold, Erststraße 5. Morgens Donnerstag 3. Abteilung in Schönberg bei Wieloch, Brunnenstraße 82 und 4. Abteilung in Lichtenberg bei Beckmann, Samariterstraße 11. Vortrag über Krankenpflege und praktische Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Die Sitzung nahm zunächst Kenntnis von dem Wortlaute der Petition des Magistrats in der Wahlrechtsangelegenheit. Der Magistrat forderte in seiner Petition die Vornahme einer neuen Wohlverteilung, wobei die Stadt Schöneberg das Recht erhält, allein einen Vertreter zum Abgeordnetenhaus zu wählen, sobald die Abänderung der Wahlrechtsvorlage dergestalt, daß unter Befestigung des Dreiklassenwahlrechts das Reichstagswahlrecht auch für Preußen eingeführt wird. Der Magistrat hatte der Petition eine längere Begründung beigelegt. Gleichzeitig nahm die Versammlung Kenntnis von einer Mitteilung des Abgeordnetenhauses, nach welcher die Petition als erledigt erklärt wurde. Stadtv. Bernstein (Soz.) hielt die Begründung, die der Magistrat der Petition gegeben hat, nicht für ausreichend. In der Petition seien die Interessen des Mittelstandes in den Vordergrund gestellt, sie erweck dadurch den Anschein, als ob nur eine Schwächung der Klassenverteilung gefordert würde. Es handele sich aber um völlige Befestigung der Klassenverteilung. Wenn im Bescheide des Abgeordnetenhauses mitgeteilt werde, daß die Petition ihre Erledigung gefunden habe, so müsse es unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Frage des preussischen Wahlrechts noch nicht erledigt ist.

Dem in einer früheren Sitzung gefaßten Beschlusse, dem Bunde für Ritterschulung einen Beitrag von 100 M. zu gewähren, ist der Magistrat nicht beigetreten. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Beitrag nicht gewährt werden könne wegen der letzten Vorkommnisse in dem Bunde für Ritterschulung. Stadtv. Bernstein (Soz.) erklärte sich mit der Ablehnung des Beitrages nicht einverstanden. Namens der sozialdemokratischen Fraktion unterbreitete er folgenden Antrag: „Die Stadtvorordnetenversammlung bedauert, daß der Magistrat der am 14. Februar beschlossenen Gewährung einer Unterstützung an den Bund für Ritterschulung nicht beigetreten ist. Sie sieht in den Vorkommnissen auf der Generalversammlung des genannten Bundes keinen Grund, dieser Körperschaft Sympathien vorzunehmen und fordert den Magistrat auf, dem Bund 200 M. Unterstützung aus Stadtmitteln zu übersenden.“ Der Antrag wurde dem Staatsauschusse überwiesen.

Die Versammlung erklärte darauf die vollzogenen Stadtvorordnetenwahlen für gültig, mit Ausnahme der beiden Mandate des 4. Bezirkes der III. Abteilung (Döb und Bernstein). Wegen diese Wahl ist Protest eingelegt, der von dem Wahlprüfungsausschusse erst erledigt werden muß.

Eine Reihe von Petitionen wurde nach den Beschlüssen des Petitionsausschusses erledigt. Ueber eine Petition betreffend Verlegung der Genehmigung der Abhaltung eines Abendwochenmarktes in der Ebersstraße wurde zur Tagesordnung übergegangen. In gleicher Weise wurde auch eine Petition des Demokratischen Vereins erledigt, in welcher die Einführung einer obligatorischen Fortbildungsschule für weibliche Handlungsgehilfen, Lehrlinge und Arbeiter verlangt wird. Die Stadtvorordnetenversammlung hat bereits diese Einrichtung für den 1. April 1911 beschlossen. Ein Protest gegen die Einrichtung des Privatwochenmarktes in der Kolonnenstraße wurde dem Magistrat als Material überwiesen. Die Petition betreffend Umwandlung der Comenius-Realschule in eine Volkshochschule wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Sodann war der Versammlung der Bauungsplan für den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes unterbreitet worden. Die Ausarbeitung des Planes stammt vom Schöneberger Bauamt Gerlach. Die Versammlung hielt es für ungewiss, daß nicht ausreichende Spielplätze in dem Plane vorgesehen sind. Sie überwies daher die Angelegenheit zunächst einem Ausschusse zur näheren Prüfung.

Gleichfalls einem Ausschusse überwiesen wurde die Vorlage des Magistrats betreffend die Ausgestaltung des Untergrundbahnhofs Rollendorfsplatz zu einem Gemeinschaftsbahnhof für die Zweigstraßen der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft.

Der Schaffung einer neuen besoldeten Stadtratsstelle für das Verkehrsamt wurde zugestimmt.

Der fünfte und letzte Volkshochschulungsabend findet am Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Geyliger Str. 45/52 statt. Das Programm meldet einen Kammermusikabend an. Als Mitwirkende sind aufgeführt: Salsanne Dessoir, Gesang. Ferner von der Kammermusikvereinigung die Herren: Königl. Kammervirtuos Adalbert Gölzow (Violine), Max Freund (Viola), Paul Treff (Violoncello), Gustav Krüger (Horn), Leonhard Kohl (Klarinette), Ad. Sitter (Fagott) und Paul Reindt (Horn). — Willets zum Preise von 50 Pf. sind in der Zeitungspedition Martin-Luther-Straße 61 zu haben.

Charlottenburg.

Eine treue halbe Stunde. Das Gründungsfortium für die „Große Oper“ wollte an dem Kurfürstendamman Kaufstellen erwerben, bevor die Zuzugssteuer in Kraft treten würde. Aber die Verhandlungen unter den Gründern verzögerten sich. Als die Herren auf dem Amtsgericht erschienen, mußten sie hören, daß der Amtsrichter vor einer halben Stunde bereits fortgegangen sei. Am nächsten Tage, als nun der Verkauf abgeschlossen werden konnte, war die Zuzugssteuer aber bereits in Kraft getreten, die in diesem Falle 125000 M. betrug. Jede Minute Versäumnis am Tage vorher kostete den Herren also auf etwas über 4000 M. zu stehen, ein Ergebnis, das im Interesse der Stadt nur als sehr erfreulich bezeichnet werden kann.

Ein Opfer eines Berufes ist der 19jährige Schlossergeselle Franz Graczejak aus der Rummelstr. 19 geworden, der bei den Bauarbeiten am neuen Bahnhof Hohenzollernendamman beschäftigt war. Er war mit einem Kollegen zusammen mit dem Rieten eines Luftreißers tätig und dabei wurde er von einem herausspringenden Eisenbolzen so unglücklich in das rechte Auge getroffen, daß dieses sofort auslief. Der Schwerverletzte wurde nach der Charité übergeführt.

Rixdorf.

In dem vom Freiwilligen Erziehungsbeirat im vorigen Jahre eröffneten Kindergarten können noch einige Kinder Aufnahme finden. Der Kindergarten ist in den Räumen der früheren Schule der Brüdergemeinde, Kirchgasse 3, untergebracht. Geöffnet ist derselbe im Sommer an allen Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends (Sonnabends bis 5 Uhr). Ausgenommen werden Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren. Das Schulgeld beträgt wöchentlich 40 Pf., bei Geschwistern tritt eine Ermäßigung ein. Kindern, die den ganzen Tag über im Garten verbleiben, wird für 10 Pf. ein reichliches und schmackhaftes Essen und für 5 Pf. ein Viertel Liter Milch verabfolgt. Der Garten steht unter ärztlicher Kontrolle. Die Leiterin ist eine erfahrene Kindergartenmutter, der noch ein junges Mädchen und eine ältere Frau zur Seite stehen. Anmeldungen werden täglich von der Leiterin im Kindergarten, Kirchgasse 3, entgegengenommen.

Wilmerdorf.

Im Dienst schwer verunglückt ist vorgestern der Telegraphenarbeiter Giehrich aus Rummelburg. Er hatte in dem Hause Augustastraße 25 Reparaturarbeiten auszuführen, er hatte diese fast beendet als plötzlich eine Benzinquelle explodierte. Der Telegraphenarbeiter unmittelbar in der Nähe der Lampe stand, trug im Gesicht und an den Händen so schwere Brandwunden davon, daß er, nachdem er an Ort und Stelle Notverbände erhalten hatte, nach dem Kreis-Krankenhaus in Groß-Lichterfelde übergeführt werden mußte.

Lichtenberg.

Bereits im vorigen Jahr wurde der Etat der Stadt erst in der ersten Hälfte des April zur Verabschiedung gedruckt, so daß von der Stadtverwaltung bis zur endgültigen Beschlußfassung über den Etat Ausgaben gemacht wurden, ohne daß die Stadtvorordnetenversammlung hierzu ihre Zustimmung gegeben hatte. In der Sitzung des Vorentwurfs entstanden war, aus schließlich. Dadurch mußte die Staatskommission sowohl wie das Plenum die Veratung des Etats mit Eilzuggeschwindigkeit durchführen. Trotzdem hat sich der Magistrat nicht viel an diese Kritik gelehrt, denn auch in diesem Jahre wurde der Entwurf wiederum den Stadtvorordneten so spät zugeleitet, daß die Staatskommission bis tief in die Nacht hinein in drei hintereinander folgenden Sitzungen die Beratung vornehmen mußte, und jetzt endlich beschließt sich das Plenum mit dem Etat. — Wie es den Anschein hat, wollen bei der Staatsberatung auch ein Teil der Herren von der bürgerlichen Mehrheit dem Magistrat endlich einmal ihre Ansicht dahingehend ausdrücken, daß sie es fast sind, sich in Zukunft einer Verhandlung auszuweichen, wie sie auch diesmal der Magistrat bei der Aufstellung des Etatsentwurfs beabsichtigt hat. In der Deputation der städtischen Werke war nämlich bei der Aufstellung des Vorentwurfs für den Etat die Deputation nach langer, reichlicher Prüfung dazu genötigt, um endlich eine geordnete Finanzierung der Werke herbeizuführen, größere Abschreibungen in den Etat einzufügen. Ohne sich hieron zu trennen, änderte der Magistrat diesen nach wochenlanger, zitaubender Beratung aufgestellten Vorentwurf um, und zwar lediglich zu dem Zweck, größere Summen aus den Werken als sogenannte Ueberschüsse an die Stadthauptkasse abzuführen zu können. Einstimmig beschloß nunmehr die Deputation, bei der Beratung des Etats ganz energisch gegen solches Vorgehen Protest zu erheben, ja einer der bürgerlichen Herren erklärte sogar, daß er für seine Person sich in Zukunft an keiner Staatsberatung in der Deputation beteiligen werde.

Die Verhandlungen in der Stadtvorordnetenversammlung, die bereits gestern begonnen haben und heute und morgen, nachmittags um 5 Uhr, im Rathaus fortgesetzt werden, dürfen ja zeigen, ob die Herren mit dem Magistrat ein ernstes Wort reden werden.

Zenthen.

Die Stichwahl zur Gemeindevertretung findet heute abend von 7—8 Uhr statt. Es ist eines jeden Arbeiters Pflicht, zur pünktlichen Zeit im Wahllokale zu erscheinen und seine Stimme für den kimmerer Genossen Kalies abzugeben. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann ist der Sieg unsrer.

Weißensee.

Professor Dr. Kempkes, der Leiter der hiesigen Realschule, ist um seine Pensionierung eingekommen, die ihm auch von der Gemeinde-

vertretung vom 1. Juli ab gewährt wurde; bis dahin genießt er einen Erholungsurlaub. Herr Dr. K. war in den Kreisen der Bürgerschaft nicht allzu beliebt, auch unsere Genossen hatten sich des öfteren mit ihm zu beschäftigen. Vor zirka drei Jahren beschloß die Gemeindevertretung, neben der Realschule noch ein Realgymnasium zu eröffnen. Mit dem 7. April sollten beide Anstalten das neu errichtete Schulgebäude beziehen. Durch die plötzliche Pensionierung des Leiters der Realschule übernimmt nunmehr die Leitung beider Schulen der Leiter des Realgymnasiums Professor Dr. Brogmann. Aus beiden Anstalten soll nunmehr ein Reform-Realgymnasium entstehen mit einer Real- und einer Gymnasialabteilung, so daß die Schüler einen Nachteil nicht haben. Viele und Berechtigungen beider Anstalten sind genau dieselben. Durch Kombination des Unterrichts sollen fernher bedeutende Mittel gespart werden. Drei Schüler der Oberprima der Ober-Realschule, die im Abwesen begriffen ist, werden auf Kosten der Gemeinde in anderen Anstalten untergebracht, so daß auch hierbei 7000 M. gespart werden.

Nehmen ist seliger denn geben. Die politische Gemeinde hat Friedhofsgelände in Wartenberg, drei Kilometer von der Reichsberggrenze entfernt, angekauft, um dem Bedürfnis Rechnung zu tragen und außerdem den Ort vor weiteren Friedhöfen zu bewahren. Die vorhandenen Friedhöfe bilden insbesondere bei der Durchführung von Straßen bereits ein Hindernis. Die Kirchengemeinde nutzte nun diese Gelegenheit aus und kaufte ein 17 Morgen großes Terrain im Orte und zwar dicht neben dem schon bestehenden Friedhof, trotzdem der alte Friedhof noch Jahre hindurch zu Begräbnis-zwecken reichen würde. Aber sie spekuliert auf diejenigen Einwohner, die einen so weiten Weg nach Wartenberg nicht machen wollen und sich auf Grund ihres Geldsades die Beerdigung ihrer Angehörigen nach Wahl leisten können. Ein Einspruch des Amtsvorstehers auf Nichtkonfessionierung des Friedhofs ist leider nicht anerkannt worden. Nun hat sich die Kirchengemeinde noch ein übriges geleistet. Solange das Terrain Friedhofszwecken nicht diente, mußte die Kirchengemeinde für das ganze Terrain Grundsteuer an die Gemeinde entrichten. Das Grundstück wurde umgänt und am 31. März eine Leiche unentgeltlich beerdigt. Der „Kirchhof“ wurde mit dem üblichen Jeronimus eingeweiht; und der Grund? Man spart vom 1. April 1910 ab die Grundwertsteuer an die Gemeinde. Geschäft ist nun einmal auch bei der Kirche Geschäft. Ob die politische Gemeinde sich das gefallen lassen muß, wird das Kammergericht entscheiden.

Französisch-Buchholz.

Selbstmord eines Sechzehnjährigen. Wieder einmal hat die Spielerei mit einer Schusswaffe schmerzlichen Unheil zur Folge gehabt. Der 16jährige Sohn des Weidenstellers Grünwald und ein gleichaltriger Kollege Fritz K. beschäftigten sich vorgestern abend mit einer Leschingspistole. Erich Grünwald hielt die Waffe in der Hand und hantierte damit so, daß die Waffe sich nach kurzer Zeit entlad. Die Kugel drang dem Freunde in den Oberschenkel. Während sich nachbarn um den Verwundeten bemühten und für ärztliche Hilfe sorgten, schloß sich Erich Grünwald in der Wohnung seiner Eltern ein, die beide nicht anwesend waren. Dann schoß er sich aus der verhängnisvollen Pistole eine Kugel in die Schläfe. Die Mutter fand den Sohn im Bette liegend tot auf. Das Befinden des verletzten Laufburchen läßt in absehbarer Zeit eine Wiederherstellung erhoffen.

Potsdam.

300 Mark Belohnung setzt der Magistrat von Potsdam auf die Ergreifung des Täters aus, der in der vergangenen Nacht im Park von Sandhof einige Karmorbänke durch Ab schlagen von Adlerskandeln beschädigte. Der Täter ist 18 bis 20 Jahre alt und soll Kaufmann sein.

Vermischtes.

Zum Untergang der „Räthe Thomas“. Ueber den Zusammenstoß des von dem belgischen Schleppdampfer „John Bull“ gefleckten viermastigen Segelschiffes „Räthe Thomas“, welches vorgestern früh um 4 Uhr auf seiner Fahrt von Antwerpen von einem Dampfer, dessen Name und Nationalität zur Stunde noch unbekannt ist, in den Grund geholt wurde und nach kurzer Zeit sank, wird noch gemeldet, daß sich unter den Toten auch die Gattin des Schiffbesizers befindet. Der einzige Ueberlebende, ein Schiffsjunge, erklärte, daß sich der unbekannt Dampfer nach der Katastrophe sofort eisernt habe, ohne sich auch nur die allergeringste Mühe zu geben, der „Räthe Thomas“ beizustehen, die Schiffsrückigen zu retten.

Ueber einen Raubmord wird vom gestrigen Tage aus Hamburg folgendes gemeldet: Heute mittag wurde im Hause Börnestr. 13 der 82 Jahre alte Hauswirt Uhrmacher Rostum von zertrümmerter Schädeldecke ermordet aufgefunden. Augenscheinlich handelt es sich um einen Raubmord, da eine Geldkiste und andere Behälter erbrochen und ohne Inhalt vorgefunden wurden. Der Mord ist jedenfalls schon am Sonnabend ausgeführt worden.

Die Ballonkatasrophe in der Ostsee. Die Nachforschungen nach der Leiche des Reichstagsabgeordneten Dr. Delbrück hatten, wie aus Stettin gemeldet wird, bisher keinen Erfolg. Die Leichenscha des Stadtkurautes Wendahn, die in Saganitz vorgenommen wurde, ergab schreckliche Verletzungen des Unglücklichen. Neben schweren Kopfwunden zeigte sich auch ein komplizierter Beinbruch, so daß der Knochen durch das Fleisch gesplittert war. Ferner hatte Stadtkuraute Wendahn einen Bruch des Oberarmes und einen Bruch des Handgelenks bei dem Zusammenprall des Ballons mit dem Fabrikgebäude in Stettin dabongetragen. Aus diesem Befund der Leichenscha ist zu entnehmen, unter welchen entsetzlichen Umständen der Bedauernswerte die stundenlange Todesfahrt des Ballons mitgemacht hat. — Das Befinden des gereizten Prokuristen Semmelhad ist befriedigend.

Raubmord. In Wenthin wurde, wie von dort gemeldet wird, in seinem verlassenen Hause der Schneidermeister Wöhe, dessen Ehefrau und der 12jährige Stiefsohn mit furchterlichen Wunden aufgefunden. Wöhe und Frau waren, ehe ihnen Hilfe werden konnte, bereits tot. Der Stiefsohn liegt in hoffnungslosem Zustande darnieder. Es liegt Raubmord vor. Festgestellt ist bisher, daß als Täter zwei fremde Männer in Frage kommen, die in dem Hause zuletzt gesehen worden sind.

Blériot begleitet einen Luftballon. Aus Pau wird gemeldet: Der Luftballon „Vile de Pau“ unternahm mit zehn Personen eine dreiwöchentliche Fahrt. Blériot begleitete das Luftschiff mit seinem Aeroplan.

Blatternepidemie in Prag. Aus Prag wird gemeldet: Ein Bruder des Arztes Dr. Lieben, welcher vor einem Monat einen aus Russland angekommenen an Blattern erkrankten und gestorbenen Sträfling behandelt hatte, ist gleichfalls an den Blattern erkrankt. Bis jetzt sind in Prag im Zusammenhang mit diesem Fall sechs Personen an den Blattern erkrankt, darunter Dr. Lieben selbst.

Abwurf beim Blumenstechen. Aus Innsbruck wird gemeldet: Beim Blumenpflanzen am Hohenbergr ist der Monteur Gmein, der seinem Bruder, da derselbe sich verletzten hatte, zu Hilfe eilen wollte, abgestürzt und ist schwer verundet aufgefunden worden.

Kindertödtin in Kopenhagen. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, beschloß dort in der gestrigen Nacht zwei Arbeiterkinder, ein dreizehnjähriger Knabe und ein zwölfjähriges Mädchen, gemeinsam zu sterben. Beide wurden morgen in einem Keller aufgefunden, wo das Mädchen von dem Knaben erschossen worden war. Der Knabe wurde schwerverletzt ins Hospital gebracht.

Bei einer Lawine verunglückt. Wie aus Madrid berichtet wird, wurde das Haus eines Bahnwärters in Vudongo (Provinz León) durch eine Lawine verschüttet. Sechs Kinder des Bahnwärters wurden getötet, er und seine Frau schwer verletzt.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.